

# Besprechungen

## Quellen, Hilfsmittel, Sammelwerke

Erich Klibansky, Klaus Schäfer (Hrsg.): Die Rechnungen der Mainzischen Kellerei Amöneburg aus dem 14. Jahrhundert (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 28. Quellen und Darstellungen zur hessischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 2). Marburg: Historische Kommission für Hessen 2019, LIV, 418 S., 9 Abb. ISBN 978-3-942225-46-5.

Hiermit liegt ein Band vor, dessen lange Vorgeschichte an sich schon bemerkenswert ist. Erich Klibansky hatte 1922 eine Dissertation über „Die Entwicklung der kurmainzischen Ämter in Hessen“ bei Edmund E. Stengel begonnen. Thematisch hängen die Amöneburger Kellereirechnungen damit eng zusammen, deren Bearbeitung Klibansky nach seiner Promotion anfang. Gleichzeitig wurde er Gymnasiallehrer und übernahm 1929 die Leitung der jüdischen Schule Jawne in Köln. Durch die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 erschwerte sich die Situation zunehmend, wobei Erich Klibansky die Ausreise seiner Schüler nach England förderte, er selbst aber in Deutschland blieb. 1942 wurde er mit seiner Familie deportiert und wahrscheinlich ermordet.

Überlebt hat indessen sein Manuskript mit der Edition der Rechnungen der Kellerei Amöneburg, die Klibansky im Auftrag der Historischen Kommission für Hessen bearbeitet und über viele Jahre verfolgt hatte. Angesichts der politischen Rahmenbedingungen – nicht außer Acht zu lassen ist auch der 1934 ergangene „Verzicht“ der Kommission auf die Mitarbeit Klibanskys – übergab er das Manuskript 1939 an Stengel.

Es sollte weitere achtzig Jahre bis zur Verwirklichung einer Druckausgabe der Amöneburger Kellereirechnungen dauern. Ausgehend von Klibanskys Fassung hat Klaus Schäfer sich dieser Aufgabe gewidmet und sie zur Vollendung geführt. Von anderen liegengelassenen Projekten der Historischen Kommission für Hessen, wie etwa der Regesten Landgraf Ludwigs I., die Ludwig Armbrust seinerzeit druckfertig abgeschlossen hatte, heben sich die Geschehnisse der Ausgabe der Amöneburger Kellereirechnungen also ab.

Amöneburg war Sitz mehrerer mainzischer Bediensteter, so seit 1309/10 des Kellners, der ebenso wie der Official Geistlicher war, sowie auch des Amtmanns, eines Weltlichen. Die Grundzüge dieser Verwaltung und das durchaus individuell geprägte Handeln der dort tätigen Personen werden in der Einleitung schlüssig dargelegt. Der Ort wurde etwa von Erzbischof Matthias von Buchegg jährlich besucht, was neben Jagdaufenthalten auch der Demonstration kurfürstlicher Macht gegenüber dem Landgrafen von Hessen diente. Die zeitweiligen Streitigkeiten um die Besetzung des Erzstuhls Mainz wirkten sich allerdings auch hier spürbar aus.

Die heute im Staatsarchiv Würzburg aufbewahrten Rechnungen der Kellerei Amöneburg beginnen bereits 1324/25. Sie sind überwiegend noch auf Latein verfasst. Nicht kontinuierlich, aber in weiteren Etappen und unterschiedlichen Formen setzen sie sich in den folgenden Jahrzehnten fort. Die neun edierten Texte umfassen Einnahmen- und Ausgabe-rechnungen aus dem 14. Jh., aber auch Verpfändungslisten (1355/60) oder Güteraufstellungen (1408). Entsprechend breit ist das Spektrum der behandelten Materien, denn sie umfassen den weitgestreuten mainzischen Außenbesitz im nördlichen Hessen, die dazugehörigen Personen (Eigenleute, Burgmannen) und Geschäftspartner, die Getreidepreise (für 1330) und die geleisteten Abgaben in Naturalien oder Geld. Hinzu kommen wertvolle Einzelaspekte, wie Bemerkungen zum Zustand der Wälder, zu den Auseinandersetzungen mit den Landgrafen von Hessen, zu den Besuchen des Erzbischofs auf der Amöneburg oder seinen Treffen mit dem Kaiser, deren Schilderung durch den Amtmann Albert Holzapfel

(1343/45) autobiografische Ansätze besitzt. Es folgen in der Ausgabe zehn sachverwandte Urkunden, etwa Amtseinsetzungen, Rechnungsabschlüsse, Schadenslisten oder Nachlassinventare betreffend.

Der Editionstext selbst erscheint sorgfältig. Die nicht seltenen Streichungen von Partien sind im Apparat angemerkt, andere Eigenheiten, wie etwa die Hervorhebung der Summen durch Umrahmungen, sind nur über die Abbildungen zu erschließen. Für die lateinischen Spezialbegriffe gibt es ein Glossar. Vor allem ist das detaillierte Register, das Orte, Personen und mannigfaltige Sachbetreffe umfasst, außerordentlich wertvoll für die Benutzung des Materials. Mehrere qualitativ hochwertige Abbildungen der Quellenvorlagen und des Manuskripts Klibanskys folgen.

Fast 100 Jahre beharrlicher Verfolgung des Projekts durch die Bearbeiter haben ein gelungenes Ergebnis hervorgebracht: Was in diesem Band vorliegt, erschließt überaus wertvolle Quellen für die unterschiedlichsten Aspekte des 14. Jhs., sei es nun für das Rechnungswesen oder die Reichs-, Landes-, Kirchen-, Wirtschafts- oder Kulturgeschichte. Dafür, dass sie in der vorliegenden Edition bestens zugänglich sind, gebührt Klaus Schäfer ebenso Dank wie für das damit erneuerte Andenken an Erich Klibansky.

Marburg

Otfried Krafft

Katharina Hülscher: Das Statutenbuch des Stiftes Xanten (Die Stiftskirche des heiligen Viktor zu Xanten NF 1). Münster: Aschendorff 2018, 710 S. ISBN 978-3-402-13254-8.

Bekanntlich gehörte das Xantener Viktorstift zu den bedeutendsten Kollegiatkirchen Nordwestdeutschlands. Innerhalb des Erzbistums Köln, zu dem es trotz einer kurzzeitigen Exemtion um die Mitte des 15. Jhs. bis zur Säkularisation gehörte, nahm es durch seinen Besitz, seine spirituelle Ausstrahlung (Thebäerkult samt Viktortracht!), seine zahlreichen Benefizien und nicht zuletzt durch die bedeutende, mit einem umfangreichen Archidiaconat ausgestattete Propstei einen der ersten Ränge unter den Stiftskirchen ein. Nicht nur deshalb, sondern auch wegen des in Xanten weitgehend erhaltenen und für die wissenschaftliche Öffentlichkeit gut erschlossenen Stiftsarchivs nimmt es nicht wunder, dass der Geschichte von Stift wie Stadt Xanten mittlerweile eine ganze Reihe von Quellenwerken und eine umfangreiche Forschungsliteratur gewidmet sind. Für das frühe und hohe Mittelalter hat Ingo Runde 2003 eine umfassende Darstellung vorgelegt, während Heike Hawicks' Dissertation von 2007 die Stadt- und Stiftsgeschichte im späten Mittelalter, allerdings vor allem für die Zeit bis 1414, untersucht.

Hieran schließt sich Katharina Hülschers Bochumer Dissertation an. Ihr Gegenstand ist die Edition und Analyse des von Stiftsdekan Arnold Heymerick im Jahr 1490 fertiggestellten *Repertorium Decani* (heute Stiftsarchiv Xanten H2) – anders als der Titel der Arbeit und auch ihr Klappentext aussagen, handelt es sich hierbei nicht um ein „Statutenbuch“. Hülscher verwendet sogar das gesamte vierte Kapitel ihrer Arbeit auf den Nachweis, „dass ‚Statutenbuch‘ für Arnolds Repertorium eine unpassende, wenn nicht gar falsche Bezeichnung ist“ (S. 113). Sie analysiert hierzu ausführlich das Xantener Statutenbuch von 1461 und vergleicht anschließend das *Repertorium Decani* mit diesem sowie den Statutenbüchern der Kollegiatstifte Zyfflich/Kranenburg, St. Mariengraden in Köln und St. Mauritius vor den Mauern von Münster. Dass im Rahmen einer Dissertation eine enge Auswahl aus den überlieferten Statutenbüchern einer Region oder gar der Reichskirche unabdingbar ist, versteht sich von selbst, und so erscheint die hier getroffene Wahlentscheidung durchaus plausibel: Zyfflich/Kranenburg für die unmittelbare Nachbarschaft Xantens, Mariengraden für die Erzdiözese, jedoch in ihrem Zentrum Köln, St. Mauritius für die weitere Nachbarschaft und die Kölner Kirchenprovinz. Die Autorin gelangt zu dem Ergebnis, „dass man es bei Arnolds Werk tatsächlich eher mit einem Nachschlagewerk

zu tun hat als mit einem Statutenbuch“ (S. 145). Es entstand im Zuge der Streitigkeiten zwischen Dekan und Stiftskapitel und sollte offenbar, anders als die über lange Zeiträume weiterbenutzten und -entwickelten Statutenbücher, einen Status quo festlegen und für die Zukunft absichern helfen. Heymerick hat in einer „allumfassenden Ausführlichkeit, die die Beantwortung nahezu jeder Frage mit Hilfe des Buches zulässt“ (S. 145), ältere und neuere Statuten, Regeln und Gewohnheiten zusammengestellt.

Wie Hülscher zurecht mehrfach betont, muss man davon ausgehen, dass die Xantener Kanoniker über die für ihre Kollegiatkirche gültigen Rechtsnormen bisweilen die Übersicht verloren und sich vor allem an dem orientierten, was ihnen durch Abkündigung oder tägliche Praxis geläufig war. Die Verf. geht dem Spannungsverhältnis von „Norm und Wirklichkeit“ im dritten Kapitel ihrer Arbeit nach (S. 57–111) und bespricht insbesondere die im Viktorstift von Heymerick beklagten Missstände in einer systematisierenden Weise, nachdem sie zuvor in Kapitel 2 einen Überblick über die Biografie Heymericks gegeben hat. Vieles von dem, was Arnold für korrekturbedürftig befand, kann als durchaus charakteristisch für das spätmittelalterliche Kollegiatstift im Allgemeinen gelten, etwa die mangelhafte Erfüllung liturgischer Pflichten. Die Abwesenheit vom Stift scheint demgegenüber in Xanten während Arnolds Dekanat ein wesentlich geringeres Ausmaß erreicht zu haben als im Vergleichszeitraum 100 Jahre zuvor. Ein Xantener Proprium – und ein besonderer Dorn im Auge Heymericks – war die weitgehende Entmachtung des Dekans durch den Portar des Stiftes im Zuge einer bereits im 13. Jh. einsetzenden Entwicklung. Bei der Darstellung dieses Prozesses wie auch an einigen anderen Stellen der Arbeit (etwa S. 199 f.) macht sich Hülscher die Sichtweise ihres Protagonisten für den Geschmack des Rezensenten etwas zu sehr zu eigen. Zwar hebt sie beispielsweise durchaus hervor, dass Arnolds eigene, weitgehende Absenz in den ersten Dekanatsjahren seiner Stellung gegenüber dem Portar und dem Kapitel nicht zuträglich gewesen sein könne (vgl. S. 103). Dennoch sei die Frage gestellt, ob man diese Xantener Sonderentwicklung überhaupt als Missstand qualifizieren sollte. Wahrscheinlich entsprach sie den Bedürfnissen des Viktorstiftes insgesamt recht gut und nicht nur dem Wunsch der Kanoniker, „die Macht des Dekans [zu] unterwandern“ (S. 200); sonst hätten die Stiftsherren ihr vermutlich Einhalt geboten.

Kapitel 5 erörtert die mögliche Beeinflussung des *Repertorium Decani* durch die Kanonikerregel Chrodegangs und die Aachener *Institutio canonicorum* von 816 und hätte wohl etwas knapper gehalten werden können, denn das Ergebnis der Untersuchung lautet schlicht, „dass Arnold beide nicht als Vorlagen [...] verwendet hat“ (S. 174). Kapitel 6 widmet sich dann dem textlichen Aufbau – Gliederung und Quellen – sowie der materiellen Beschaffenheit der Heymerickschen Handschrift. Das *Repertorium* wird von Hülscher einer detaillierten paläografischen und kodikologischen Beschreibung unterzogen, mit dem Ergebnis, es stamme wie auch andere Werke des Autors aus dem Skriptorium der Weseler Fraterherren, und zwar wegen der Ähnlichkeit zweier Initialen mit solchen aus dieser Schreibwerkstatt. Während eine der beiden Initialen auf dem Einband farbig reproduziert ist, hätte eine Abbildung auch der zweiten die Darstellung bereichert. Angesichts der erkennbar engen Beziehungen Arnold Heymericks zu den Weseler Fraterherren erscheint Hülschers Schlussfolgerung trotz des nicht allzu reichhaltigen handschriftlichen Befunds durchaus vertretbar.

Mit Seite 205 beginnt der bei weitem umfangreichste Teil der Arbeit, die Edition des *Repertoriums*. Hülscher bietet einen insgesamt sehr nützlichen Lesetext mit Sachkommentaren und Zitatenachweisen. Ein sorgfältigeres Lektorat hätte die Benutzung des Bandes allerdings erleichtern können, denn sowohl die sprachlichen Redundanzen des Darstellungsteils als auch die recht zahlreichen Verlesungen und Flüchtigkeitsfehler der Edition (etwa S. 576: *denrios* statt *denarios*; S. 610: *madrum* statt *maldrum* und *serventibus* statt *servientibus*; S. 624: *sub alia verborum fora* statt *forma*; S. 640: *in campo veretis urbis* statt *veteris*) stören den Lesefluss bisweilen. Auch die Personen- und Ortsregister zur Textausgabe machen es den Lesern unnötig schwer. Insbesondere sind die Stichwörter

nicht immer sachgemäß gewählt – wer wird beispielsweise die Godesburg unter B und dem Stichwort „Burg Godesberg“ (S. 687) suchen oder das Kloster Kamp unter E und dem Stichwort „Ecclesia Campensis“ (S. 688)? Trotz dieser Einwände hat Katharina Hülscher mit der Analyse und Edition des *Repertorium Decani* zweifelsohne eine bedeutende Quelle zum spätmittelalterlichen Kollegiatstift erschlossen; man darf gespannt sein, welche Forschungen hierauf aufbauen werden.

Göttingen

Frank Engel

Andreas Greim (Bearb. und Hrsg.): Der Arbeiter- und Soldatenrat (Volksrat) der Stadt Offenbach am Main. Eine Dokumentensammlung zur Tätigkeit des Offenbacher Rates 1918/19 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 179). Darmstadt/Marburg: Hessische Historische Kommission Darmstadt und Historische Kommission für Hessen 2018, CXCIV, 203 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-88443-334-8.

Über Räte und Rätebewegungen ist in den 1960er Jahren viel diskutiert und heftig gestritten worden. Das speiste sich zu einem Gutteil aus der Sehnsucht der linken Intelligenz nach einer Alternative zur parlamentarisch-kapitalistischen Ordnung. Bezogen auf die deutsche Revolution von 1918/19 lenkten Historiker das Augenmerk allerdings nicht auf die Chancen eines radikalen Systembruchs, sondern auf die Potenziale für eine stärkere Verankerung der Demokratie in der gesellschaftlichen Basis. Die Räte, so wurde argumentiert, hätten in ihrer Mehrheit keine dauerhafte Herrschaft angestrebt, sondern nur eine beratende, hier und da kontrollierende Ergänzung der staatlichen Institutionen. Tatsächlich sind sie dann in die Weimarer Verfassung eingebaut worden, aber nur in Gestalt der Betriebsräte und des Reichswirtschaftsrates. Der ursprünglich mitgedachte Bau dazwischen wurde nicht in Angriff genommen. Zu einer Stabilisierung der Republik hat diese Konstruktion nicht beigetragen. Ob sich die Dinge anders entwickelt hätten, wenn man ihr mehr Raum und Gewicht zugebilligt hätte, lässt sich schwer sagen. Vor der Frage, was hätte sein können, wenn, müssen Historiker gewöhnlich kapitulieren, weil kontrafaktisch und mit der Empirie, die ihnen zur Verfügung steht, nicht zu beantworten.

Umso wichtiger ist eine Sichtung dessen, was die Räte hinterlassen haben. Ediert worden sind die Verhandlungsniederschriften des Zentralrates, den der erste Rätekongress Ende Dezember 1918 gewählt hatte, ferner die Protokolle der obersten Räteorganisationen in Baden und in Württemberg. Damit hatte sich die wissenschaftliche Neugier offenkundig erschöpft. Stimuliert durch das hundertjährige Jubiläum der Novemberrevolution Ende 1918, war eine erneute Beschäftigung mit den Vorgängen von damals zu beobachten. Damit einher gingen Ansätze zur Interpretation, die im Wesentlichen darauf hinausliefen, das Urteil über die Anfänge der Weimarer Republik von der Fixierung auf ihr Ende zu lösen. Ob das frisch erwachte Interesse von Dauer sein und neue Aktivitäten hervortreiben wird, bleibt abzuwarten. In diesem Zusammenhang wäre ein genauer Blick auf die Ereignisse in einzelnen Regionen, Kreisen und Kommunen sehr nützlich. Denn eine Auswertung der dort vorhandenen Quellen bietet Möglichkeiten, den Alltag in einer Phase der Übergänge mit all ihren Ungleichzeitigkeiten, ihrer Unrast, ihren Konflikten, Sorgen und Nöten zu erfassen, das Handeln der verschiedenen Akteure auf der lokalen Ebene zu vergegenwärtigen und womöglich mit differenzierten Perspektiven zu versehen.

Insofern ist die Herausgabe der Protokolle des Arbeiter- und Soldatenrates Offenbach hoch willkommen. Verantwortlich dafür ist Andreas Greim, der die im dortigen Stadtarchiv lagernden Materialien ausgegraben, sorgfältig kommentiert und kontextualisiert hat. Die Edition wirft Licht auf die Verhältnisse eines Gemeinwesens mit gut 75.000 Einwohnern (Stand Oktober 1919) in der Nachbarschaft Frankfurts zwischen Krieg und Frieden, das in der ausführlichen, mit zahlreichen Tabellen und Diagrammen versehenen Einleitung als „Fabrikstadt“ und sozialdemokratische „Traditionszone“ (S. XV) charakte-

risiert wird. Die SPD war hier bereits um 1900 die stärkste Kraft, sie agierte pragmatisch und war radikalen Parolen abhold. Der Konflikt zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Flügel spielte in der Stadt wie überhaupt im Großherzogtum Hessen eine nur „untergeordnete Rolle“ (S. XXXVII). Als sich 1916/17 die Partei spaltete, blieben die Unabhängigen Sozialisten, die eines ausgebauten Funktionärsapparats entbehrten, in der Minderheit.

Gleiches galt für die Phase der Revolution. Dominant war die Mehrheitssozialdemokratie, die im Arbeiter- und Soldatenrat, der sich am Abend des 9. November konstituierte und sich bald darauf in Volksrat umbenannte, die Schaltstellen besetzte. Knapp über 75 Prozent der Mitglieder kamen aus den Schichten der Arbeiter, der unteren Angestellten und des Kleinbürgertums (Handwerksmeister und Kauflleute: S. LVI), was nicht nur in Form von statistischen Daten vergegenwärtigt wird, sondern im zweiten Teil des Buches auch durch eine informative Sammlung von Biogrammen. Die Schwierigkeiten, mit denen der Rat konfrontiert war, unterschieden sich kaum von denen in anderen Städten: Wohnungsnot, Lebensmittelknappheit, Schwarzmarkthandel, eine zunehmend weiter sich öffnende Schere zwischen Löhnen und Gütern des täglichen Bedarfs, Verwerfungen beim Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. In diesen Feldern einer kommunal administrierten Daseinsfürsorge grundlegend Remedur zu schaffen, war im Blick auf die verfügbaren knappen Mittel nicht möglich. Daran wiederum entzündete sich eine anschwellende Zahl von Protesten, entzündeten sich Streiks, Demonstrationen und Zusammenrottungen, in denen sich enttäuschte, von Anbeginn an wenig realistische Erwartungen entluden. Die Legitimationsbasis des Rates wurde dadurch nach und nach unterminiert. Tatsächlich zeichnete sich bereits in diesen Monaten ab, wie Greim konstatiert, dass angesichts der vielen ungelösten Probleme „die Revolution auch zu jenen sozialen Milieus und politischen Lagern Bezug und Bindung verlor“ (S. X), die den Wechsel von der Monarchie zur Republik an und für sich begrüßt hatten.

Die Beziehungen zwischen den Mehrheits- und den Unabhängigen Sozialdemokraten, das zeigt der Blick in die Sitzungsprotokolle, waren von Anfang an fragil, geprägt von Vorstellungen, die je länger desto weniger zueinander passten. Zentrales Element des Konflikts war, dass jene sich strikt gegen ein Weitertreiben der Revolution verwahrten, ein Ableiten in den Bolschewismus *à la russe* befürchteten, diese jedoch nach Linksaßen sehr viel offener und kompromissbereiter waren. Abweichend von den Konstellationen im Reich, hielt in Offenbach die Koalition allerdings bis in das Frühjahr 1919. Zum Bruch kam es erst, als Ende April die Kommunisten einen Putsch inszenierten, zum Sturz des Volksrates aufriefen, dabei vor Gewalt nicht zurückschreckten. Unter den Demonstranten waren 17 Tote und 26 Schwerverletzte zu beklagen.

Abgesehen von diesem Vorfall bergen die abgedruckten Quellen wenig Spektakuläres. Es waren Alltagsgeschäfte, die es zu bewältigen galt, bestimmt von Sorgen über die Aufrechterhaltung der Ordnung, von Bemühungen, der Bevölkerung wenigstens ein Minimum an Existenz zu sichern. Das gelang nicht zuletzt im Blick auf die harte Politik der alliierten Sieger, die zunächst die Seeblockade gegen Deutschland fortführten, mehr schlecht als recht. Dies wiederum schürte Unzufriedenheit und nährte Enttäuschung. Rasch zeigte sich, dass in der Arbeitsmarktpolitik auch Sozialdemokraten traditionellen Rollenbildern anhängen, indem sie dafür eintraten, zugunsten der demobilisierten Soldaten die Frauen, die kriegsbedingt in deren Stellen eingerückt waren, wieder zu entlassen. Gegen den Versailler Vertrag protestierten sie ebenso vehement wie ihre bürgerlichen, liberal bis konservativen Kontrahenten. Man habe die Revolution nicht nur gemacht, erklärte der Vorsitzende des Rates im Mai 1919, um „die Bedrücker“ im eigenen Land „loszuwerden“, sondern auch um die „auswärtigen abzuschütteln“ (S. 151). Das Ende kam schleichend, hatte sich bereits im Sommer angekündigt, war gleichermaßen dem Verlust an Reputation wie an Aufgaben und Funktionen geschuldet. Die Mehrheitspartei zahlte für ihren Kurs einen relativ hohen Preis. Bei den Wahlen zur Offenbacher Stadtverordnetenversamm-

lung verbuchte sie nur noch knapp 32 Prozent der Stimmen: verglichen mit dem Urnengang für die Hessische Volkskammer am 26. Januar ein Verlust von 24 Prozent.

Hamburg

Jens Flemming

Volkhard Huth, Julius H. Schoeps (Hrsg.): fort von hain und haus. Die Familie Wolfskehl und Darmstadt (Bensheimer Forschungen zur Personengeschichte 3). Frankfurt/M.: Klostermann 2019, XX, 208 S., Abb. ISBN 978-3-465-01099-9.

Dass der Anlass für das Symposium, das die Hrsg. des nun vorliegenden Bandes zur „Familie Wolfskehl und Darmstadt“ motiviert hat, nicht der 2019 allzu still verstrichene 150. Geburtstag Karl Wolfskehls war, sondern die 2014 begangene Einweihung eines nach diesem benannten Mietshauses, tut dem günstigen Timing dieser nun doch im Jubiläumsjahr veröffentlichten Publikation keinen Abbruch. Gerade in der Breite der darin versammelten Beiträge könnte eine Stärke des Bandes gesehen werden, der, wie schon der Titel besagt, programmatisch über den Fokus auf den berühmten jüdischen Exildichter hinausgeht und den Kenntnisstand über die Familie Wolfskehl lokal- und biografiegeschichtlich erweitern will. Dabei ist Julius Schoeps und Volkhard Huth unter redaktioneller Hilfe Christian Hoffarths durchaus ein Doppeltes gelungen: Der von ihnen zusammengestellte Band bietet nicht nur einen Überblick über den bestehenden Forschungsstand zu Karl Wolfskehl, er birgt zugleich eine ganze Reihe von Beiträgen, die den bisherigen Kenntnisstand über die Wolfskehlfamilie und die mit ihr verwobene Geschichte Darmstadts deutlich erweitern. Die Breite des Anliegens der Hrsg. deutet die Einteilung des Bandes an: der erste Teil ist der Familie Wolfskehl gewidmet, der zweite thematisiert die zentralen Aspekte der Dichterbiografie Karl Wolfskehls. Abgeschlossen wird der Band mit einem Dokumententeil.

Am meisten dürfte die Forschung vom ersten, familienbiografischen Teil profitieren. Vieles, was zuvor Dank dem von Manfred Schlösser 1969 herausgegebenen Katalog „Karl Wolfskehl 1869–1969. Leben und Werk in Dokumenten“ sowie in teils verstreut vorliegenden Publikationen nur ansatzweise bekannt war, findet sich hier detailliert dargestellt. Das gilt etwa für die Aufsätze von Manfred Efinger und Volkhard Huth, in denen die familiengeschichtlichen Hintergründe der Familie Wolfskehl eingehend beleuchten und vor allem zu den Biografien des Vaters Otto Wolfskehl sowie des Bruders Eduard Wolfskehl spannende neue Details herausgearbeitet werden. Die beiden folgenden Analysen unterstreichen die auch disziplinäre Breite des Bandes: Regina Stephan bedient in ihrem Beitrag die Architekturgeschichte und bietet dabei Einblicke in die Bedingungen des Wohnens und Bauens um 1900. Sie rückt vor allem die 1895/96 errichtete Villa der Familie Wolfskehl und die darin erkennbaren Traditionslinien in den Fokus. Hier wie auch in einigen der folgenden Beiträge finden sich Abbildungen, die den fachfremden Leser\*innen den Zugang erleichtern. Den ersten Teil beschließt ein mathematikgeschichtlicher Aufsatz Klaus Barners, der die Auseinandersetzung mit Paul Wolfskehl, Ottos Bruder, nutzt, um das mit dessen Lebenslauf verbundene mathematische Problem der sogenannten Fermat'schen Vermutung zu erläutern und zu kontextualisieren. Dass hierbei ein Grad von Fachexpertise auch den Leser\*innen abverlangt wird, schadet kaum. Vielmehr liefert Barner eine lohnenswerte Eingliederung der Biografie des Mediziners und Mathematikers Paul Wolfskehls, die auch über die Mathematikgeschichte hinaus Erkenntnisse verspricht.

Die Aufsätze im Karl Wolfskehl gewidmeten folgenden Teil bleiben überwiegend im Horizont des in der Forschung Bekannten. Jürgen Egyptiens Darstellung des „Dichters und Essayisten“ ist, obwohl er in den Bahnen älterer Beiträge etwa Paul Hoffmanns verbleibt, gleichwohl immer noch geistreich geschrieben. Indem Egyptien einige Züge Wolfskehls – wie seine Vorliebe für den Romantiker Brentano oder seine oft autobiografische Auseinandersetzung mit anderen Künstlerpersönlichkeiten – besonders herausarbeitet,

gelingen ihm viele weiterführende Einzelerkenntnisse. Vielleicht am reizvollsten aber ist der Beitrag Franziska Merklins. Sie untersucht Wolfskehls nachhaltige Beschäftigung mit dem Theater und fokussiert ihre Analyse schließlich auf die „Schwabinger Schattenspiele“ (1907–1912), für die der Dichter drei Stücke verfasst hat, die Merklin ausführlich darstellt und analysiert. An diesem selten ausführlich behandelten Nebenaspekt des breiten Werks lassen sich viele charakteristische Aspekte seiner Ästhetik wie auch der von Wolfskehl verehrten Traditionslinien anschaulich erfassen. Wenig Neues dagegen liefern die beiden anschließenden Beiträge Claudia Soninos und – ein zweites Mal – Jürgen Egyptiens. Sonino stellt „Karl Wolfskehls Verhältnis zum Zionismus und zu Palästina“ dar und liefert gleichsam einen Überblick über die wichtigsten Briefstellen zu dieser Frage. Dass sie dabei den vorhandenen Forschungsstand übergeht, führt auch dazu, dass über einige Brüche in Wolfskehls Verständnis seines Judentums – die etwa Daniel Hoffmann unlängst herausgearbeitet hat – etwas leichtfertig hinweggegangen wird. Mit Egyptiens „[e]in paar Fakten und Impressionen“ zu der schon seit 2015 vorliegenden Edition des Briefwechsels George-Wolfskehl verhält es sich ähnlich. Der Verf. gibt einen gründlichen Überblick über die wichtigsten Themen und Schwerpunkte der Briefe von und an George, bleibt dabei aber im Rahmen einer eher kursorischen Rezension.

Mit besonderer Spannung werden die mit dem Werk und Leben Wolfskehls vertrauten Leser\*innen schließlich den dokumentierenden Teil des Bandes aufblättern, doch leider weitgehend enttäuscht sein. Der von Volkhard Huth sorgsam eingeleitete und kommentierte Brief von Karl Wolfskehl an den Künstler Georg Hemmerich vom 9. September 1930, der auch faksimiliert abgedruckt wurde, ist nur ein kleines Teil im großen Puzzle der Wolfskehl'schen Korrespondenzen. Die im Brief angesprochene Not des bedrohten, mittellosen Schriftstellers an der Schwelle zur Nazi-Herrschaft ergänzt gleichwohl ein Bild, das gerade auch der Briefwechsel mit George zu zeichnen erlaubt. Eher unterhaltend als forschungsrelevant dürften dagegen die beiden anderen abgedruckten Texte einzuschätzen sein. Weder die sich zudem fast ausschließlich auf Frankfurt/M. beziehenden Erinnerungen Marie Wolfskehls noch der lose Erinnerungstext ihrer Tochter Charlotte Kühners bietet über einzelne Milieu- und Charakterimpressionen hinausgehende Erkenntnisse. Allein Kühners Erinnerungen an den Onkel Karl Wolfskehl sind durchaus lesenswert.

Insgesamt bietet der Band zahlreiche lohnende Einzelerkenntnisse, leidet dann aber doch an der Heterogenität seiner Zusammenstellung, die durch die wohl als Einleitung gedachten, durchaus streitbaren „Ratschläge zum Umgang mit dem deutsch-jüdischen Erbe“ von Julius Schoeps indes kaum an Kohärenz gewinnen. Denn es bleibt der Bezug zum Jüdischen insgesamt ein Teilaspekt in diesem insgesamt etwas zu breit aufgestellten Sammelband.

Frankfurt/Oder, Berlin

Andree Michaelis-König

Die Staatlichen Archive Bayerns in der Zeit des Nationalsozialismus, hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (Archivalische Zeitschrift 96). Köln u. a.: Böhlau 2019, 534 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-412-51606-2.

Archivgeschichte, bis vor wenigen Jahren noch „untergründige Subdisziplin“ (Wilfried Reininghaus), erlebt aktuell einen gewissen Boom. Insbesondere für die Zeit des Nationalsozialismus existiert mittlerweile eine Reihe von Studien, und zwar sowohl von universitärer Seite (u. a. Astrid M. Eckert, Stefan Lehr, Tobias Winter) als auch seitens der Archivarzunft selbst (u. a. Torsten Musial, Johanna Weiser, Tagungsband des 75. Deutschen Archivtags, Sven Kriese, Dietmar Schenk). Das Schwergewicht dieser Untersuchungen liegt dabei bislang ganz wesentlich auf der preußischen Archivverwaltung. Das ist einerseits verständlich, hat diese doch als größte und dominante Institution des Archivwesens im Deutschen Reich fachlich und politisch prägend gewirkt. Andererseits bleiben somit

geografische Lücken und angesichts eines fehlenden Vergleichspunktes droht eine gewisse Einseitigkeit der Befunde. Vorliegender Sammelband schafft hier Abhilfe, indem er erstmals systematisch die staatliche Archivverwaltung Bayerns als die zweitgrößte des Deutschen Reichs für die Zeit des Nationalsozialismus in den Blick nimmt. Bei den insgesamt zwanzig Beiträgen handelt es sich um die verschriftlichten Vorträge eines Kolloquiums, das vom 26. bis 28. Oktober 2016 im Hauptstaatsarchiv München stattfand. Damit wird in gewisser Weise an eine ähnliche Tagung im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz vor einigen Jahren angeknüpft (S. KRIESE, *Archivarbeit im und für den Nationalsozialismus*, Berlin 2015). Welches Publikationsorgan könnte für ein solches Unterfangen besser geeignet sein als die seit 1876 bestehende Archivalische Zeitschrift, das renommierte Traditionsperiodikum der Staatlichen Archive Bayerns? Band 96 der Zeitschrift wurde für vorliegendes Themenheft reserviert.

In Anknüpfung an den gegebenen Forschungsstand schlägt Sven Kriese im ersten Beitrag eine Brücke zur preußischen Archivverwaltung und untersucht deren Verhältnis zur kleinen bayerischen Schwester. Demnach gab es erstaunlich wenige Berührungspunkte, die zwölf Jahre des Nationalsozialismus erscheinen als „Zeit des Beharrens und Wartens“ (S. 29), insbesondere auf eine alles umstrukturierende Reichsreform, die nie kommen sollte. Hermann Rumschöttel und Susanne Wanninger analysieren in ihren Aufsätzen die institutionelle Einbindung der Staatlichen Archive Bayerns. Mit dem Jahr 1933 wurde das Kultusministerium zugleich „Archivministerium“ (S. 31). Rumschöttel gelingt es unter Einbezug neuester Forschungsliteratur, diese übergeordnete Behörde und die von ihr vorgegebenen Leitlinien in Gestalt von „fünf kurzen Schlaglichtern“ (S. 34) virtuos zu charakterisieren. Gegenüber diesem Ministerium konkurrierte die Bayerische Staatsbibliothek unter Leitung des überzeugten Nationalsozialisten und „alten Kämpfers“ Rudolf Buttman erfolgreich mit der Archivverwaltung. Dieser Konflikt wurde durch den Umstand verschärft, dass die Bibliothek und das Hauptstaatsarchiv München gemeinsam in einem Gebäude untergebracht waren. Einen Seitenblick auf das kommunale Archivwesen in Gestalt der Stadtarchive Nürnberg und München werfen Michael Stephan und Dominik Radlmaier. Beide Autoren legen besonderes Gewicht auf eine biografische Annäherung an die dort tätigen Archivare, was einen besonderen Reiz durch gewisse Schnittmengen, wie den an beiden Archiven Reinhold Schaffer, erhält. Das Personal der Staatsarchive nehmen Margit Ksoll-Marcon und Bernhard Grau in Augenschein. Die derzeitige Generaldirektorin betrachtet ihre Amtsvorgänger, welche als Menschen und Beamte denkbar unterschiedlich agierten. Graus seitenstarker Artikel leistet wirkliche Grundlagenarbeit, indem er anhand der Personalentwicklung und Personalpolitik letztlich eine Analyse der Arbeitskultur der Archivverwaltung vornimmt. Im Gegensatz zu den preußischen Kollegen konnten die Bayern erstaunlich wenig von der Expansion des Archivwesens nach 1933 profitieren und sahen sich als Hort des katholischen Konservatismus gewissen Anfeindungen seitens der neuen Machthaber ausgesetzt. Grau kann herausarbeiten, wie eine Mischung aus „gezielter Protektion systemkonformer Mitarbeiter“ (S. 176), Selbstgleichschaltung, Karrierestreben und Repression „je länger, je mehr einen erheblichen Konformitätsdruck“ (S. 181) aufbaute, der aber in der Zeitspanne von zwölf Jahren nicht mehr voll zum Tragen kam. Ein Themenblock ist mit Fridolin Solleder, Michel Hofmann und Fritz Gehrlich drei denkbar unterschiedlichen Persönlichkeiten und Archivaren gewidmet. Der etwas versponnene, aber hochkompetente Historiker-Archivar Solleder, die „tragische Figur“ (S. 219) des intriganten Juristen Hofmann und der von den Nationalsozialisten ermordete Journalist und „Archivatrat im Nebenberuf“ Gehrlich stecken ein denkbar weites Feld ab. Generell deuten sich in den Untersuchungen signifikante Unterschiede zur ‚Zunft‘ der preußischen Archivare an: Offenbar war die Quote an Juristen erheblich höher, der Bezug zur Verwaltung enger, wissenschaftliches Streben eher verhaltener ausgeprägt, aber zugleich eine nennenswerte Zahl von journalistisch, publizistisch, ja sogar dichterisch aktiven Archivaren vorhanden. Mit dem Beitrag



von Magnus Brechtken, dem einzigen Nichtarchivar unter den Autoren, wird leider die Chance vertan, diesen Punkt näher zu beleuchten. Sein hochreflektierter Aufsatz skizziert die „Geschichtswissenschaften im Nationalsozialismus“ und deren Erforschung, geht aber mit keinem Wort auf den diesbezüglichen Beitrag der Archivre ein. Wie stand es mit dem (geschichts-)wissenschaftlichen Selbstverständnis der bayerischen Archivare und wie war ihre Ausbildung an der Münchner Archivschule beschaffen? Gab es so etwas wie eine bayerische Archivistik und welche Rolle spielte gegebenenfalls die Archivalische Zeitschrift in diesem Kontext? Diese und ähnliche Fragen bleiben somit leider offen. Bis zu einem gewissen Grad kann die Lücke durch vier Beiträge kompensiert werden, welche die Spanne der archivischen Aufgaben großzügig durchmessen. Diese eint, dass sie den Einfluss des politischen Umbruchs auf die praktische Archivarbeit und teilweise auch auf die archivistische Theoriebildung herausarbeiten können. Damit kommen sie unausgesprochen einer Forderung nach, die insbesondere Dietmar Schenk erhoben hat, nämlich den Einfluss der NS-Zeit auf die Entstehung der Archivistik zu untersuchen, die in den Jahren zwischen den Kriegen ihre Inkubationszeit erlebte. Drei Studien widmen sich Sonderarchiven: Neben dem Hauptarchiv der NSDAP wird untersucht, wie das Staatsarchiv Coburg in einem Jahrzehnte währenden Prozess in die bayerische Archivverwaltung hineinwuchs. Die Untersuchungsergebnisse Martina Hagenmüllers zum bayerischen Kriegsarchiv legen nahe, dass sich interessante Parallelen zum Potsdamer Reichsarchiv ziehen ließen, das durch die kürzlich erfolgte Neupublikation von Matthias Herrmanns monumentaler Studie erneut in die Aufmerksamkeit gerückt ist. Den Reigen beschließen Betrachtungen zum Zweiten Weltkrieg. Herbert Schott vergleicht die erfolgreichen Archivalienauslagerungen unter Solleder in Nürnberg mit den deutlich weniger erfolgreichen in Würzburg. Die mannigfaltigen Betätigungen des Archivpersonals während des Krieges sind Gegenstand von Christoph Bachmanns Untersuchung. Kaum verwunderlich stimmen die hiesigen Befunde im Wesentlichen mit denen zu Preußen überein, war doch der Luftschutz unter Ernst Zipfel ebenso Reichsangelegenheit wie die Mobilisation für den Krieg. Abgerundet wird der Band durch kurze Zusammenfassungen der Beiträge in vier Sprachen.

In der Einleitung des Buches heißt es, die Aufsätze seien „keinesfalls als Endpunkt der Auseinandersetzung, sondern als Impuls für eine kontinuierliche Weiterbeschäftigung mit dieser Thematik“ (S. 10) zu sehen. Einerseits ist diese Einschätzung Understatement – hier wurde in beeindruckender Weise ein weitgehend unbeackertes Forschungsfeld perspektivenreich kartiert und aufgearbeitet. Andererseits eröffnen sich beim Lesen tatsächlich weitere Fragehorizonte und die Ergebnisse evozieren unwillkürlich den Vergleich mit den besser erforschten preußischen Gegebenheiten, der an vielen Punkten sehr reizvoll wäre. Möge sich der Wunsch nach „kontinuierlicher Weiterbeschäftigung“ erfüllen, der Band beweist, es wäre lohnenswert!

Wolfenbüttel

Philip Haas

Vadim Oswald: Karten als Quelle und Darstellung. Historische Karten und Geschichtskarten im Unterricht. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag 2019, 408 S. ISBN 978-3-7344-0619-5.

Zu den bekanntesten filmischen Darstellungen des Geschichtsunterrichts gehört die Szene aus der Komödie „Die Feuerzangenbowle“ (1944), als der junge und erfolgreiche Schriftsteller Hans Pfeiffer, der unerkannt als Schüler ein Gymnasium besucht, dem unwissenden Schüler Knebel mithilfe von Lichtreflexionen erzeugt durch einen Handspiegel auf einer Karte versucht zu zeigen, welche Wege die Goten während der Zeit der „Völkerwanderung“ unternommen haben. Doch der Geschichtslehrer Dr. Brett durchschaut den Täuschungsversuch.

Diese Szene verdeutlicht den Stellenwert, den Karten für den Geschichtsunterricht besitzen. An einen Kartenständer gehängt, nehmen sie im Klassenzimmer einen großen

Raum ein, als Schulwandbild sind sie stets präsent, im Geschichtsbuch und Geschichtsatlas im kleineren Format einsehbar. Ohne Frage ist die Karte ein bedeutsames Medium für den Geschichtsunterricht.

Die Filmszene steht allerdings auch für den medialen Wandel im historischen Lernen. Die großen Karten sind aus den Schulen verschwunden oder im Archiv eingelagert. Nicht einmal die großflächige weiße Rückseite einer Karte wird noch als Projektionsfläche für Filme oder Präsentationen genutzt. Schulwandbilder hängen im Museum, der Kartendienst ist abgeschafft. Stattdessen werden zahlreiche Geschichtskarten und historische Karten in den Lehrwerken abgedruckt. Interaktive Whiteboards und digitale Tafeln ergänzen und ersetzen zunehmend die analogen Medien.

Einige Hinweise auf den medialen Wandel bei der Nutzung von Karten finden sich in der Darstellung des Gießener Professors für Didaktik der Geschichte Vadim Oswalt wieder, in der er sich systematisch mit Karten im Geschichtsunterricht auseinandersetzt. Grundsätzlich hält Oswalt an der tradierten Unterscheidung von historischer Karte (Quelle) und Geschichtskarte (Darstellung) fest. Plausibel strukturiert erläutert er die zahlreichen Funktionen der historischen Karten, die Geschichte der Kartografie, das Aufkommen historischer Karten in den digitalen Medien sowie die Bestandteile der Kartensprache. Gleiches geschieht bei seiner Beschreibung der Geschichtskarten, wenn er auf die Bedeutung des Raums für das Geschichtsbewusstsein und die geschichtsdidaktische Diskussion über Karten eingeht, die Geschichtsdarstellung in den analogen und digitalen Karten und die Elemente der geschichtskartografischen Darstellung erläutert. Den quantitativen Schwerpunkt indes bilden seine Ausführungen zur Verwendung von historischer Karte und Geschichtskarte im Unterricht.

Metaphorisch gesprochen ähnelt Oswalts systematische Darstellung einer Karte. Innerhalb dieses Bildes beschreiben die Bereiche „historische Karte“ und „Geschichtskarte“ selbstständige, voneinander getrennte Kontinente. Die einzelnen Kapitel stehen quasi als unabhängige Länder jeweils für sich. Eine narrative grenzüberschreitende Verknüpfung der Kapitel, ein roter Faden, der das Buch durchzieht, oder eine erkenntnisleitende Fragestellung sind nicht gegeben. Die Darstellung wirkt dadurch insgesamt flächig. Leserin oder Leser können selbst entscheiden, wo sie oder er das Buch aufschlagen und so ihren oder seinen Interessen nachgehen.

Aus dieser flächigen Darstellung ergibt sich die Funktion des Bandes als Propädeutikum und Nachschlagewerk für (angehende) Geschichtslehrkräfte und die Geschichtsdidaktik. Ohne die Geschichte der historischen Karte und Geschichtskarte im Ganzen zu erzählen – hierzu gibt es nur wenige knappe Ausführungen – oder eine vertiefte geschichtsdidaktische Diskussion zu führen, beschreibt Oswalt kenntnisreich und gekonnt den Status quo des Umgangs mit Karten im Geschichtsunterricht. Dabei leistet er in seinen Unterrichtsmodellen zu den üblichen und in vielen Geschichtslehrwerken abgedruckten historischen Karten sehr profunde Sachanalysen, die die Geschichtslehrkräfte mit großem Gewinn lesen werden. Oswalt legt mit diesen fachlichen Deutungen die Grundlage für freilich noch zu leistende didaktische Analysen und kompetenzorientierte Unterrichtsplanungen. Insofern verbergen sich hinter seinen „Unterrichtsmodellen“ keine Modelle im kompetenzorientierten, didaktischen oder praktischen Sinne, da sie nicht auf eine unterrichtliche Wirklichkeit rekurrieren oder sich konkret auf Lehrpläne beziehen. Seine Vorschläge für den Unterricht wie etwa zu den mittelalterlichen Weltkarten sind thematisch umfassend, für den Geschichtsunterricht indes viel zu umfangreich angelegt oder so knapp, dass sie allenfalls einen methodischen Impuls für eine Unterrichtsplanung darstellen. Ähnliches gilt für seine Tour d'Horizon der Geschichtskarten von der Vor- und Frühgeschichte bis zur Zeitgeschichte ab 1945.

Nichtsdestoweniger hat Oswalt mit seinem Buch ein bedeutendes Grundlagenwerk geschrieben, das eine systematische fachliche Bildung der Geschichtslehrkräfte über historische Karten und Geschichtskarten ermöglicht und auf das jene bei ihren Unterrichts-

planungen zurückgreifen sollten und werden, um Karten sowohl methodisch als auch sachlich richtig interpretieren zu können. Insbesondere seine Sachanalysen zu den vielen historischen Karten sowie seine Ausführungen zu den Geschichtskarten stellen eine willkommene Ergänzung zu den Lehrerbänden dar. Eine kompetenzorientierte Unterrichtsplanung und Unterrichtsgestaltung wird den Lehrkräften zwar nicht abgenommen – und kann in dieser Form auch nicht geschehen –, aber auf fachlich und methodisch sichere FüÙe gestellt.

Leer (Ostfriesland)

Jelko Peters

### Politische Geschichte

Florian Huggenberger: *Niederadel im Spessart. Adelsgeschichte im Spiegel des spätmittelalterlichen Lehnswesens* (Studien zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte 31). Kommission für Bayerische Landesgeschichte: München 2015, XXXVI, 497 S. ISBN 978-3-7696-6661-8.

Die 2012 angenommene Würzburger Dissertation unternimmt eine Bestandsaufnahme des Niederadels im Spessart, einer aus der Perspektive der geistlichen und weltlichen Herrschaftszentren des Raums eher peripheren Region. Ziele dieser Bestandsaufnahme, die einem sozialgeschichtlichen Ansatz verpflichtet ist, der bereits in einer Reihe von an der Universität Würzburg entstandenen Untersuchungen des Würzburger Lehnhofes erprobt wurde, sind die Rekonstruktion der Handlungsmöglichkeiten und der alltäglichen Beziehungen der Geschlechter untereinander. Im Zentrum der Arbeit steht daher die Betrachtung des Lehnswesens, das in Form der Lehenbücher die wichtigste – und für einige Familien auch einzige – Form der Überlieferung bietet. Das Lehnswesen wird dabei explizit nicht als „intellektuelle Konstruktion“ (S. 9) verstanden, sondern als soziale Realität, die funktionierende Möglichkeiten geboten habe, die Interessen verschiedener Gruppen innerhalb des mittelalterlichen Adels in einen Ausgleich zu bringen. Während die Vergabe von Lehen den Besitzenden Anhänger verschaffte, habe es den kleineren Adligen die Möglichkeit eröffnet, durch die Verwaltung von Besitz die materielle Grundlage für eine standesgemäÙe Lebensführung zu erwerben. Trotz der hier angedeuteten Kritik blendet der Verf. die in der deutschen Mittelalterforschung mit einiger zeitlicher Verzögerung in Gang gekommene Diskussion über die bereits 1994 von der britischen Historikerin Susan Reynolds (*Fiefs and Vassals*, Oxford 1994) aus und berücksichtigt auch die neuere deutschsprachige Literatur zum Thema nicht.

Zur Rekonstruktion des Spessarts als Adelslandschaft erhob der Verf. aus den Lehenbüchern – vornehmlich der Erzbischöfe von Mainz, der Bischöfe von Würzburg sowie der Grafen von Wertheim und Rieneck – alle Besitzer von Lehensgütern im Untersuchungsraum für die Zeit von 1400 bis 1519. Die 140 erfassten Familien sind in einem ausführlichen, 120 Seiten umfassenden Katalog zusammengestellt, der zusammen mit der Übersicht über die vergebenen Lehen im Anhang sowohl die Materialgrundlage der Arbeit offenlegt als auch ein Nachschlagewerk zur Adels- und Landesgeschichte des Spessarts im Spätmittelalter bildet.

Nach etwas holzschnittartigen Skizzen zur Situation des Niederadels im Spätmittelalter, dem Spessart als Untersuchungsraum und den Besitzverhältnissen in der Region erfolgt die Untersuchung in drei Schritten. Im Kapitel „Herrschaft und Unterwerfung – Niederadlige Politik im Spessart“ werden die materiellen Grundlagen adliger Existenz herausgearbeitet, womit der Dienst bei Fürsten und insbesondere die Verfügung über fürstliche Ämter, Burgen als Mittelpunkt adligen Lebens, Ortsherrschaften, Gerichtsrechte und Kirchsätze thematisiert werden. Eine nennenswerte Rolle spielten für den Nieder-

adel offenbar nur der Fürstendienst und der Besitz von Burgen. Lehen über Orts- und Gerichtsherrschaften wurden hingegen nahezu ausschließlich an Hochadlige vergeben. Angesichts der geringen Zahl von – zudem noch sehr kleinen – Städten im Untersuchungsraum waren diese für den Niederadel von geringer Bedeutung.

Im zweiten Schritt nimmt der Verf. die horizontalen Beziehungen der Niederadligen in den Blick, also Heiratsverbindungen und Verwandtschaftsbeziehungen, Fehden und deren Beilegung durch Gerichtstage und Vermittlungen sowie die Zugehörigkeit zu Adelsgesellschaften und Domkapiteln. Im Ergebnis zeigt sich, dass das Konnubium der Niederadligen weniger durch den Raum als vielmehr durch die gemeinsame Zugehörigkeit zu sämtlich außerhalb des Spessarts gelegenen Lehnshöfen bestimmt wurde. Die Abschnitte zu Konflikten und ihrer Beilegung kommen wegen des Fehlens einer systematischen Fragestellung über eine Aufzählung der Ereignisse nicht hinaus, die Ausführungen über die Adelsgesellschaften und Domkapitel erschöpfen sich in Zusammenstellungen der in einschlägigen prosopografischen Arbeiten genannten Angehörigen der untersuchten Niederadelsgeschlechter.

Im dritten Schritt unternimmt der Verf. eine sozialgeschichtliche Auswertung der von ihm erhobenen Daten, um zu „quantifizierbaren Aussagen“ zu kommen, die eine Einteilung der Niederadelsfamilien in soziale Schichten ermöglicht, die Aussagen über deren Handlungsspielraum erlauben. Dafür werden die Lehen in drei Typen unterteilt. Als herrschaftliche Lehen werden Rechte und Güter bezeichnet, welche die Ausübung von Herrschaftsrechten und somit den Auf- bzw. Ausbau einer eigenen Herrschaft ermöglichten. Unter Mittelstandslehen fallen größere wirtschaftliche Einheiten wie Häuser, Höfe, Burgställe, Wüstungen, Zehnten, Burg- und Forstlehen, Burgmannschaften und Zölle. Kleinere Wirtschaftsgüter (Weingärten, Gewässer, Mühlen, Naturalabgaben, landwirtschaftliche Nutzflächen, Renten, Gülten, Leibgedinge und kleinere Abgaben), die den Großteil des Lehnsbesitzes ausmachten, bilden die Kategorie der sogenannten nichtqualifizierenden Lehen. Die Auswertung erfolgt in drei zeitlichen Querschnitten (1400–1430, 1440–1465, 1497–1520), wobei die Familien jeweils der als herrschaftliche Gruppe bezeichneten Oberschicht, der etablierten Mittelschicht oder der sogenannten wirtschaftlichen Gruppe zugeordnet werden. Auf diese Weise werden Phänomene wie das Auftauchen und Verschwinden von Familien sowie Auf- und Abstiegsprozesse erkennbar, sodass sich keine klaren Konturen des Niederadels im Spessart abzeichnen, sondern der Verf. für eine differenzierte Betrachtung plädiert, die letztlich nur auf der Ebene des einzelnen Adelsgeschlechts sichere Aussagen ermöglicht.

Die Dissertationsschrift beruht auf umfangreicher und sorgfältiger Auswertung vornehmlich archivalischer Überlieferung, die eine Vielzahl von Einzelergebnissen erbracht hat, mit deren Hilfe zahlreiche Familien, insbesondere vom unteren Rand des Niederadels im Spessart, überhaupt erst greifbar werden. Leider gelingt es dem Verf. nicht, auf der Basis dieser Grundlagenarbeit ein Gesamtbild des Niederadels im Spessart zu entwerfen. Dies mag einerseits an der Sprödigkeit der Überlieferung liegen, andererseits sind es sprachliche Unbeholfenheiten, die eine Formulierung klarer Ergebnisse behindern. Exemplarisch lässt sich das Zusammenspiel dieser beiden Faktoren im Resümee des Kapitels über den Niederadel und die Städte beobachten: „Damit war die Stadt zu einem Teil für den Niederadel neben einer Konkurrenz eben gleichermaßen existenzsichernd. Diese beiden parallel gegenwärtig seienden Pole bildeten den Rahmen für die Beziehung zwischen beiden Gruppen. Sicherlich gab es noch einige Verbindungen zwischen Städten und Niederadel mehr. Allein die dafür notwendigen Quellen sind für deren Nachweise sicher andere als Lehenbücher und verwandte Schriftstücke“ (S. 137).

Marc van Alphen, Jan Hoffenaar, Alan Lemmers, Christiaan van der Spek: *Krijgsmacht en handelsgeest. Om het machtsevenwicht in Europa, 1648–1813 (Militaire geschiedenis van Nederland 2)*. Amsterdam: Boom 2019, 552 S., zahlr. Abb., Karten, Pläne. ISBN 978-90-244-3038-3.

Bei dem vorliegenden Band handelt es sich um eine Publikation des Niederländischen Instituts für Militärgeschichte (NIMH) in Den Haag, dem die Autoren angehören und die durch zahlreiche Forschungen einschlägig ausgewiesen sind. Er ist der zweite einer auf insgesamt sechs Bände angelegten Reihe zur „Militaire Geschiedenis van Nederland“. Bekanntlich wurde 1648 auch der Achtzigjährige Krieg zwischen den Niederlanden und Spanien in Münster beendet, dem der erste Band der Reihe gewidmet ist. Allerdings stand die Republik in den folgenden 165 Jahren ebenfalls achtzig Jahre lang im Krieg. Gegner waren nun vor allem England, Frankreich und Schweden. Der Titel des Bandes ist äußerst treffend gewählt, beleuchtet er doch nicht allein die militärischen Auseinandersetzungen, sondern thematisiert auch die innenpolitischen, wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Konflikte und Entwicklungen, die aus dem Widerstreit zwischen der Kriegsmacht und dem Handelsgeist in der Republik erwachsen, die ihren Platz im europäischen Gleichgewicht der Großmächte zu finden suchte. Kann der Achtzigjährige Krieg gewissermaßen als Erfolgsgeschichte geschrieben werden und konnten die abtrünnigen Sieben Provinzen in Münster im Konzert der Großmächte durchaus mitspielen, so war die Republik am Ende des Untersuchungszeitraums eindeutig ins zweite Glied zurückgetreten. Neben den existenziellen Bedrohungen durch das Ludovizianische Frankreich wurde die Republik im Inneren zudem immer wieder durch die teilweise gewaltsam ausgetragenen Auseinandersetzungen zwischen „Oranier-Mob“ und oranischer Militärklientel einerseits sowie dem städtischen, vor allem Amsterdamer Regentenpatriziat andererseits erschüttert.

Der Band ist in zwei große Teile gegliedert. Zunächst wird die politisch-militärische Entwicklung behandelt. Ganz der neueren Militärgeschichte verpflichtet, wird dabei keine reine militärische Strategie- oder Operationengeschichte geliefert, sondern das Funktionieren, der Einsatz der Armee und der Flotte im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext betrachtet. Erst damit wird verständlich, wie sich dieses vergleichsweise kleine, zudem wirtschaftlich, gesellschaftlich und letztlich auch konfessionell heterogene Gemeinwesen zunächst auf See gegen Großbritannien und später zu Land gegen das übermächtige Frankreich hatte behaupten können. Der erste Grund liegt in dem enormen Kapital begründet, das zur Kriegsführung zur Verfügung stand. Es wurde vor allem in der reichsten Provinz Holland und den Seestädten durch vergleichsweise hohe Steuern generiert: 1616 fast 60 Prozent des Steueraufkommens (S. 256) in den Generalstaaten insgesamt. Gleichzeitig konnte man sich lange Zeit hohe Staatskredite leisten. Der zweite Grund ergibt sich unmittelbar aus diesen finanziellen Gegebenheiten, insofern die Republik große Teile des Militärapparates gleichsam privatisierte und damit in hohem Maße ökonomisierte. Dies trifft gewissermaßen in verschärfter Form für die Kriege in Übersee zu, die von der West- und Ostindischen Kompanie (WIC und VOC), also den beiden großen Handelsaktiengesellschaften geführt wurden, die allerdings gesondert im dritten Band der Reihe behandelt werden. Regimenter, Kompanien und Schiffsbesatzungen waren im Grunde Wirtschaftsunternehmen, die von ihren Offizieren nicht allein militärisch kommandiert, sondern auch unternehmerisch geführt wurden. Dies gilt letztlich auch und vor allem für die zahlreichen ausländischen Offiziere und Kriegsunternehmer im Sold der Republik, darunter die Herzöge von Braunschweig und Mecklenburg, die Grafen bzw. Fürsten von Waldeck ebenso wie die Landgrafen von Hessen-Kassel bzw. deren Söhne, die als Regimentsinhaber und teilweise als Kommandanten der Festung Maastricht erhebliche Einkünfte bezogen, manchmal in die oranische Statthalterfamilie einheirateten und in dem Band entsprechende Berücksichtigung finden. Fast immer stammten auch die Mannschaften und subalternen Offiziere aus den Heimatterritorien der Kriegsunterneh-

mer, sodass fast zwei Drittel des niederländischen Heeres Ausländer, vor allem Deutsche, waren. In der Flotte war der Ausländeranteil nur geringfügig niedriger, allerdings dominierten hier Matrosen von den Britischen Inseln.

Der zweite Teil des Bandes befasst sich dann systematisch mit den Fragen der Finanzierung von Heer und Flotte, wobei die Republik als „military-fiscal-state“ scharfe Konturen gewinnt, aber auch mit den Themen der Motivation zur Anwerbung von Mannschaften und Offizieren, den Karrierechancen sowie dem Alltag der Militärs im Feldlager, in den Festungen und auf den Schiffen bis hin zur Hinterbliebenen- und Invalidenversorgung bzw. Nichtversorgung. Bei der Betrachtung der meist adligen Herkunft der Offiziere und deren Karrieremuster wird deutlich, dass sich das Heer der Republik kaum von jenen der zeitgenössischen Fürstenstaaten unterschied. In der Flotte sah das deutlich anders aus: Die Marineoffiziere entstammten seltener dem Adel und hatten sich oft vom einfachen Matrosen oder Steuermann hochgedient, wie etwa der „Seeheld“ Michiel de Ruyter, der Sohn eines mittellosen Brauknechts aus Vlissingen.

Erscheint die Darstellung insgesamt als gelungene Synthese einer reichen, im Literaturverzeichnis erschlossenen jüngeren Forschung, so wird man angesichts der opulenten Illustration des Bandes fast neidisch. Dabei greifen die Autoren keineswegs nur auf den reichen Fundus der zeitgenössischen Malerei und Grafik von Jan Mijntens bis Romein de Hooghe zurück, sondern nutzen auch Bildquellen wenig bekannter Künstler und Dilettanten. Der Band wie die gesamte Reihe steht damit in der respektablen Tradition der zwischen 1979 und 1983 erschienenen „Allgemeine geschiedenis der Nederlanden“. Gewiss, eine Rezension ist nicht der Ort, die Anschaffungspolitik der Bibliotheken zu kommentieren. Aber vor dem äußerst positiven Eindruck, den der Band bei dem Leser hinterlässt und der Überzeugung, dass damit ein künftiges Standardwerk für die Militär- wie für die allgemeine Geschichte der europäischen Frühen Neuzeit insgesamt vorliegt, ist ihm und der ganzen Reihe eine weitaus größere Verbreitung zu wünschen als bislang nachvollziehbar, denn sie ist bislang gerade einmal in fünf Bibliotheken des KVK (Stand Mai 2020) nachgewiesen.

Marburg

Holger T. Gräf

Christine Braun: Die Entstehung des Mythos vom Soldatenhandel 1776–1813. Europäische Öffentlichkeit und der „hessische Soldatenverkauf“ nach Amerika am Ende des 18. Jahrhunderts (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 178). Darmstadt/Marburg: Hessische Historische Kommission Darmstadt und Historische Kommission für Hessen 2018, 296 S. ISBN 978-3-88443-333-1.

Im Weihnachtsprogramm des Jahres 1976 – in dem sich die Unabhängigkeit der USA zum 200. Mal jährte – strahlte die ARD den Dreiteiler „Der Winter, der ein Sommer war“ aus. Dieser auf einem Roman von Sandra Paretts basierende Fernsehfilm greift das historische Thema des Einsatzes hessischer Truppen am Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg auf; er benutzt es jedoch nicht nur als Kulisse für eine Abenteuer- und Liebesgeschichte, sondern bedient auch zentrale Aspekte des ‚Mythos vom Soldatenhandel‘, mit dessen Genese sich die vorliegende Marburger Dissertation befasst. Der Landgraf von Hessen-Kassel erscheint hier als geldgieriger und vergnügungssüchtiger Despot, der seine Untertanen ohne Skrupel an den König von Großbritannien vermietet, um gegen die nach Freiheit strebenden Amerikaner zu kämpfen.

Wie Christine Brauns Studie zeigt, formte sich dieser Mythos zwar erst im 19. Jh. vollständig aus, doch ein „Soldatenhandelsnarrativ“ verfestigte sich bereits zeitnah zu den historischen Ereignissen. Im Anschluss an neuere Forschungen führt Braun aus, dass Subsidienverträge zwischen deutschen Fürsten und ausländischen Mächten im 18. Jh. weder ungewöhnlich waren noch als unrechtmäßig angesehen wurden. Gerade kleinere

und mittelgroße Fürstenstaaten sahen darin vielmehr eine Möglichkeit, die Kosten für den Unterhalt eines stehenden Heeres auszulagern und ihr Prestige als Truppensteller für europäische Großmächte zu erhöhen. Im Verlauf des Amerikanischen Unabhängigkeitskriegs fand jedoch ein Umschwung in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Subsidienverträge statt, die nun einer grundsätzlichen Kritik unterzogen wurden. Wie dieser Meinungsumschwung zu erklären ist, wird eingehend untersucht. Dazu vergleicht die Autorin die deutschsprachige Publizistik über das Thema mit der veröffentlichten Meinung in England und mit einschlägigen französischsprachigen Publikationen.

Braun argumentiert, dass der Einsatz deutscher Soldtruppen zwar in England wie in Deutschland kritisiert wurde, die Art und Weise der Kritik aber erheblich differierte und unterschiedlich motiviert war. In der englischen „Parlaments- und Zeitungsöffentlichkeit“ (S. 70) diente das Bild brutaler Söldner, die von despotischen deutschen Fürsten vermietet wurden, einerseits der Kritik an der verfehlten Amerikapolitik der eigenen Regierung; andererseits hatte sie eine identitätsstiftende Funktion, indem englische Freiheit und deutsche Tyrannei kontrastiv gegenübergestellt wurden. Eine wichtige Rolle spielten dabei die tief in der englischen politischen Kultur verankerten Vorbehalte gegen ein stehendes Heer, das als latente Bedrohung der eigenen Freiheit betrachtet wurde. Außerdem fokussierte sich die Diskussion in England zunehmend auf die Landgrafschaft Hessen-Kassel, obwohl insgesamt sechs deutsche Fürstentümer Großbritannien Truppen zur Verfügung stellten. Der Landgraf wurde gleichsam zum Prototypen des habgierigen deutschen Despoten stilisiert.

In der zeitgenössischen deutschsprachigen Publizistik war das Bild der Soldaten ambivalenter, da sie sowohl als Mitschuldige als auch als Opfer des Despotismus ihrer Fürsten angesehen wurden. Die – in englischsprachigen Quellen weitgehend fehlende – Opferperspektive wurde durch einprägsame Bilder von den Soldaten als „Sklaven“ oder als „Schlachtvieh“ untermauert. Den Kern des deutschen „Soldatenhandelsnarrativs“ bildete indessen das Bild des geldgierigen, verschwenderischen und tyrannischen Fürsten, der seine Untertanen aus egoistischen Motiven an eine fremde Macht verkaufte. Aus aufklärerischer Perspektive avancierte „der Soldatenhandel [...] zum Kennzeichen und Gipfel despotischer Herrschaft schlechthin“ (S. 197). Besonders verwerflich erschien der „Soldatenhandel“ deutscher Fürsten überdies, weil die Truppen gegen die Amerikaner eingesetzt wurden, mit deren Freiheitsstreben große Teile der gebildeten Öffentlichkeit sympathisierten. Obwohl die Kritik am „Soldatenhandel“ im Heiligen Römischen Reich umfassender und grundsätzlicher ausfiel als in England, gingen deutsche Autoren nicht so weit, die Abschaffung des monarchischen Herrschaftssystems zu fordern; ihr Ideal bildete vielmehr eine im Geist der Aufklärung reformierte Monarchie.

Obwohl Christine Braun die Differenzen zwischen englischen und deutschen Wahrnehmungen umsichtig herausarbeitet, stellt sich beim Leser die Frage, ob ihre Befunde nicht auch der unterschiedlichen Quellenbasis geschuldet sind. Für England hat die Verf. vor allem Parlamentsreden und Zeitungsartikel untersucht – Quellen mithin, die naturgemäß stark am politischen Tagesgeschehen orientiert sind. Für Deutschland hingegen analysiert sie neben Aufsätzen aus gelehrten Journalen vor allem literarische Texte, darunter so bekannte wie Schillers „Kabale und Liebe“ und Seumes „Mein Leben“. Dass diese Werke, die mitunter mit allegorischen Fürstenfiguren arbeiten und in fiktiven Territorien des Reichs angesiedelt sind, über die Kritik an konkreten politischen Entscheidungen hinaus auf eine grundsätzliche Ebene abzielen und ihr Narrativ „von einer emotionalen Bildsprache geprägt“ ist (S. 261), kann insofern nicht wirklich überraschen. Die Entscheidung der Autorin, zunächst die Bilder des „Soldatenhandels“ in England und Deutschland und anschließend deren Funktionen zu analysieren, führt zudem zu einigen Redundanzen. Ungeachtet dieser Einwände kommt dieser Studie das Verdienst zu, die Ursprünge eines ausgesprochen langlebigen Mythos erstmals differenziert aufgearbeitet zu haben.

Andreas Hedwig (Hrsg.): *Zeitenwende in Hessen. Revolutionärer Aufbruch 1918/1919 in die Demokratie* (Schriften des Hessischen Staatsarchivs Marburg 36). Marburg: Hessisches Staatsarchiv 2019, 136 S. ISBN 978-3-88964-221-9.

Es gibt wohl kaum ein Ereignis in der Geschichte, das einen radikaleren Umbruch in der deutschen Gesellschaft bewirkte als die Revolution von 1918/19. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik stellte zusammen mit dem dadurch bedingten Ende des Ersten Weltkriegs eine „Zeitenwende“ dar, die auch in den Territorien des heutigen Landes Hessen für einige Turbulenzen sorgte.

Eben dieser Zeitenwende widmete das Hessische Staatsarchiv Marburg die vom 7. November 2018 bis zum 28. Mai 2019 gezeigte Ausstellung „Es lebe die deutsche Republik! – die Revolution 1918/1919 in Hessen“, zu der auch ein Begleitband erschien.

Dieser Band richtet den Fokus, nach einer einführenden Betrachtung der Geschehnisse auf nationaler Ebene, gezielt auf den Ablauf der Revolution im heutigen Land Hessen. Da die kaiserliche Propaganda der Bevölkerung bis kurz vor Kriegsende vorgegaukelt hatte, dass ein Sieg über die Entente kurz bevorstünde, traf der Zusammenbruch der Monarchie diese fast völlig unerwartet. Entsprechend plötzlich und unvorbereitet ging der Übergang zur Demokratie im Gefolge des Kieler Matrosenaufstandes vonstatten. Der vorliegende Band wirft hierbei im Sinne seiner landesgeschichtlichen Prämisse Schlaglichter auf die Bildung und Organisation der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte in Hessen. Im umfangreichsten, ersten Teil des Bandes werden dabei die teils von den heimkehrenden Matrosen angeschobenen, teils durch lokale Kräfte initiierten Ereignisse in den Städten Kassel, Hanau, Frankfurt/M., Wiesbaden und Darmstadt sowie im ländlichen Raum Nordhessens betrachtet. Es zeigt sich, dass die lokalen Entwicklungen dort zwar primär von der Zugehörigkeit zu Preußen oder dem Großherzogtum Hessen abhängig waren, zudem aber auch in entscheidendem Maße von den Akteuren vor Ort bestimmt wurden. So blieben in Kassel unter dem Einfluss des SPD-Manns Albert Grzesinski, der die Kooperation mit den Vertretern des alten Regimes suchte, die bisherigen Verwaltungsstrukturen trotz Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates weitgehend intakt, während sich in Hanau unter dem maßgeblichen Einfluss der USPD zunächst linksradikale Kräfte Bahn brachen und im französisch besetzten Wiesbaden Separatisten die Macht an sich rissen. In Darmstadt spielte hingegen das Parlament die Hauptrolle bei der Neuordnung der Verhältnisse, indem es zusammen mit den Räten den Großherzog für abgesetzt erklärte und die „Freie Sozialistische Republik Hessen“ ausrief.

Nach einer instruktiven Darstellung der Verfassung des aus dem Großherzogtum hervorgegangenen Volksstaates Hessen wenden sich die Autoren im zweiten Teil, in dem sie den Weg der Weimarer Republik und seiner verschiedenen politischen Gruppierungen bis zur Märzkrise von 1920 skizzieren, wieder mehr den nationalen Geschehnissen zu, ohne dabei jedoch den Fortgang der Ereignisse in Hessen aus dem Blick zu verlieren. Parallel zur reichsdeutschen Entwicklung kam es auch hier zum schleichenden Niedergang der Räte, die sich, abgesehen von Kassel und Frankfurt/M., im Frühjahr 1919 überall auflösten. Das Zerwürfnis der beiden sozialdemokratischen Parteien sorgte dabei dafür, dass es in dieser Zeit auch in Frankfurt/M., Hanau und Offenbach zu spartakistischen Aufständen kam, die gewaltsam niedergeschlagen wurden.

Im abschließenden, kürzesten Abschnitt des Bandes wird cursorisch der Weg der Republik durch die Krisen der 1920er Jahre bis hin zu ihrem Untergang 1933 aufgezeigt. Nach einer Skizzierung des demokratischen Neuanfangs und der Errichtung des Landes Hessen unter amerikanischer Besatzung bildet die Betrachtung der Hessische Verfassung von 1946 den Endpunkt des Bandes. Dabei wird vor allem deren Besonderheiten gegenüber der des Volksstaates Hessen und der Bundesverfassung von 1949 besonderes Augenmerk geschenkt.



Begleitet werden diese Darstellungen von Abbildungen der ausgestellten Archivalien, bei denen es sich hauptsächlich um zeitgenössische Fotografien, (Wahl-)Plakate und offizielle Schriftstücke handelt. Die Abbildungen sind durchgehend von guter Qualität und leisten einen hilfreichen Beitrag zur Veranschaulichung der Darstellungen.

Marburg

Tobias Kindel

Wilfried Reininghaus: „Darum wählt!“. Die ersten demokratischen Kommunalwahlen in Westfalen und Lippe 1919. Münster: Ardey 2019, 247 S., Abb. ISBN 978-3-87023-440-9.

Mit der Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts sowie der Einführung des Frauenwahlrechts 1919 war der Weg zu demokratischen Wahlen geebnet, da sich nun alle männlichen und weiblichen Personen ab 20 Jahren in geheimer, direkter und allgemeiner Wahl an der Politik beteiligen konnten. Die Kommunalwahlen im Februar/März 1919 bewegten die Bürger\*innen genauso wie die Wahlen auf Reichs- und Landesebene, wie das vorliegende Werk nun flächendeckend für die gesamte Region der Provinz Westfalen und des Freistaates Lippe zeigt. Da das Augenmerk in der historischen Wahlforschung für das Jahr 1919 bislang auf den Reichstagswahlen lag, gibt Wilfried Reininghaus mit dem vorliegenden Werk einen wichtigen Anstoß, sich verstärkt mit den Kommunalwahlen zu beschäftigen.

Über 600 Gemeinden in der Region werden hinsichtlich der Wahlvorbereitungen und -ergebnisse dokumentiert. Nach einem Überblick der politischen Landschaft der beiden Regionen werden die Wahlresultate von großen, mittleren und kleinen Städten sowie Landgemeinden systematisch dargestellt. Zusätzlich werden diese mit den Ergebnissen der vorangegangenen Wahlen zur Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung im Januar 1919 verglichen.

Dem folgt eine zusammenfassende Analyse über den Wahlausgang für die einzelnen Parteien sowie den Mandatsveränderungen und der Wählerschaft. Dabei zeigt Reininghaus auf, welche Rolle Geschlecht, Beruf, Religion/Konfession und soziale Schicht bei den Kommunalwahlen in den einzelnen Stadt- und Landgemeinden spielten. Abschließend gibt der Verf. einen Ausblick auf die Konstituierung der Kreistage in Westfalen und des Provinziallandtages im Freistaat Lippe.

Im Mittelpunkt von Reininghaus' Forschungen steht die umfangreiche Auswertung der Regional- und Lokalpresse im Zeitraum von Oktober 1918 bis Frühjahr 1919, die Auskünfte über die Kandidatenauswahl, Wahllisten und -ergebnisse geben. Dies flächendeckend für die gesamte Region Westfalen und Lippe auszuwerten, ist das große Verdienst des vorliegenden Werkes und erweitert den Forschungsstand über bisherige Lokalstudien hinaus. Eingebettet werden die Daten in den jeweiligen lokalen Kontext, welcher jedoch je nach Ortschaft nur gestreift wird. Aufgrund der umfassenden Datenfülle erfolgt häufig eine reine Auflistung der Wahlergebnisse, denen weitere Ergänzungen und Interpretationen dienlich gewesen wären.

Der Quellenlage geschuldet – die Presse publizierte die Wahlresultate nicht vollständig – bleiben einige Lücken zu den Wahlergebnissen und Profilen der Kandidaten. So sind Zahlen zu den Wahlberechtigten häufig nicht überliefert, die sich damit nicht ins Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen setzen lassen.

Um eine bessere Lesbarkeit zu erzielen, hätten die Forschungsergebnisse in Tabellenform publiziert werden können, um somit ein schnell nutzbares Nachschlagewerk zu kreieren. Die Möglichkeit, die Wahlergebnisse in einem Kartenbild nach den Regierungsbezirken gegliedert zu präsentieren, hätte das Werk weiter aufgewertet.

Unzureichend betrachtet werden die Frauen, die 1919 erstmals als neue Wählergruppe hinzutreten. Der vielversprechende Titel „Darum wählt!“, dessen Aufruf sich explizit an

die Frauen richtet, wird der Analyse nicht gerecht. Ob das aktive Wahlrecht von den Wählerinnen genutzt wurde, wie sie auf an sie gerichtete Wahlwerbung reagierten, ob und wie speziell an Frauen gerichtete Wahlversammlungen stattgefunden haben, wird zu wenig herausgearbeitet. Stattdessen konzentriert sich der Autor auf das passive Wahlrecht für Frauen in den einzelnen Orten, jedoch fehlen häufig Angaben zu Beruf und Stand der jeweiligen Kandidatinnen.

Als Resümee ist festzuhalten, dass es Reininghaus gelungen ist, eine großangelegte Wahlstatistik zu Westfalen und Lippe zu publizieren, umso wünschenswerter wäre es, einige zu kurz thematisierte Felder, wie die neuen Wählergruppen oder Wahlwerbung, in kommenden Forschungen weiter auszubauen. Es bleibt zu hoffen, dass das Werk als Anregung für weiterführende Forschungen zu flächendeckenden Studien zu Wahlen, insbesondere auf kommunaler Ebene, dienen mag.

Marburg

Sarah Griwatz

Regina Göschl, Julia Paulus (Hrsg.): Weimar im Westen. Republik der Gegensätze. Münster: Aschendorff 2019, 207 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-402-13353-8.

Das öffentliche und historiografische Bild der Weimarer Republik war lange geprägt vom „Mythos Berlin“ und den großen Erzählungen der deutschen Geschichte. Vor allem der kulturgeschichtliche Blick auf die Weimarer Zeit ist verbunden mit den Topoi der künstlerischen und gesellschaftlichen Avantgarde und dem ‚Tanz auf dem Vulkan‘, der sogar die ‚Goldenen 20er‘ überdauerte und bis kurz vor den ‚Untergang‘ der Republik 1933 andauerte (der in Wahrheit eine gezielte Zerstörung war). Auf politischer Ebene hingegen dominierte das Bild der ‚gescheiterten‘ Republik, die nicht viel mehr als ein Vorspiel zu Hitler war. Auch hier standen Berlin (eine ‚blutige‘ Revolution 1918/19 und die Straßenkämpfe Anfang der 1930er Jahre) und die Reichspolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit. In Fernsehserien wie „Babylon Berlin“ berühren sich diese Topoi und der Fokus auf die Reichshauptstadt noch heute.

Dabei zeichnet die neuere Weimar-Forschung schon längst ein differenzierteres Bild der ersten deutschen Demokratie. Dazu gehört nicht zuletzt auch ein methodisches ‚Los von Berlin!‘ und eine stärkere Zuwendung der Erforschung der politischen, sozialen und kulturellen Realitäten in den anderen Teilen des Reiches. Der (vergleichenden) Regional- und Lokalgeschichte kommt dabei eine besondere Bedeutung für eine differenzierte Betrachtung der Heterogenität und Ambivalenz der Weimarer Republik zu.

Der von Regina Göschl und Julia Paulus herausgegebene Band leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Als Begleitband zu einer gleichnamigen multimedialen Wanderausstellung (nach wie vor abrufbar unter <http://www.weimar-im-westen.de/>) ist er eine Gemeinschaftsproduktion der Landschaftsverbände Westfalen-Lippe und Rheinland, genauer gesagt des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte in Münster und des LVR-Instituts für Landeskunde und Regionalgeschichte in Bonn. Realisiert wurden die Ausstellung und der Band 2019 im Rahmen des Projektes „100 Jahre Bauhaus im Westen“ der beiden Landschaftsverbände. Auch wenn das Grußwort der Schirmherrin noch stark auf die Rolle des Bauhauses an Rhein und Ruhr abhebt – in dem Band spielt es erfreulicherweise keine weitere Rolle. Denn für eine Publikation des Bauhaus-Jahres sticht der Band besonders durch seine breite, vor allem sozial- und mentalitätsgeschichtliche Betrachtung der Weimarer Republik hervor, der den breiteren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kontext rekonstruiert, in dem sich moderne Gestaltung und Architektur überhaupt erst voll entfalten konnten. Gestalterisch überzeugt dabei der rote Faden, dass jeder Beitrag mit einem Bild und einer entsprechenden Bildinterpretation in sein Thema einsteigt. Nur die Zuordnung der einzelnen Beiträge zu den vier Abschnitten, die sich an der Gliederung der Ausstellung orientiert, scheint nicht immer ganz schlüssig.

Die zwanzig Essays bieten insgesamt eine gelungene Mischung aus regionalgeschichtlicher Betrachtung und einer Einordnung in den übergeordneten, gesamtdeutschen oder modernisierungsgeschichtlichen Kontext. Der im Klappentext aufgestellte und an diversen Stellen wiederholte Anspruch, in den beiden preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen (plus Lippe) ließen sich die „Probleme und Erfolge der ersten deutschen Demokratie wie unter einem Brennglas“ studieren, kann weitgehend erfüllt werden. Bei der Lektüre des Bandes wird aber zugleich klar, dass die behandelte Region durch die alliierte Besatzung, gipfelnd im Ruhrkampf 1923, in besonderer Weise politisch exponiert war, wodurch sich viele wirtschaftliche, soziale und auch Deutungskonflikte im Vergleich zum Rest des Reiches noch einmal verschärften. Phänomene wie der von den Besatzungsmächten tolerierte oder gar geförderte, von der Mehrheitsgesellschaft aber geächtete rheinische Separatismus (Maïke Schmidt) erklären sich nur vor dem Hintergrund dieser besonderen Situation. Gerade mit Blick auf den Durchbruch der ‚klassischen Moderne‘ (und ihre Krisenjahre, so Detlev Peukert in seiner Studie) lassen sich aber auch zahlreiche typische Phänomene der Weimarer Zeit in all ihrer Ambivalenz anhand der Entwicklungen an Rhein und Ruhr studieren. Die Mischung aus Urbanität und Hochindustrialisierung einerseits, ländlichem Raum und der Eigenschaft, nur Provinz zu sein andererseits, liefert dafür den Hintergrund. Hinzu kommt die starke Milieubindung im katholischen und Arbeitermilieu – unter weitgehender Abwesenheit des protestantischen Milieus (Regina Göschl). In diesem Setting spielt sich der ganze Reigen an Modernisierungsprozessen ab, inklusive der Beharrungstendenzen und Kontinuitätslinien aus dem Kaiserreich.

Nimmt man die Beiträge zum Verhältnis von Kapital und Arbeit (Matthias Frese), zu Medien (Georg Mölich) und Verkehr (Thomas Küster), Psychiatrie als Teil des Wohlfahrtsstaates (Franz-Werner Kersting), Geschlechterordnung (Julia Paulus) und Reformbewegung (Malte Thießen), Sport (Helmut Rönz) und Tourismus (Matthias Frese, Markus Köster), Gewerbe (Helmut Rönz) und Landwirtschaft (Klaus Schultze), Heimat- und völkischer Bewegung (Marcus Weidner, Karl Ditt) sowie einigen Themen mehr zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Die erste deutsche Demokratie eröffnete nach der Revolution und dank politischer Aufbrüche (Wilfried Reininghaus, Rainer Pöppinghege) eine Laboratorium der Moderne, in dem die im Kaiserreich angelegten Entwicklungslinien zur vollen Entfaltung, in vielen Fällen auch zu ihrer Verschärfung kamen. Das gilt einerseits für den Aufbruch in die Moderne, etwa mit der Etablierung des Rundfunks, der Rationalisierung der Landwirtschaft, beschleunigter Urbanisierung und Entwicklung der Massenkultur oder auch der Verbesserung der Infrastruktur. Andererseits setzten sich gegenläufige Tendenzen fort oder verschärften sich sogar, etwa in den Erfolgen der Heimat- und völkischen Bewegung, rassistischer Ressentiments gegen Kolonialtruppen (und ihre Abkömmlinge, die sogenannten Rheinbastarde) und Sinti und Roma (Jens Gründler, Timo Nahler), Antisemitismus und anderer antimoderner, in aller Regel nationalistisch aufgeladener Topoi. Modernisierung betraf dabei auch nicht alle Lebensbereiche und sozialen Gruppen im gleichen Maße. Das popularisierte Bild der ‚neuen Frau‘ in Auto und mit regelmäßigem Kinobesuch und Tennis-Spiel entsprach der sozialen Realität der allerwenigsten Frauen (und Männer an ihrer Seite). Je nach sozialer Stellung, Geschlecht, Wohnort, Beruf, Konfession etc. war die Betroffenheit von Modernisierung höchst unterschiedlich, und damit auch die Reaktionen zwischen Akzeptanz und Abwehr.

Dieser Blick auf Weimar aus der Provinz, dem noch eine Handvoll Beiträge zu politischen Rahmenbedingungen und Akteuren gutgetan hätte, bietet daher weit mehr als eine Regionalgeschichte des Rheinlands und Westfalens von 1918 bis 1933. Der regionalgeschichtlich interessierte Leser wird darin viel Erhellendes finden. Die durchweg gut geschriebenen Essays dürften auch für das allgemein interessierte Publikum gut zu lesen sein, ohne darüber ihren wissenschaftlichen Anspruch zu verlieren. Das breitere Verdienst des Bandes liegt aber in der Diversifizierung des Blickes auf die Weimarer Gesellschaft,

die mehr und heterogener, in vielen Fällen auch normaler und konventioneller war als „Babylon Berlin“.

Jena

Andreas Braune

Johannes Kessler: Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schaumburg-Lippe 1923–1933 (Schaumburger Studien 78). Göttingen: Wallstein 2018, 519 S., zahlr. s/w Abb. ISBN 978-3-8353-3351-2.

Schaumburg-Lippe gehörte im Kaiserreich wie in der Weimarer Republik zu jenen Kleinterritorien, die – angelehnt an und umgeben von größeren Bundesstaaten bzw. Ländern – ein Leben im Schatten der großen Geschichte fristeten. 1925 zählte man hier gut 48.000 Einwohner, die zu 98 Prozent der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche angehörten. Zwei kreisfreie Städte gab es, Bückeburg und Stadthagen, 68 Flecken und Dörfer, sowie 13 Gutsbezirke. Zwei Drittel der Bevölkerung lebte in Gemeinden mit weniger als 2.000 Bewohnern. Im Zuge der Industrialisierung verschoben sich hier wie anderswo die Gewichte zugunsten des Industriesektors. Es dominierten Steinkohlebergbau, Glashütten, Holz-, Textil- und Metallbetriebe. In Bückeburg, bis 1918 die Residenz des Fürstentums, danach Sitz der freistaatlichen Landesregierung, überwogen bürgerlich mittelständische Schichten – Beamte, Pensionäre, Militärs und Kaufleute, die im industriell geprägten Stadthagen eine weitaus geringere Rolle spielten. Der Übergang von der Monarchie zur Republik vollzog sich nahezu geräuschlos, ohne Tumulte und revolutionäre Gewalt. Der Landesherr dankte als letzter der deutschen Fürsten erst am 15. November 1918 ab. Die gut organisierte, in der Bevölkerung fest verankerte Sozialdemokratie behauptete sich bei den Landtags- und Reichstagswahlen als stärkste Kraft, und selbst am 5. März 1933 erreichte sie noch 39 Prozent der Stimmen, nur 4,3 Prozentpunkte weniger als die NSDAP.

Dies ist – im ersten Kapitel knapp skizziert – der räumliche und sozialökonomische Rahmen, in dem sich Johannes Kesslers weitere Analysen bewegen. Deren Befunde bestätigen, was die bisherige Forschung bereits in anderen Regionen nördlich der Mainlinie beobachtet hat: Der Aufstieg der NSDAP vollzog sich in Etappen. Nach wenig verheißungsvollen Anfängen gelang der Durchbruch zur Massenpartei erst 1928/29, dann vor allem im Vorfeld der Reichstagswahlen vom September 1930. Insofern war Schaumburg-Lippe kein Sonder-, sondern eher Normalfall. Zu den Vorläufern der Partei zählten auch hier die verschiedenen rechtsradikalen, demokratiefeindlichen Zirkel und Vereine, teils noch aus der Kaiserzeit stammend, teils nach 1918 ins Leben gerufen. Die zunächst wichtigste Gründung war der nach dem Mord an Außenminister Rathenau 1922 schon wieder verbotene „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, ein Kind des antisemitischen „Alldeutschen Verbandes“, der damit von der Niederlage im Krieg ablenken und die Juden zu ubiquitären Sündenböcken stempeln wollte. Wichtig war daneben der „Stahlhelm“, das Sammelbecken von Weltkriegsveteranen, außerdem der „Jungdeutsche Orden“, der bislang nur wenig beachtet worden ist, bei Kessler jedoch die ihm gebührende Aufmerksamkeit erfährt. Diese Vereinigungen fungierten für die NS-Bewegung vielfach als Durchlauferhitzer, zumindest aber lockerten sie den Boden. Gleiches gilt für die konservative, rückwärts-gewandten Traditionalismus mit völkischen Ressentiments mischende Deutschnationale Volkspartei und die ehemals Nationalliberalen in der Deutschen Volkspartei. Beide Parteien, die bis in die zweite Hälfte der 1920er Jahre zunehmend an Resonanz gewannen, agitierten mehrheitlich gegen die Weimarer Demokratie, forderten lautstark die Revision des Versailler Friedensvertrages, waren offen oder latent antisemitisch, traten jedenfalls dem Nachkriegsantisemitismus nicht und schon gar nicht entschieden entgegen, wurden jedoch gegen Ende der Republik parallel zum Erstarken der NS-Bewegung entweder marginalisiert oder ganz und gar pulverisiert.

Versuche, sich 1922/23 im Freistaat festzusetzen, scheiterten; 1925 nach der von Hitler vorgenommenen Neugründung der NSDAP dauerte es geraume Zeit, ehe sie sich seit 1928, nun jedoch dauerhaft als Faktor von Gewicht etablieren konnte. Die ideologischen und organisationspolitischen Prozesse, in denen sich dies abbildete, rekonstruiert Kessler mit Akribie und Spürsinn. Grundlage dafür sind Aktenbestände aus dem Bundesarchiv Berlin, den Staatsarchiven Marburg, Hannover und Bückeburg, nicht zuletzt die intensiv genutzte lokale und regionale Presse, hier besonders die bürgerlich konservative „Schaumburg-Lippische Landeszeitung“, die sozialdemokratische „Weser-Warte“ und das NS-Organ „Schaumburg“. Durch umfassende Erhebung und sorgfältige Auswertung seiner Quellen bietet Kessler ein facettenreiches, informatives Stück Mikrogeschichte, die bis in die letzten Winkel hineinleuchtet, die Entstehungsbedingungen und die Entfaltung eines zunehmend dichter geknüpften Netzes von Ortsgruppen und angeschlossenen Gliederungen minutiös verfolgt. Gerade der kleinräumige Zuschnitt verleiht der Untersuchung Plastizität und Realitätsnähe, was einmal mehr die Fruchtbarkeit regional- und lokalhistorischer Studien bestätigt.

Deutlich wird auch hier, dass die NSDAP das Erbe der konservativen Parteien und der rechtsradikalen Splitterorganisationen antrat, indem sie deren Milieus zersetzte und deren Klientel auf ihre Seite zu ziehen vermochte. Diese Vorgänge werden vom Autor präzise und detailliert erfasst. Etwas zu kurz kommt die Nazifizierung der Interessenverbände. Kessler weist zwar zu Recht darauf hin, dass die Partei ab 1929 einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf das flache Land legte, aber über die Beziehungen zum Schaumburg-Lippischen Landbund, über die Unterwanderung seiner Strukturen zum Beispiel, auch über den Zeitpunkt, an dem Konflikt in Kooperation umschlug, erfahren wir wenig bis nichts. Das jedoch sind kleinere Leerstellen in einer ansonsten dichten Beschreibung, die das Augenmerk auf Parteistrukturen und Mitgliederentwicklung, auf die Aktivisten der Bewegung in den Dörfern und Städten, die dort allmählich sich verstetigende Präsenz, auf Strategien der Professionalisierung und Mobilisierung, auf die Methoden und Mittel der Propaganda, auf den flächendeckenden Einsatz hauptamtlicher Redner, die teils aus dem eigenen Bezirk, teils aus den benachbarten Gauen, teils aus der Reichsprominenz kamen. Aufmärsche, Fahnenweihen, Gefallenengedenken, Erntedankfeiern, Sprech- und Schulungsabende, Zettel klebende, als Saalschutz fungierende und Suppen an Bedürftige auschenkende SA-Kolonnen, Vortragsveranstaltungen mit eingespielten Filmausschnitten und Rundfunkreden der Parteihauptlinge vervollständigen das Bild einer aktivistischen, gewaltaffinen, sich volksnah gerierenden und landesspezifische Traditionen für sich reklamierenden Bewegung.

Ein nachhaltiger Einbruch in die Hochburgen der Sozialdemokratie gelang allerdings nicht. Das Sozialprofil NSDAP in Schaumburg-Lippe war „kleinstädtisch-mittelständisch und ländlich-protestantisch“ geprägt, rekrutierte sich überwiegend „aus der Mitte der lokalen Gesellschaft“ (S. 493). Die „Volksgemeinschaft“ jenseits von Klassen und partikularen Interessen, die sie zu sein vorgab, war im Kern eine Gemeinschaft des kleineren und mittleren Bürgertums, der sich neben örtlichen Honoratioren als schmückendes, symbolträchtiges Beiwerk auch einer der Prinzen des ehemals regierenden Fürstenhauses beigesellte: Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe, der später im Propagandaministerium Karriere machte und sich nach 1945 darin gefiel, im Kreis der Unbelehrbaren zu verharren.

Dieter Vaupel: Egbert Hayessen. Erinnerungen an einen fast vergessenen Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 und seine Familie. Marburg: Schüren 2019, 147 S., s/w Abb. ISBN 978-3-7410-0266-3.

Egbert Hayessen (1913–1944) ist ein eher wenig bekannter Teilnehmer an der Verschwörung des 20. Juli gegen Hitler. Anlässlich des 75. Jahrestags dieses Ereignisses hat Dieter Vaupel nun eine Lebensbeschreibung Hayessens vorgelegt, welche wichtige, heute noch aus Akten und dem persönlichen Umfeld ermittelbare (familien-)biografische Angaben zusammenfasst. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Jahren, die er und seine Familie in Hessen verbrachten.

Hayessen hat als ältester Sohn des Rittmeisters und Gutspächters Ernst Hayessen in verschiedenen Teilen Deutschlands gelebt. Im thüringischen Eisleben geboren, verbrachte er die ersten Jahre auf dem Gutshof Katharinenstift, dann bis 1921 auf einem Rittergut im preußischen Osten in der Provinz Posen. Den Vater sah er in den Kriegsjahren nur selten. Nach der Ausweisung der Pächterfamilie aus Polen lebte man rund zwei Jahre auf dem Hof der Großeltern in Borgstede bei Oldenburg. Schließlich konnte Ernst Hayessen die Bewirtschaftung der Staatsdomäne Mittelhof bei Gensungen übernehmen. Seither war die Geschichte der Familie über drei Jahrzehnte mit dem preußischen und (kur-)hessischen Kreis Melsungen verbunden. Von August 1923 bis Ostern 1927 verbrachte Egbert Hayessen hier prägende Jahre seiner Jugend, ehe er das nordthüringische Internat Klosterschule Roßleben bezog. Die schulischen Leistungen des unter seinen Mitschülern beliebten Gymnasiasten, der die Offizierslaufbahn anstrebte, waren schwach. 1933 trat er nach dem Abitur in die Reichswehr ein. Zum Berufsoffizier ausgebildet wurde er in Mecklenburg, Sachsen und Brandenburg.

Nach Kriegsbeginn wurde Hayessen 1939 in Polen eingesetzt, dann in Rostock, wo er heiratete, und 1940 bei Calais im besetzten Frankreich. Von dort wurde er nach Nordafrika verlegt. 1943 war er im Heeresamt in Berlin unter General Friedrich Olbricht tätig, der an den Umsturzplänen gegen Hitler – dem Unternehmen Walküre – beteiligt war.

Leider ließen sich mangels einschlägiger persönlicher Aufzeichnungen kaum Anhaltspunkte ermitteln, welche die Entwicklung Egbert Hayessens zum Mann des Widerstands nachvollziehbar machen. Für Vaupel ist er „ein Widerstandskämpfer der späten Stunde“, der „sich lange Zeit konform“ verhielt, doch dann innerhalb kurzer Zeit „zu anderen Überzeugungen gekommen“ sein muss (S. 14). Es hat den Anschein, dass Hayessen erst wenige Tage vor dem Attentat eingeweiht wurde und dann „mutig die Seiten gewechselt“ hat (S. 15). Inwieweit er sich dabei von politischen und ethischen Überzeugungen leiten ließ, muss letztlich offenbleiben (S. 69 f.).

Bei der Niederschlagung der Revolte wurde Egbert Hayessen verhaftet. Die Verhandlung vor dem Volksgerichtshof erfolgte am 15. August 1944, danach ging es „vom Gerichtssaal direkt zum Henker“ (S. 69). Mit anderen Absolventen der Klosterschule Roßleben gehörte Hayessen zu den Jüngsten der in Plötzensee Hingerichteten.

Vaupel schildert auch die Sippenhaft, der die Familie Hayessen als Angehörige eines „Verräters“ ab Juli 1944 ausgesetzt war: Mit seiner Mutter und der jüngeren Schwester wurde die Witwe Margarete ins KZ Ravensbrück gebracht, die beiden Söhne in einem Kinderheim in Borntal eingesperrt, der Vater im KZ Buchenwald. Bei seiner Rückkehr war er „nervlich und körperlich am Ende“ (S. 112). Der von ihm seinem Sohn Egbert vermittelten Geisteshaltung ist es wohl (mit) zu verdanken, dass dieser sich dem Widerstand anschloss. Bei seiner Entnazifizierung – Ernst Hayessen gehörte der NSDAP seit 1937 an – erklärte er im Oktober 1946 der Spruchkammer: „Ich habe immer mit meinem von Hitler hingerordeten Sohn ein besonderes Verhältnis gehabt und gerade auch mit ihm oft ernste und pessimistische Gespräche über den Wahnsinn der Hitlerpolitik gehabt“ (S. 96).

Zudem machte er geltend, dass er die guten Geschäftsbeziehungen zur Großhandelsfirma Viktor Löwenstein in Gensungen über 1933 hinaus fortgesetzt habe als „eine bewusste

und absichtliche Demonstration gegen den Judenhass der Partei“ (S. 92 f.). Auch habe er dem Firmeninhaber einen großen Geldbetrag geliehen, als ihm die Banken Kredite verweigerten; Firmeninhaber waren die Söhne Louis Löwenstein (1885–1974) und sein um drei Jahre älterer Bruder Siegwald Löwenstein (StAM, 180 Melsungen, Nr. A 747). Über sie heißt es andernorts, sie hätten ihren Betrieb verkaufen müssen, und „der Staat nahm ihnen auch noch das Wenige, das ihnen geblieben war. Sie selbst konnten mit 10 Reichsmark in der Tasche in die USA fliehen“ (<https://www.seknews.de/2007/04/22/nach-ent-eignung-mit-10-mark-in-die-usa/>). Leider ist hier nichts darüber zu erfahren, wie Ernst Hayessen die Degradierung der jüdischen Weltkriegsteilnehmer wahrgenommen hat, denen 1933 nahegelegt wurde, aus dem Kyffhäuserbund „freiwillig“ auszuscheiden; davon betroffen war auch der Gensunger „Kamerad“ Louis Löwenstein (StAM, 180 Melsungen, Nr. 4619).

Nach seiner Entlassung aus dem KZ wurde Ernst Hayessen die Betriebsführung der Domäne zunächst streitig gemacht, erst durch die Fürsprache des Regierungspräsidiums in Kassel, wo sich Dr. Wilhelm Lagrèze für ihn einsetzte, konnte er sie zurückerhalten.

Vaupel geht auch auf Aspekte der Erinnerungskultur ein, wobei festzustellen ist, dass bis Ende der 1980er Jahre im nordöstlichen Hessen an den Widerstandskämpfer kaum erinnert wurde. Als Dokumente hat der Verf. seiner Darstellung außer mehreren seit 1989 veröffentlichten Zeitungsartikeln die Erinnerungen der Schwester Gertrud von Saldern und ein Interview mit Volker Hayessen, Egbert Hayessens jüngstem Sohn, angefügt. Überdies haben ihm die Nachkommen zahlreiche Fotos zur Verfügung gestellt, welche die Schilderung umso anschaulicher machen.

Bei den Angaben über Hayessens Jahre in der Provinz Posen geht einiges durcheinander, waren die Eltern doch nicht in Betsche, das in der Grenzmark Posen-Westpreußen (hier: „Grenzmark Westpreußen-Posen“) zunächst bei Deutschland verblieb, sondern in Collin als Pächter tätig gewesen (S. 19–21). In dem Bericht von Egbert Hayessens jüngerer Schwester Gertrud heißt es, sie habe mit ihren beiden Mitgefangenen Vergünstigungen erhalten, weil der Lagerkommandant aus Borgstede gekommen sei – damit ist Fritz Suhren (1908–1950) gemeint – und ihren Großvater, der dort lange Jahre als Gemeindevorsteher tätig war, „als Landrat“ gekannt habe (S. 104). Nur sie erwähnt, dass ihr Bruder auch in Russland eingesetzt worden sei (S. 112). Verhaftet wurden die Familienangehörigen vom örtlichen Meister der Gendarmerie Erich Troch (\* 1886), der sie respektvoll behandelt habe. Vaupel erinnert jedoch nicht daran, dass Troch schon zum 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten war und seinen Anteil hatte an der Drangsalierung des Metzgermeisters Siegfried Mannsbach (\* 1877) von der israelitischen Gemeinde Felsberg, der auch die Felsberger Ortsgruppe des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten anführte (StAM, 180 Melsungen, Nr. 2406). Mannsbach war 1941 zwei Monate im Lager Breitenau, dann im KZ Sachsenhausen eingesperrt, wo er im November ums Leben kam. Seine Witwe Frieda, geb. Katz (\* 1880) deportierten die Nationalsozialisten ein halbes Jahr später ins Vernichtungslager Sobibór.

In seinem Nachwort über Egbert Hayessens Weg in den Widerstand schreibt Dietfrid Krause-Vilmar: „Im richtigen Zeitpunkt das Richtige tun, einen hohen Preis riskierend, um der Wahrheit willen oder um einen bedrohten zu retten – das kann einen in diesem Moment zum Widerstand führen“ (S. 142). Und in Umkehrung der nazistischen Auffassung von 1944 billigt Vaupel Egbert Hayessen zu, für die heutige Jugend Vorbild zu sein: Durch seine Entscheidung, die Attentatspläne zu unterstützen, sei er „zum Helden“ geworden (S. 15). Dies darf aber in noch höherem Maß der unbeugsame Patriot Siegfried Mannsbach für sich beanspruchen. Selbst nach den Novemberpogromen war er entschlossen, sich der ‚Entjudung‘ Deutschlands entgegenzustellen: Er weigerte sich, sein Haus zu verkaufen und auszuwandern, teilte er 1939 Behördenvertretern mit, ja er habe jene Verwandten enterbt, die ausgereist waren (StAM, 180 Melsungen, Nr. 2635). Sein eigenes Leben und das, was ihm lieb und teuer war, konnte er damit nicht retten. In Felsberg oder Gensun-

gen gibt es trotz aller Gedenkkultur heute offenbar nichts, was an diesen völlig vergessenen Helden erinnern würde.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Sebastian Hösch: *Heimattage. Methoden der Beheimatung in Hessen, Baden-Württemberg und Westfalen (1945–1985)* (Forschungen zur Regionalgeschichte 85). Paderborn: Schöningh 2019, X, 413 S., 9 s/w Abb. ISBN 978-3-506-70269-2.

Sebastian Hösch legt mit seiner Studie eine erste vergleichende Untersuchung über die Heimattage genannten Großveranstaltungen in Bundesländern der Bonner Republik vor. Hervorgegangen ist sie aus einer 2016 bei Wolfram Pyta entstandenen Dissertation an der Universität Stuttgart. Der Verf. bemüht sich eingangs um eine Klärung des Begriffs Heimat – mit gutem Recht, wurde (und wird) darunter doch Verschiedenes verstanden, während die in Heimatdingen Aktiven sich im Untersuchungszeitraum der kritischen Reflexion ihres Leitbilds Heimat entzogen. Im Unterschied zur landläufigen Auffassung gelangt Hösch zu der Definition, Heimat bedeute „einen immerwährenden Prozess, in dessen Verlauf in der Dreiheit von Geografie, sozialem Umfeld und Zeit ein positiver Bezug zu einem Ort aufgebaut wird“ (S. 66).

Der Verf. befasst sich sodann mit dem Aufmerksamkeit heischenden Ereignis- oder Eventcharakter von großen Landes- und Heimatfesten. Sie dienten der „mittelbaren Erfahrbarkeit von Gemeinschaft“ und damit dem sozialen Zusammenhalt, der Identitätsfindung und Konsensstiftung in einer individualisierten, mobil(isiert)en Gesellschaft (S. 55). „Vergemeinschaftung“ sei ihr „wichtigster Nutzen und Zweck“ (S. 65). Um die „Beheimatung [zu] befördern“ müssten sie „die Adressaten [...] mit ihrer Gegenwart versöhnen, sie einladen, in der eigenen Zeit zu leben“ (S. 69).

Einen weiteren Aspekt berührt Hösch mit seinem Exkurs über die Tracht, die auf Heimattagen unabdingbare Traditionsstifterin. Freilich trat sie in den 1960er Jahren nur idealisiert in Erscheinung, als vermeintlich authentisches „Ehrenkleid der Heimat“ (S. 79 f.). Die folkloristischen Kostüme sorgten letztlich für die emotionalen Farbtupfer bei der „Inszenierung von Heimat“ (S. 86).

Der Vergleich umfasst Landesfeste in (süd)westdeutschen Gebieten, daneben blickt der Verf. exkursartig auf den Tag der Heimat der Vertriebenenverbände. Als Quellengrundlage diente ihm die Aktenüberlieferung aus den Ländern zu internen Vorgängen über Organisatorisches und die Evaluation der Veranstaltungen, überdies die mediale Berichterstattung in Zeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen und in Form von fotografischer Überlieferung. Für die Schilderung des persönlichen Erlebens der Volksfeste nutzbare Zeitzeugenaufzeichnungen ließen sich dagegen nicht ermitteln.

Der Hessentag ist Inbegriff des Landesfests und für die vorliegende Studie in jeglicher Hinsicht am bedeutendsten – als ältester staatlich organisierter Heimattag, der noch heute der größte seiner Art ist (S. 11). Erfunden wurde er vom Ministerpräsidenten Georg-August Zinn mit dem „Ziel, alle in Hessen Lebenden einzubeziehen“ (S. 57). Das „Event Hessentag“ erwies sich von Anfang an als „Glücksgriff“ (S. 181). Denn es war mehr als ein klassisches Heimatfest – eine Ausstellung präsentierte „Unser Hessenland“ als gemeinsame Aufgabe. Dabei konnte die Landesregierung etwa vermitteln, welche Anstrengungen unternommen wurden, um die hessischen Dörfer durch gemeinschaftsstiftende Baumaßnahmen – die Errichtung von Dorfgemeinschaftshäusern – sozial zu ertüchtigen. Die Präsentation wirkte glaubhaft, weil auch unschöne Aspekte auftraten, indem etwa bei einem Wettbewerb eine Marburgerin für ein Foto zum Thema Alkoholmissbrauch ausgezeichnet wurde. Auch die Sportveranstaltungen wiesen über das Programm ‚einfacher‘ oder ‚klassischer‘ Volksfeste hinaus. Das Großereignis gipfelte im emotionalisierenden sonntäglichen Festumzug.



Die subtile Politisierung durch Werbung in eigener Sache ermöglichte „eine Erweiterung des klassischen Angebots eines Volksfestes“ (S. 101), wobei der Hessentag seine besondere Attraktion daraus bezog, dass er Tradition, Gegenwart und Zukunftsvisionen miteinander verband. Die Begegnung in der Hessentags-Stadt sollte, so Zinn, „nicht nur den Heimatgedanken stärken, sondern auch die Gemeinschaft, in der wir leben“ (S. 108 f.). Zinn, der mit seinem Kabinett präsent war, konnte sich als Landesvater in Szene setzen. „Das Bundesland wurde für die Dauer [ein]es Wochenendes als Dorf inszeniert“, wobei die im fernen und eher peripheren Wiesbaden Regierenden „als Gleiche unter Gleichen ansprechbar“ waren (S. 100 f.). Zum Abschluss des Hessentags hielt Zinn 1961 eine wegweisende Rede, in der er „Hessen als unser aller Heimatland“ bezeichnete und programmatisch verkündete: „Hesse ist, wer Hesse sein will, wer sich heute und hier zu Hessen bekennt“ (S. 107). Auf diese Weise bot der Ministerpräsident seinen ‚Landeskindern‘ die Möglichkeit zur „Identifikation durch Bekenntnis“ (S. 367): Das Land Hessen wurde zur hessischen Heimat – und zur „Aufgabe, die Gemeinschaft vor Ort [...] aufzubauen“ (S. 109).

Und die Teilnehmenden-Zahlen bezeugten den Erfolg des hessischen Heimattags. Offenbar erfüllte das in Alsfeld 1961 von der hessischen Landesregierung erstmals veranstaltete Großereignis ein im Zeitgeist liegendes Bedürfnis. Innerhalb eines Jahrzehnts nahmen an jeweils wechselnden Orten – außer Kassel, Darmstadt und Wiesbaden überwiegend Kleinstädte – mehr als zwei Millionen Menschen daran teil.

Unter Zinns Nachfolger erfasste die Krise der Regierungspartei SPD auch den Hessentag, der 1969 in der Universitätsstadt Gießen zu politischem Protest genutzt wurde und 1970 in Wiesbaden nicht die gewohnten Teilnehmenden-Zahlen anzog. Auch im SPD-regierten Marburg gab es 1972 Konflikte über die Einbeziehung kritischer Beiträge – etwa über die in Hessen lebenden Gastarbeiter oder den Wunsch der DKP, für sich zu werben (politische Parteien durften sich erst seit 1978 einzeln präsentieren). Unterdessen wurde für die Hessentags-„Festwoche“ zur 750-Jahrfeier der Stadt mit einem Plakat geworben, auf dem als Sympathieträger zwei blonde Kinder in Marburger „katholischer Tracht“ abgebildet waren (S. 159). Mit einer halben Million Besucher stellte das Marburger Großereignis alle vorherigen Hessentage in den Schatten. Dem Verf. gelingt es hier, beim Hessentag durchgeführte Untersuchungen von Gruppen, die dem Spektakel voreingenommen gegenüberstanden, neu zu bewerten und für seine Analyse der gewandelten Hessentags-Realitäten zu nutzen.

Hösch blickt zum Vergleich auf den Heimattag Baden-Württemberg, der 1978 noch unter Hans Filbinger ins Leben gerufen wurde, aber weit weniger Teilnehmende aufwies. Die Westfalentage gehen auf Großveranstaltungen von 1933 bis 1939 zurück. 1949 wurden sie in Recklinghausen – zunächst in kleinem Rahmen – wieder aufgenommen, doch zeigt das Motto „Lebensraum und Volkstum“, wie sehr der vermeintliche Neuanfang kontaminiert war.

Eine dem Hessentag entgegengesetzte Definition von Heimatverbundenheit vertraten, wie Hösch deutlich macht, die Vertriebenen(funktionäre): Heimat sei „nur einmal im Leben zu erlangen und, einmal verloren – oder verlassen –, niemals mehr zu begründen“ (S. 351). An die Stelle der „als Opfer für ‚das gesamte deutsche Volk‘ dargebracht[en]“ ostdeutsche[n] Heimat könne „keine gleichwertige neue Heimat treten“ (S. 357). Von dieser Geisteshaltung ausgehend, „konnten die Tage der Heimat [...] kein Raum zur Begegnung werden, wie es später etwa die Hessentage wurden“ (S. 358).

Nicht allen Einschätzungen des Autors wird man zustimmen. So galt es nach Auffassung des Verf. bald „als beinahe selbstverständlich, dass den Hessentag besucht, wer Hesse war – und wer den Hessentag besuchte, Hesse wurde“ (S. 367). Waren aber wirklich nur Hessinnen und Hessen auf der Landesfeier, die sich meist unweit der Landesgrenzen abspielte? Wie viele kamen – ohne Heimat-Hintergedanken – von außerhalb Hessens, um auf einem eintrittsfreien und seit den 1970er Jahren zunehmend familienfreundliche-

ren Volksfest einfach Spaß und Vergnügen zu suchen? Fragwürdig erscheint die Feststellung, dass „die elf [Bundes-]Länder [...] über keine in Traditionen begründete Existenzberechtigung verfügten“ (S. 2). Allzu beflissen spricht Hösch dem Land Hessen längere historische Traditionen ab, sei die „hessische Einheit“ doch mit US-amerikanischer „Hilfe“ zustande gekommen: Großhessen sei aus früheren „Entitäten“ als „Konstrukt der Besatzungsmacht“ entstanden, „welches die bekannten Länder auflöste“ (wobei Preußen unerwähnt bleibt). „Die Bevölkerung“ habe „den Zusammenschluss [...] abfällig mit der Bezeichnung ‚Amerikanisch-Hessen‘“ kommentiert (S. 87).

Zu berichtigen ist, dass Minister Gustav Hacker (1900–1979) nicht SPD-Vertreter war (S. 103), sondern Vertriebenenfunktionär und Mitglied der Partei Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, später der Gesamtdeutschen Partei (S. 134), auch regierte die SPD 1961 (trotz eigener Mehrheit) in Hessen nicht allein. Die von Hösch herangezogenen kritischen Stimmen der Presse beschränken sich auf „Kasseler Post“ und „Deutscher Kurier“, deren rechtslastige politische Anbindung nicht offenbart wird (S. 99 f., 103). Mehrmals irritiert, dass der Begriff „Volkstum“ benutzt wird (etwa S. 123, 161), wenn es eigentlich um Brauchtum geht. Kryptisch bleibt die Bemerkung „politisch nicht unbelastet“ (S. 95) über Kurt Scharlau (1906–1964), der sich 1937 in Marburg habilitierte. Das Personenregister ist leider sehr lückenhaft. Überdies stören nicht wenige Druckfehler, auch bei (insofern irreführenden) Zahlenangaben, und einige Wiederholungen den positiven Gesamteindruck.

Höschs Fazit fällt eindeutig aus: Nur dem Hessentag sei es gelungen, dem Anspruch, „eine Beheimatung zu befördern“, gerecht zu werden. Darum sei „bereits zu Beginn der 1970er Jahre mit größerer Selbstverständlichkeit von ‚unserem Hessen‘ anstelle von ‚amerikanisch Hessen‘ gesprochen“ worden (S. 372). Laut einer Umfrage von 1980 betonten „fast alle in Hessen Lebenden [...], dass dieses ‚Konstrukt [das von den US-Besatzern per Proklamation gebildete ‚Großhessen‘] ihre Heimat (geworden) sei“ (S. 3).

Die Erfolgsgeschichte, dass sich die Hessinnen und Hessen mit ‚ihrem‘ jährlich wiederkehrenden Fest so sehr identifizieren, machte Schule und trug mit dazu bei, dass heute in 14 von 16 Bundesländern ein Landesfest begangen wird.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

### Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Sara Petzold: *Alltag in der Fremde – Hannoversche Soldaten im Dienst der British East India Company 1782–1791*. Hamburg: Kovac 2019, 366 S. ISBN 978-3-339-10522-6.

Seit vielen Jahrzehnten gehört der Einsatz von Subsidientruppen deutscher Fürsten in englischem Sold im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zu den vergleichsweise gut erforschten Themen der frühneuzeitlichen Militärgeschichte. Dies erklärt sich aus der bereits zeitgenössisch großen Aufmerksamkeit, die diese Einsätze erfuhren wie vor allem aus der geschichtspolitischen Debatte, die sich seit den 1830er Jahren insbesondere mit der Bewertung des hessischen Landgrafen Friedrich II. und seiner „Hessian Mercenaries“ beschäftigte. Hingegen haben die anderen Einsätze von Subsidientruppen in Übersee erst in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse in der Forschung erlebt, nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Diskussionen um die „erste Globalisierung“ und den „global wars“ in der Frühen Neuzeit. Aus diesem Umfeld geht auch die anzuzeigende Göttinger Dissertation von 2018 hervor.

In der zweiten Hälfte des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges (1775–1783) geriet die British East India Company (EIC) in Südindien unter erheblichen Druck, zumal

sich im zweiten Mysore-Krieg 1780–1784 auch die Niederlande und Frankreich auf der Seite des Sultans von Mysore in die Auseinandersetzungen einschalteten. Da die Rekrutierung englischer Truppen schwierig war, bat die EIC den britischen König Georg III. um Unterstützung und zwei kurhannoversche Regimenter wurden 1781 für ein ganzes Jahrzehnt nach Südindien entsandt. Vergleichbar mit dem Einsatz in Nordamerika waren die Verluste in den militärischen Auseinandersetzungen vergleichsweise gering. Doch das ungewohnte schwül-heiße Klima, die gelegentlich problematische Versorgung und unterschiedliche tropische Krankheiten forderten enorm viele Opfer, sodass wohl nur ein Drittel der Soldaten nach Kurhannover zurückkehrte. Es sind weniger die politischen und militärischen Abläufe, die die Autorin interessieren. Sie beschäftigt sich vielmehr, ganz im Sinne der neuen Militärgeschichte, mit dem Alltag der Soldaten – auf dem Marsch wie in den Garnisonen und Lagern. Die umfängliche Nutzung handschriftlicher Quellen – Berichte, Tagebücher und Briefe der Feldzugsteilnehmer – aus dem Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv in Hannover erlauben ihr, ein lebendiges Bild der Bedrohungen und tiefen Verunsicherung der Truppe zu entwerfen. Dabei führten neben den existenziellen Gefahren durch Hitze und Krankheiten auch Langeweile und Überdruß die Soldaten und Offiziere nicht nur an ihre physischen, sondern auch an ihre psychischen Grenzen. Dies konnte im eher harmlosen Fall von der Suche nach Ablenkung im unerlaubten Glücksspiel über einen gesundheitlich bedenklichen Alkoholenuss und die Frequentierung der einheimischen Prostituierten bis zu Desertion, Depression oder Suizid führen. Selbstverständlich versäumt es Petzold nicht, den Umgang des Militärs mit diesen Problemen aufzuzeigen, dessen Instrumente vor allem Exerzieren, gleichsam als Beschäftigungstherapie, Disziplinarverfahren, aber durchaus auch die Militärseelsorge waren. Allerdings schmälern einige Punkte den Ertrag der Arbeit. So erfährt man beispielsweise im Kapitel zu den benutzten Quellen bzw. zur Quellenkritik nichts über den familiären oder Bildungshintergrund der Brief- und Tagebuchautoren. Die Vorstellungen bzw. Kenntnisse über die ‚Fremde‘ hätten vielleicht die Reichweite der Alteritätserfahrung der Protagonisten noch schärfer konturieren helfen. Dies trifft insbesondere für ihre beiden Hauptgewährsleute zu, die Brüder Carl und Ferdinand Breymann, der erste als Tagebuchschreiber, der zweite als Briefautor. Dass sich die Identität von Carl Breymann mittlerweile als falsch erwiesen hat, wie eine jüngst vorgelegte Edition (R. Ahuja, M. Christof-Füchsle (Hrsg.): *A Great War in South India*, Berlin/Boston 2020, S. 215 f.) klargestellt hat und es sich dabei um Carl de Rocques handelte, konnte die Autorin natürlich noch nicht wissen. Allerdings hätte das von Steffen Arndt ein Jahr vor dem Abschluss der Dissertation herausgegebene Tagebuch des Obristen Christoph August von Wangenheim der Jahre 1782 bis 1785 im Dienste der British East India Company durchaus nützlich sein können und zumindest bei der Drucklegung Erwähnung verdient. Auch wenn die Autorin keine vergleichende Studie vorlegen wollte, gilt das Gleiche für die bereits 2014 erschienene Arbeit von Lena Haunert „Einsatz in der Fremde? Das Amerikabild der deutschen Subsidientruppen im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg“ bzw. die Studien von Christine Braun zur öffentlichen Kritik am Subsidiendienhand des hessischen Landgrafen. Beide Arbeiten wurden im Übrigen von der Verf. in einer Sammelrezension in den Mitteilungen des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft 18 (2014), S. 107–114, durchaus gewürdigt.

Zweifelloos liefert das Buch aber eine dichte und in die Tiefe gehende Beschreibung der Lebenswelt der kurhannoveranischen Soldaten in Südindien, wie sie bislang nicht vorlag und bietet damit die Grundlage für weitere Studien in vergleichender Perspektive, wie sie die Autorin selbst (S. 322) als Desiderat benennt.

Gerhard Aumüller, Irmtraut Sahmland (Hrsg.): *Karrierestrategien jüdischer Ärzte im 18. und frühen 19. Jahrhundert*. Symposium mit Rundtisch-Gespräch zum 200. Todestag von Adalbert Friedrich Marcus (1753–1816) (Beiträge zur Wissenschafts- und Medizingeschichte. Marburger Schriftenreihe 4). Berlin: Lang 2018, 351 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-631-74124-5.

Der vorliegende Tagungsband enthält jene Beiträge, welche während eines Symposiums zum Gedenken des 200. Todestages von Adalbert Friedrich Marcus (1753–1816), im April 2016 in Bad Arolsen, seinem Geburtsort, gehalten wurden. Zugleich erinnerte die Veranstaltung an den 250. Geburtstag von dessen Neffen Johann Stieglitz (1767–1840), der als Leibarzt in kurfürstlich hannoverschen Diensten stand. Die Veranstaltung wie auch der Sammelband sind daher im Gesamtkontext des Jubiläums zu sehen, welches zahlreiche Publikationen anregte, unter anderem eine umfangreiche Biografie des Leibarztes des Bamberger Fürstbischofs Franz Ludwig von Erthal (1730–1795) unter dessen Ägide Adalbert Friedrich Marcus der erste Leiter des Bamberger Allgemeinen Krankenhauses war. Die Tagung verfolgte den Zweck, „die Vielschichtigkeit, des thematischen Spektrums“ aufzurufen, „das mit Marcus konnotiert ist“ (S. 7). Ausgehend von der Person Marcus' werden daher medizinhistorische, kulturwissenschaftliche und regionalgeschichtliche Aspekte dargestellt sowie breitere Fragestellungen und Vergleiche hinsichtlich der Bildungs- und Karrierestrategien jüdischer Ärzte aufgeworfen. In unterschiedlich umfangreichen Beiträgen befassen sich die Autoren zunächst mit biografischen Aspekten von Adalbert Friedrich Marcus, fokussieren anschließend die Ausbildungswege jüdischer Ärzte im Allgemeinen, um dann auf deren Wirkungsfelder und Berufsverständnisse zu sprechen zu kommen. Ein vierter Teil ist wiederum den strukturellen Einbindungen und Verflechtungen von Marcus selbst gewidmet. Ergänzend wird das stattgefundene Rundtisch-Gespräch als Resümee der Tagung in transkribierter Form für den Lesenden zugänglich gemacht.

Die eng auf Marcus ausgerichteten Kapitel bieten über die ausführliche Biografie hinaus Vertiefungen, wobei sie für diejenigen, welche sich für das Leben des Arztes interessieren, die Lektüre der ausführlichen Biografie nicht ersetzen. Bei anderen Beiträgen sei die Anmerkung erlaubt, dass sich der Zusammenhang sowie die Verbindung zu den in der Einführung genannten Aspekten nicht auf dem ersten Blick erschließen. Ein engerer Bezug zu Marcus oder Stieglitz bzw. zumindest der Verweis auf diese beiden Protagonisten in den Darstellungen sowie hinsichtlich der Fragestellungen wäre durchaus wünschenswert gewesen. So sind etwa die Relevanz einer guten familiären Ausgangsbasis und Vernetzungen in verschiedenerlei Hinsicht sowie die Bedeutung, welche eine herausragende Bildung und das Interesse an der höfischen Kultur generell bei einem beabsichtigten Karriereaufstieg spielen, keine Faktoren, die speziell nur auf jüdische Familien zutreffen. Zweifelsohne sahen sich Juden jedoch im betrachteten Zeitraum – und weit darüber hinaus – einer erheblichen Diskriminierung ausgesetzt. Die Zugangsbeschränkungen und Barrieren, die ihnen auferlegt wurden und die es zu überwinden galt, werden eindrucksvoll in den jeweiligen Beiträgen geschildert. Hervorzuheben sind dabei die Aufsätze zu kleineren medizinischen Institutionen, an denen Juden letztendlich die karriereversprechende Ausbildung ermöglicht wurden und über die bisher in der medizinhistorischen Forschung noch nicht allzu viel bekannt ist. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Hinweise in einem Beitrag, dass man auch (oder gerade?) Quelleneditionen kritisch gegenüber treten sollte und es für Historiker insbesondere in einem so sensiblen Bereich, in dem es um Diskriminierungen geht, wichtig ist, die Originalquellen heranzuziehen. So bietet die erneute Auswertung der Immatrikulationslisten des Berliner Collegium medico-chirurgicum überraschende Einsichten und zeigt zugleich die erfolgte manipulierte Auswertung, welche wiederum historisch-kritisch zu hinterfragen ist (S. 156–158). Die Relevanz der Arbeit mit den Originalquellen wird so einmal mehr deutlich. Zugleich führt der Mangel

an vorhandenen Quellen in anderen Beiträgen die Grenzen historischer Forschung vor Augen. Zwar ist der Versuch erstrebenswert, Einzelschicksale zu rekonstruieren und zu vergleichen, doch wenn aus verschiedenen Gründen Quellen nicht herangezogen werden können oder schlicht fehlen, sollte man dies vielleicht eher akzeptieren, anstatt zu spekulieren (z. B. S. 179, 219).

Juden hatten in der Frühen Neuzeit, als Religion eine noch größere oder gar entscheidende gesellschaftliche Relevanz hatte, eindeutig mit Nachteilen und Diskriminierungen zu kämpfen. Es drängt sich dennoch nach der Lektüre des Bandes die Frage auf, ob bestimmte in einzelnen Beiträgen beschriebene ‚Karrierestrategien‘, mit Ausnahme der Konversion, nur aufgrund dieser bestehenden diskriminierenden Regelungen gewählt wurden oder ob nicht auch andere ‚Außenseiter‘ ähnliche Strategien verfolgen mussten und inwieweit nicht weitere externe Faktoren größeren Einfluss auf die Gestaltung der Karrieremöglichkeiten hatten. Diese Frage wird lediglich im Abschlussgespräch etwas stärker thematisiert. Denn jeder karrierewillige andere Student musste, um im Bilde von Bourdieus Theorie zu bleiben, zahlreiche „Kapitalien“ aufbauen und nutzen, was ihm allerdings ohne die bestehenden diskriminierenden Regelungen einfacher gefallen sein dürfte. Gerade der Beitrag von Eberhard Wolff weist aber auch darauf hin, dass es im Spannungsverhältnis von Religion, Wissenschaft und Karriere unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit verschiedene extreme Positionen geben konnte. In der Spätaufklärung gab es säkulare Tendenzen, die unabhängig von der Konfession nur wissenschaftliche Begründungen akzeptierten und die die Religion auf einen begrenzten (privaten) Raum verwiesen, was sowohl hinsichtlich des Judentums als auch des Christentums galt. So belegen einige Beispiele im Gefolge von Marcus' Biografie, dass gewisse medizinische Karrieren trotz, wegen oder mit jüdischen Wurzeln möglich waren.

Insgesamt fasst der Band die bereits geleistete Forschungsarbeit der renommierten Fachexpert\*innen und Autor\*innen auf diesem Gebiet zusammen. Deren ertragreiche Ergebnisse werden in den einzelnen Beiträgen unter Hinweis auf die einschlägigen zentralen Publikationen fokussiert. Dass die auf der Tagung, insbesondere im Abschlussgespräch, angerissenen Themen hinsichtlich der Relevanz von Hof- und Leibärzten sowie der Ausübung von Heilberufen durch Juden anschlussfähig und wegweisend sind, belegen Veranstaltungen, die sich diesen erst in jüngster Zeit zuwenden. So widmet sich die vierte Ausgabe der Zeitschrift „Social History of Medicine“ 2019 jüdischen Ärzten und Hebammen in Mittelalter und Früher Neuzeit. In Innsbruck fand außerdem im September 2019 eine Tagung zu Hof- und Leibärzten in der Frühen Neuzeit statt.

Stuttgart

Marion Baschin

Wolfram Weimer: Der vergessene Erfinder. Wie Philipp Reis das Telefon erfand. München: Goetz 2019, 144 S., zahlr. Farbabb. ISBN 78-3-947140-04-6.

Bei dem anzuzeigenden Band handelt es sich um eine ansprechend und aufwendig illustrierte Publikation des, wie Philipp Reis aus Gelnhausen stammenden, Publizisten, Verlegers und „Cicero“-Gründers Wolfram Weimer, die sich an ein breiteres Publikum richtet. Diesen beiden Umständen – dem gemeinsamen Geburtsort und der beruflichen Ausrichtung des Verf. – dürften zwei Eigenheiten des Bandes geschuldet sein, die den Historiker etwas stutzen lassen.

Zum einen die Wahl des vollmundigen Titels „Der vergessene Erfinder“. Nicht ganz zu Unrecht reibt sich der Verf. an dem Ruhm, den die „amerikanische Historiografie“ seit Jahrzehnten uneingeschränkt Graham Bell, als Erfinder des Telefons „so patriotisch laut und medial durchdringend [zuschreibt], dass die Welt das inzwischen glaubt“ (S. 79). Tatsächlich wurde Reis aber von der angelsächsischen Welt durchaus als Erfinder des Telefons gewürdigt, wie der Verf. selbst schreibt, etwa in der New York Times 1876

(S. 78), in der angesehenen Zeitschrift „Nature“ 1877 (S. 85) oder in der englischsprachigen, mehr als 180 Seiten umfassenden Biografie aus der Feder des Physikers Silvanus Philipps Thompson 1883. Die Frage, die sich hier stellt, ist also, ob weniger die Übergriffigkeit der amerikanischen Geschichtsschreibung als vielmehr die staatlich-politischen und wirtschaftlichen Zeitumstände dazu geführt haben, dass man in Deutschland eben erst nach der „Reichsgründung“ und der mit Macht ausbrechenden Industrialisierung die Chancen des Telefons voll begriff und dann auf die weiterentwickelten Bell'schen Modelle des Telefons setzte. Doch bereits in einem 1877 von einigen deutschen Firmen, u. a. von Werner von Siemens, mit Graham Bell geführten Patentstreit berief man sich ausdrücklich auf die Erfindung von Reis (S. 84). Nicht zuletzt angesichts von mindestens fünf jubiläumsbezogenen Sondermarken der Bundespost wie der Post der DDR, die der Verf. im Übrigen selbst abbildet, einer Gedenkmünze der DDR zum 100. Geburtstag des Erfinders, der seit 1952 vom Bundespostminister verliehenen Philipp-Reis-Plakette, mindestens sechs nach ihm benannten Schulen, mehreren Dutzend nach ihm benannten Straßen, einem eigenen Museum und nicht zuletzt den Einträgen in den großen biografischen Enzyklopädiën möchte man schlicht feststellen: Vergessen sein, sieht anders aus!

Zum anderen neigt der Autor in seinem, wie bei seinem Berufsbild nicht anders zu erwarten, süffig und gut lesbar geschriebenen Text zu Superlativen in Bezug nicht nur auf seinen Helden, sondern auch andere historische Personen, die man mit Gelnhausen durchaus zu Recht in Verbindung bringen kann. Aber müssen Grimmelshausen gleich zum „größten Dichter des Barocks“ (S. 9) und Reis zum „Jahrtausenderfinder“ (S. 10) werden?

Jeder der sich weitergehend mit Philipp Reis beschäftigen will, wird für die Dokumentation dankbar sein, die den Band abschließt und den eigenhändigen „Lebenslauf“ von Reis aus dem Jahre 1868, seine Abhandlung „Über Telefonie“ im „Jahresbericht des Physikalischen Vereins zu Frankfurt am Main“ von 1861 und nicht zuletzt den Auszug einer deutschen Übersetzung der erwähnten Biografie von Thompson aus dem Jahre 1883 umfasst.

Marburg

Holger T. Gräf

### Stadt- und Ortsgeschichte

Mathias Irlinger: Die Versorgung der „Hauptstadt der Bewegung“. Infrastrukturen und Stadtgesellschaft im nationalsozialistischen München (München im Nationalsozialismus 5). Göttingen: Wallstein 2018, 432 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-8353-3205-8.

Kommunale Infrastrukturen gehören nicht zu den Sujets, die im Historikerhimmel auf den vorderen Plätzen rangieren. Zwar gibt es gewichtige innovative Studien, allen voran die von Dirk van Laak, aber ein breiteres Interesse ist ihnen bislang nicht gewiss. Niemand wird die Bedeutung dieses Forschungsfeldes leugnen, aber die Konkretisierung von Fall zu Fall überlässt man den Spezialisten. Wer sich trotzdem auf den Weg macht, bedarf technik- und wirtschaftshistorischer, auch gesellschaftspolitischer Expertise, muss sich durch die ‚kleinen Akten‘ hindurcharbeiten, in denen nicht die Fragen der großen Politik verhandelt werden, sondern über Umfang und Gestalt der von den Gemeinden zu erbringenden Dienstleistungen, in denen sich Aufregendes eher selten offenbart.

Das ist so – und doch wieder nicht. Denn in den Kommunen rückt die Politik den Bürgern nahe wie sonst nirgends. Daseinsfürsorge, Energieversorgung, Sport- und Freizeitangebote, nicht zuletzt die Wohlfahrtspflege ruhen auf ihren Schultern. Damit leisten sie einen essenziellen Beitrag für den Zusammenhalt und die Stabilität der Gesellschaft. Hier ruhen entscheidende Bindekräfte. Eine Verwaltung, die sich ihrer Aufgaben nicht

gewachsen zeigt, diskreditiert sich selbst und befördert das Misstrauen gegen behördliches Handeln überhaupt. Das gilt gleichermaßen für demokratische wie für diktatorische Systeme, für die Weimarer Republik wie für den NS-Staat. Dort hatte man zum einen das Bedürfnis, sich von den Errungenschaften der als unfähig, korrupt und ‚volksfeindlich‘ abgestempelten Vorgänger zu distanzieren, zum anderen stand man unter dem Trauma der Kriegsniederlage von 1918, die der angeblich durch Verrat und Defätismus geschwächten ‚Heimatfront‘ angelastet wurde, den Parlamentariern, den Juden, vor allem aber auch den dramatischen Engpässen, welche die Existenzbedingungen der Menschen erheblich beeinträchtigt hatten. Um einer Wiederholung vorzubeugen, die Bevölkerung bei Laune und bei der Stange zu halten, war man gerade hier bemüht, Stimmungen einzufangen und bis in die Tage der Götterdämmerung eine zumindest notdürftige Belieferung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu gewährleisten.

Wie das in München mit seinen zahlreichen Parteidienststellen aussah, analysiert sehr eingehend Mathias Irlinger. In vier großen Abschnitten beleuchtet er zunächst den institutionellen Rahmen, die Akteure auf der betrieblichen wie der politischen Ebene, die Verquickung von Versorgungsnotwendigkeiten mit den Imperativen und Prioritäten des kommunalen Finanzgebarens. Sodann lenkt der Autor die Aufmerksamkeit auf realisierte Projekte und in die Zukunft gerichtete Planungen, welche die Präntionen eines als „Hauptstadt der Bewegung“ figurierenden Gemeinwesens mit Leben füllen sollten. Drittens geht es um die wechselseitigen Beziehungen zwischen der städtischen Administration, den Funktionsträgern der Partei und der Einwohnerschaft. Schließlich werden viertens die Verhältnisse im Krieg beobachtet, die Ausschöpfung der benötigten Ressourcen, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Mobilität und zur Belieferung mit Energie in zunehmend prekärer werdenden Konstellationen, Kompensation von Ausfällen infolge der alliierten Flächenbombardements und die im „totalen Krieg“ verbleibenden Möglichkeiten für Erholung und Ablenkung in der Freizeit.

In München werden wie unter dem Brennglas zentrale Probleme und Strukturen des NS-Regimes sichtbar. Insofern weist Irlingers Buch über den Einzelfall hinaus. Dies gelingt, indem der Autor sich nicht allein auf die Rekonstruktion von Infrastrukturen in einem engeren technischen Sinne beschränkt. Vielmehr schreibt er Gesellschafts- und Konfliktgeschichte, auch die Geschichte medialer Vermittlungen, der darin eingewobenen Inszenierungen, und der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit. Sehr plastisch treten die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Instanzen hervor, Rivalitäten und Animositäten, konfligierende Ambitionen, gegenläufige Schwerpunkte und Konzepte. Zahlreich waren die Interventionen aus dem Kreis der Ratsherren, die der Oberbürgermeister, der fanatische Antisemit Karl Fiehler, trotz des allenthalben reklamierten „Führerprinzips“ zu beachten hatte. Auch Adolf Hitler war sich nicht zu schade, in städtische Belange hineinzueregieren, dabei den Radius und die Entscheidungskompetenz der Behörden vor Ort beschneidend: immer dann, wenn seine baulichen Interessen berührt waren oder wenn er glaubte, aus prestigeträchtigen Großprojekten Kapital schlagen zu können, so beim ersten Rammstoß zum Bau einer U-Bahn im Mai 1938, die mangels gesicherter Finanzierung jedoch bloße Inszenierung blieb und über das Anfangsstadium nicht hinausgelangte.

Die Bahn unter die Erde zu legen, sollte die Straßenbahn zugunsten des Autos überflüssig machen. Über deren Schicksal wurde jahrelang erbittert gestritten. Hitler und in dessen Fahrwasser der Ratsherr Christian Weber drängten darauf, den oberirdischen Bahnverkehr zu beseitigen. In der Vorbereitung auf den Krieg, vor allem dann in den Kriegsjahren zeigte sich jedoch, dass die elektrisch betriebene Straßenbahn dem auf das knappe Gut Treibstoff angewiesenen Autobus überlegen war, weil für Notwendigkeiten des Krieges besser gerüstet. Vergleichbare Konflikte waren auch sonst zu beobachten: bei der Tarifgestaltung für den Nahverkehr, für Strom, Gas und Wasser, für die Nutzung der öffentlichen Badeanstalten. Irlinger spricht in diesem Zusammenhang von einem

im autoritären Überwachungsstaat „bemerksenswert sanktionsfreien Kommunikationsraum“ (S. 382), in dem über die verschiedensten Kanäle Kritik geübt werden konnte: über Briefe, Telefonate, nicht zuletzt über kommunale Amtsträger, die von Familienangehörigen, Nachbarn oder Freunden über echte oder vermeintliche Missstände unterrichtet wurden.

Am 5. April 1945 gab Oberbürgermeister Fiehler eine Pressekonferenz, auf der er im Angesicht des nahenden Zusammenbruchs noch einmal die Leistungen der kommunalen Administration beschwor. Tatsächlich funktionierte die Versorgung selbst unter den erschwerten Bedingungen des Luftkriegs, wenngleich nicht reibungslos und mehr schlecht als recht. Ermöglicht wurde dies nicht zuletzt durch eine – trotz ideologischer Vorbehalte – vermehrte Beschäftigung von Frauen, ferner durch die Ausbeutung von Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und den jeweils noch nicht deportierten Juden. Diese waren von Anfang an Objekte kontinuierlicher Ausgrenzung und Repression. Die Stadtverwaltung wirkte hier als dynamischer rassenpolitischer Akteur. Für den Oberbürgermeister war „der Jude“, wie er 1941 im Vorfeld der „Endlösung“ formulierte, „Angehöriger eines feindlichen Volkes“, und ganz im Einklang mit dem Vernichtungswillen seiner Partei sprach er von „Ungeziefer“ (S. 267). An der Implementierung derartiger Phantasien wirkte – mit graduellen Abstufungen – die gesamte Stadtverwaltung mit. Tatsächlich war man in diesem Punkt keiner „technokratischen Sachgerechtigkeit“ verpflichtet. Vielmehr half man bereitwillig mit, „hochgradig ideologische Zielsetzungen“ zu realisieren (S. 278). Dass man sich nach Kriegsende der eigenen Praktiken nicht mehr erinnern mochte, die eigene Tatbeteiligung leugnete oder zu minimalisieren suchte, war freilich keine Münchener Besonderheit, sondern weist über den speziellen, von Mathias Irlinger mustergültig ausgeleuchteten Fall hinaus.

Hamburg

Jens Flemming

Philipp Kratz: Eine Stadt und die Schuld. Wiesbaden und die NS-Vergangenheit seit 1945 (Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts 25). Göttingen: Wallstein 2019, 432 S. ISBN 978-3-8353-3202-7.

In welchem geistigen, moralischen und tagespolitischen Klima spielte sich der bundesdeutsche Umgang mit der ‚zweiten‘ Geschichte des Nationalsozialismus – jener ‚nach‘ 1945 – ab? Philipp Kratz ist dieser Frage in einer ebenso innovativen wie vorbildlichen Langzeitstudie nachgegangen, die auf seiner Dissertation an der Universität Jena von 2016 beruht. „Die Frage nach der Schuld bildete“, so seine Hauptthese, „den eigentlichen Kern der Debatten über die NS-Vergangenheit“ (S. 18). Zudem erfordere das „Auf und Ab der politischen Auseinandersetzung“ eine zutreffendere Periodisierung, die wechselnden Konjunkturen Rechnung trage (S. 25 f.). Denn der Umgang mit der NS-Zeit sei weder eine kontinuierliche Erfolgs- noch bloße „Versäumnisgeschichte“, stets kämen beide Momente ins Spiel (S. 28, 392). Ist der Anspruch – zu zeigen, „[w]ie nach 1945 mit dieser verbrecherischen NS-Vergangenheit und der damit verbundenen Schuld umgegangen wurde“ (S. 12) und „[w]arum und unter welchen Bedingungen sich der gegenwärtige Umgang mit der NS-Vergangenheit [...] herausbildete (S. 17) – umfassend, so lässt er sich durch die Beschränkung aufs Lokale dennoch einlösen. Schauplatz ist die hessische Landeshauptstadt: Wiesbaden biete sich an wegen der „Gewöhnlichkeit“ und ‚Durchschnittlichkeit‘ der Stadt und ihrer Geschichte während der NS-Zeit“; zudem erweist sich die Quellenlage als sehr gut, liegen Protokolle der Stadtverordnetenversammlung und weiterer städtischer Gremien wie auch materialreiche Nachlässe und Sammlungen maßgeblicher Akteure vor (S. 32), mit denen überdies Gespräche geführt werden konnten.

Vor diesem Hintergrund wird der Umgang mit der NS-Vergangenheit an „ausgewählten Beispielen untersucht, die [...] große öffentliche Aufmerksamkeit erzielt beziehungs-



weise sich im Rückblick als paradigmatisch für eine bestimmte Phase der Nachgeschichte des Nationalsozialismus erwiesen haben und an denen Momente des Wandels und der Kontinuität im Umgang mit der NS-Vergangenheit besonders klar aufscheinen“ (S. 31). Kratz befasst sich dabei mit wichtigen Gesichtspunkten der ‚Vergangenheitsbewältigung‘: Wie gingen ehemalige Verfolger und Verfolgte miteinander um, wenn sie nach Kriegsende aufeinandertrafen? Wie äußerten und stritten sich die der Erlebnisgeneration Angehörigen über individuelle und kollektive (also deutsche) Schuld, und welche ihr Handeln bestimmenden Folgerungen zogen sie aus ihren Überzeugungen? Welche Formen der Bestrafung, der Wiedergutmachung, des Gedenkens wie auch der politischen Instrumentalisierung und des Verschweigens bildeten sich im Diskurs auf städtischer Ebene heraus?

Die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit entwickelte sich über lange Jahre hinweg. Hier geht es dem Verf. auch darum, die vielfältigen Gründe für das Schweigen über den Judenmord – und die daran Schuldigen – deutlich zu machen (S. 372). Unter den Landeshauptstädten war Wiesbaden die einzige, in der mit dem FDP-Politiker Erich Mix (1898–1971) ein bis 1945 amtierender Oberbürgermeister Mitte der 1950er Jahre eine zweite Amtszeit antrat – ehe er in den Hessischen Landtag gewählt wurde. Mix verdankte seine erneute kommunalpolitische Karriere zum einen seinem Nimbus als Verwaltungsfachmann, zum anderen aber auch unwahren Angaben über seine Zugehörigkeit zur NSDAP (seit 1932) und hohe Dienststellungen, etwa in der SS und als NS-Führungsoffizier der Luftwaffe. Eine Rolle spielte überdies der Umstand, dass der Bürgermeister und NSDAP-Kreisleiter Felix Piékowski (1890–1965), der während der Kriegsjahre – und damit zur Zeit der Deportationen – die Amtsgeschäfte führte, 1945/46 „als ‚eigentlicher Nazi‘ Wiesbadens galt“ (S. 100) – und als solcher vergleichsweise hart bestraft wurde. Einen zweiten Schwerpunkt der lokalen Verstrickung mit den NS-Verbrechen an der Menschheit bildet der „Fall Topf“, denn in Wiesbaden versuchte der Inhaber der Firma J. A. Topf & Söhne, die Krematorien für Konzentrationslager gebaut und für die Entlüftung von Gaskammern gesorgt hatte, wieder Fuß zu fassen.

Den Schwerpunkt bilden aber nicht diese Täter unter dem Nationalsozialismus, sondern der Umgang mit den Opfern. Der Einstieg ins Thema erfolgt durch die Familienbiografie von Sally Grosshut (1906–1969), erfolgreicher Schüler, Jurastudent, Doktorand und Sportler. Seiner Ausreise nach Palästina Mitte 1933, wo er sich vergeblich bemühte, seine Fähigkeiten zur Geltung zu bringen, folgte eine persönliche Krise, auch bedingt durch die Hiobsbotschaften aus Hitler-Deutschland. Sein Vater, der Antiquitätenhändler Ludwig Großhut, wurde gezwungen, an einem Pranger-Umzug teilzunehmen und starb an den Folgewirkungen der „Schutzhaft“ ein Jahr später. Von den ursprünglich mehr als 3.000 Personen, die der jüdischen Bevölkerung Wiesbadens zuzuordnen sind, kamen 1.512 ums Leben; außerdem 171 sogenannte Erbkrankte, über 50 Sinti, etwa 50 politische Gegner der Nationalsozialisten sowie eine unbekannte Zahl nach Wiesbaden verschleppter Zwangsarbeiter (S. 10 f., 45 f.). Rund 3.800 unter dem Nationalsozialismus verfolgte Einwohner, die aus den Konzentrationslagern zurückgekehrt waren, „aber auch deren Angehörige sowie die Hinterbliebenen Ermordeter“, erhielten Ende 1945 „materielle und finanzielle Unterstützung“; im September 1946 versorgte die städtische Betreuungsstelle noch 1.272 solche Fürsorgeempfänger (S. 45). Als Opfer – von Hitlers gescheiterter Politik – fühlten sich damals nahezu alle Wiesbadener. Dabei kam es nur ganz vereinzelt zu „Selbstjustiz“ und zu Vorfällen, in denen an Nationalsozialisten Rache genommen wurde, so an einem Sonntagmorgen 1945 in Biebrich, als in einem öffentlich inszenierten Pranger-Umzug die Rollen vertauscht waren; auch frühere Zwangsarbeiter übten mitunter gewaltsam Rache (S. 76).

Der Nachkriegs-Antisemitismus erscheint unterdessen als Dauerproblem. Wie ein „aufmerksamer Beobachter“ im Sommer 1945 feststellte, war er „meist sehr fühlbar vorhanden. Selbst in weiten Kreisen der sog. antinazistischen Front“ (S. 64). Fritz Otto Ulm (1900–1967), der als Sozialdemokrat und „Halbjude“ verfolgt worden war, sah sich An-

feindungen ausgesetzt, die sich auch gegen den von ihm herausgegebenen „Wiesbadener Kurier“ richteten. Ausgerechnet dort durfte ein Leserbriefschreiber im März 1950 anti-jüdische Hetze verbreiten: Der nationalsozialistische Judenmord sei „lediglich als ‚Vergeltung‘ zu begreifen“ für „an dem deutschen Volke verübte Verbrechen“ (S. 131). Während sich die größte Tageszeitung hinfort zurückhielt, machten auf die NS-Vergangenheit zurückgehende Skandale fortan fast nur die überregionale Presse öffentlich.

Die neu ins Leben gerufene Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit konnte dem wenig entgegensetzen, zumal einige ihrer nichtjüdischen Repräsentanten selber antisemitische Vorurteile hegten und es der – 1945/46 zweifach wiedergegründeten – Jüdischen Gemeinde schwer fiel, innere Konflikte zu überwinden.

1965 wurde Wiesbadens Kommunalpolitiker von den verdrängten NS-Verbrechen eingeholt, als der Leiter der Schutzpolizei nach Ermittlungen der Ludwigsburger Zentralstelle verhaftet wurde, weil er in der besetzten Ukraine für NS-Gewaltverbrechen verantwortlich war; zur Verurteilung kam es nicht. Urteile standen aber am Ende des „langwierigsten Strafverfahrens der Wiesbadener Prozessgeschichte“ (S. 183), nachdem Lothar Hoffmann (1905–1992), damals Leiter des Kriminalkommissariats in Limburg, angezeigt worden war. 1960 begannen die Ermittlungen, die richterliche Voruntersuchung dauerte bis 1970. Der ehemalige Kommandeur der Sicherheitspolizei in Lublin und spätere stellvertretende Leiter des Landeskriminalamts in Hessen, Johannes Müller (geb. 1895), von 1927 an Mitglied der SPD und von 1933 bis 1943 der NSDAP, starb 1961 in Untersuchungshaft. Vor dem Landgericht angeklagt wurden dann Angehörige der Sicherheitspolizei, denen vorgeworfen wurde, in zwei „Aktionen“ 1942 die Räumung des Lubliner Ghettos von seinen Insassen organisiert und 1943 die Ermordung der in Arbeitslagern verbliebenen Juden veranlasst zu haben, wobei (wie man damals glaubte) „65.000 Menschen ums Leben“ kamen. Das öffentliche Interesse war allerdings gering, vielmehr wurde der Prozess „entweder mit großer Skepsis oder mit bloßem Desinteresse verfolgt“, sodass er keine „vertiefende Auseinandersetzung [...] mit dem zur Anklage gebrachten Judenmord“ auslöste (S. 229). Das Urteil gegen Hoffmann wurde 1973 verkündet.

In der Zwischenzeit waren im neuen Stadtteil Klarenthal Straßen und eine Schule nach Personen des Widerstands benannt worden. „1968“ brachte nicht die Wende hin zu mehr Empathie mit den Verfolgten, es häuften sich in der Lokalpolitik aber schiefe Vergleiche, mit denen man die gegnerische Seite in die Nähe des NS-Regimes und seiner Gewaltmaßnahmen rücken wollte. Ein Umdenken setzte erst die Erstausstrahlung der Serie „Holocaust“ im Januar 1979 in Gang. Mehrere Ausstellungen befassten sich bald darauf mit der jüdischen Geschichte in der Stadt und in Hessen, darunter die von Schülerinnen und Schülern der Geschwister-Scholl-Gesamtschule 1980 erarbeitete Ausstellung über den Widerstand in Wiesbaden. Mehrere Vereine nahmen sich der vernachlässigten Ortsgeschichte an, und der Judenmord wurde nun auch von Politikern der CDU ‚entdeckt‘, sodass bis zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome mit Recht von einem „Erinnerungsmarathon“ gesprochen werden kann (S. 287). Sich „betroffen“ zu zeigen gehört seitdem zum guten Ton, wenn die Leiden der Verfolgten zur Sprache kommen (S. 322).

Die von vielen ehrenamtlich geleistete Erinnerungsarbeit löste eine Professionalisierung ab, bei der sich frühe Aktivisten mit ihren Kenntnissen einbringen konnten. Für Wiesbaden sind hier besonders Lothar Bembenek und sein Mitstreiter Axel Ulrich zu nennen, denen die Suche nach Spuren der unter dem NS-Regime Verfolgten, Vertriebenen und Ermordeten Lebensaufgabe war. Beide hatten in Marburg bei Wolfgang Abendroth studiert und waren lange Zeit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) verbunden. Der Verf. geht, ehe er seine Studie mit dem Jahr 2011 ausklingen lässt, als am früheren Standort der Hauptsynagoge am Michelsberg ein repräsentatives Mahnmal entstand, auf zahlreiche weitere Aspekte ein, die hier nicht alle zur Sprache gebracht werden können.

Unterbelichtet erscheint mir die Einbindung des sogenannten Lublin-Komplexes, mit dem der Name der Stadt unauflöslich verbunden ist. So wird die Strafverfolgung der

Verantwortlichen für den Judenmord in Lublin zwar angesprochen, den mannigfaltigen Verflechtungen wird aber nicht nachgegangen. Was umso erstaunlicher ist, als ostjüdische Bezüge mehrfach aufscheinen. So wurden zwei Schwestern Sally Grosshuts und seine Mutter „als ‚Ostjuden‘ nach Polen abgeschoben“, „erst in ein Getto bei Lublin verbracht und dann vermutlich in Majdanek oder Sobibor ermordet“ (S. 10). Die gleich nach Kriegsende „etwa 300 in Wiesbaden ansässigen Juden [stammten] fast sämtlich aus Osteuropa“ (S. 57). Noch Mitte der 1950er Jahre war die Jüdische Gemeinde „stark isoliert“, weil sie sich „von aus dem Osten nach Wiesbaden verschlagenen jüdischen Mitbürgern zusammensetzt[e]“ (S. 128 f.).

Die Webseite zur Stadtgeschichte verkündet heute stolz: „In Wiesbaden gibt es zahlreiche Gedenkorte für die NS-Opfer“. Möglich wurde dies trotz mehrfach wechselnder Mehrheitsverhältnisse im Stadtparlament und teils heftig ausgetragener Kontroversen. So hat sich mit Blick auf das jüdischen Verfolgten gewidmete Gedenken ein parteiübergreifender vergangenheitspolitischer Konsens herausgebildet, auch wurden seit 2006 über 640 Stolpersteine verlegt, von denen nur elf nichtjüdischen Verfolgten gewidmet seien (S. 318 f.). Abgesehen noch von dem Denkmal für die deportierten Sinti finden ‚andere Opfergruppen‘ (fast) keine Berücksichtigung, weil über sie bis heute Uneinigkeit besteht. Das vom Stadtparlament politisch einst gewollte zentrale Mahnmal für die Opfer ist trotz jahrelanger Bemühungen nicht errichtet worden. Die Zukunft, so scheint es, gehört unter diesen Umständen der „historischen Bildungsarbeit“, insbesondere der „Förderung des Geschichtsbewusstseins vor allem bei Jugendlichen“ (S. 322).

Philipp Kratz hat wissenschaftliches Neuland betreten und es auch für seine Leser begehbar gemacht, nicht zuletzt dank einer klaren Gliederung, deren Abschnitte prägnant überschrieben sind mit: Abrechnung, Schweigen, Bewältigung, Politisierung, Aufarbeitung und Bewahrung. Seine Ergebnisse hat er am Ende in einer übersichtlichen Zusammenfassung kenntnisreich rekapituliert.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

### **Kunst- und Kulturgeschichte**

Marion Lilienthal: Die alte Landesschule in Korbach. Ein Kaleidoskop aus fünf Jahrhunderten (1579–1962) (Beiträge aus Archiv und Museum der Kreisstadt Korbach und Archiv der Alten Landesschule 1). Korbach: Wolfgang-Bonhage-Museum 2016, 350 S. ISBN 978-3-9813425-6-7.

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Universitätsgeschichte als fester Bestandteil innerhalb der historischen Forschung etabliert. Dem gegenüber steht mit wenigen Ausnahmen (Gerhard Menk, Anton Schindling) eine sich erst sehr allmählich entwickelnde Auseinandersetzung mit akademischen Bildungsformen unterhalb des Typus der europäischen Universität: den akademischen Gymnasien. In diesem Bereich herrschten bis vor einigen Jahren vornehmlich Jubiläumsschriften vor, die eher einen verklärenden Blick auf die Geschichte der oftmals ‚eigenen‘ Schule der Autoren warfen. Mittlerweile kristallisiert sich indessen ein Trend heraus, die Geschichte berühmter akademischer Gymnasien ähnlich zur Universitätsgeschichte näher unter die Lupe zu nehmen.

Akademische Gymnasien wurden überwiegend in einer Phase der (spät-)humanistischen Bildungsexpansion an der Wende vom 16. zum 17. Jh. durch lutheranische oder reformierte Landes- und Stadtherren gegründet. Sie hatten vornehmlich das Ziel, eigene Theologen auszubilden. Entsprechend gering waren auch meist der regionale Einzugsbereich solcher ‚Landesschulen‘, wenn auch an solchen ‚Fachhochschulen‘ durchaus Ge-

lehrte mit Rang und Namen zwischenzeitlich lehrten und berühmte Absolventen hervorbrachten.

Mit dem vorliegenden Werk bietet die Historikerin und Korbacher Lehrerin Marion Lilienthal ein umfangreiches Bild von der Geschichte eines solchen Gymnasiums von der Frühen Neuzeit bis in die 1960er Jahre. Das Buch ist dabei ein „abwechslungsreicher Band, ansehnlich bebildert, zum Lesen und Schmökern für Jung und Alt, mit Lesenswertem, Bemerkenswertem, Anekdoten, Geschichtlichem, Bewegendem wie Unterhaltsamem“. In der Tat bieten Lilienthals Ausführungen eine Fundgrube für die Schulgeschichte des einzigen Gymnasiums in Korbach. Sie kann viele Detailinformationen schulischen Lebens und schulischer Entwicklung über Höhen und Tiefen dem historisch interessierten Leser präsentieren. Hierin liegt das große Verdienst der Autorin, erste Ansätze zur weiteren Erforschung der Schulgeschichte des Korbacher Gymnasiums geleistet zu haben.

Gleichwohl liegt in dem Ansatz, einem breiten Publikum einen ersten Zugang zur Gymnasialgeschichte zu bieten, auch eine gewisse Schwäche des vorliegenden ersten Bandes der „Beiträge aus Archiv und Museum der Kreisstadt Korbach und Archiv der Alten Landesschule“. Letztlich wäre es heuristisch sinnvoll gewesen, neben der Auswahl einer klaren Fragestellung sich einem dezidierten methodologischen Zugriff zu widmen. Aufgrund aktueller Forschungsentwicklungen hätte sich angeboten, zumindest das Konzept des Kulturtransfers für die Erforschung der Schulgeschichte fruchtbar zu machen. Ein solches Vorgehen hätte auch dazu beigetragen, die von Lilienthal ausgemachten chronologischen Wendepunkte der Schulgeschichte vor dem Hintergrund der Wissenschaftsgeschichte weiter zu schärfen.

Ein weiterer, vom Rezensenten als Mangel empfundener Umstand ist die Tatsache, dass der Band einen Parforceritt durch drei Jahrhunderte unternimmt. Für den Laien mag dies eine angenehme ‚Schmökerstunde‘ bieten. Indessen unterlaufen der Autorin hierdurch aber auch fachliche Fehler. So meint Lilienthal, dass das Gymnasium im 19. Jh. einen Schwerpunkt in den Fächern Latein und Griechisch erhalten habe, weil es sich auf die Tradition der mittelalterlichen Lateinschule zurückführen lasse (S. 87). Hierbei verkennt sie, dass für das humanistische Gymnasium bis in das zweite Drittel des 19. Jhs. die vom Neuhumanismus geprägten Bildungsreformen Wilhelms von Humboldt und sein Königsberger Schulplan prägend waren. Praktische Umsetzung erfuhr diese Neuausrichtung des gymnasialen Lehrplans mit seinem Schwerpunkt auf den klassischen Sprachen und dem theoretischen Ansatz der allgemeinen Menschenbildung dann u. a. federführend durch Johannes Schulze. Dieser Schulmann war in seinen frühen Jahren Gründungsdirektor des Hanauer Gymnasiums und wechselte von hier in das preußische Bildungsministerium, wo er maßgeblich an der Umsetzung des Neuhumanismus in schulische Praxis wirkte.

Dieser Schwäche des Bandes hätte entgegengewirkt werden können, wenn die Autorin Schwerpunkte ausgewählt hätte, um die Schulgeschichte zu erforschen. Hierzu hätte es sich angeboten, bei der Frühen Neuzeit zu beginnen. Dies wäre auch darum erkenntnisleitend gewesen, weil über die Breitenwirkung (Lehrinhalte, Professorenschaft, Studierenden- und Schülerschaft) im frühneuzeitlichen Wissenschaftsbetrieb auch in Abgrenzung zu anderen akademischen Gymnasien und zur Universität bislang nur wenige Studien vorliegen.

Abschließend sei aber darauf hingewiesen, dass der Band, abgesehen von einzelnen Monita wie überschüssige Silbentrennungszeichen oder Bilder in mangelnder Qualität, einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der Stadtgeschichte Korbachs und zur Schulgeschichte der Alten Landesschule leistet. Im Kern werden auch künftige vergleichende Studien zur Geschichte der akademischen Gymnasien auf diesen Band als Materialfundgrube zurückgreifen können.

Katharina Schaal (Hrsg.): Von mittelalterlichen Klöstern zu modernen Institutsgebäuden. Aus der Baugeschichte der Philipps-Universität Marburg (Academia Marburgensis 15). Waxmann: Münster/New York 2019, 276 S. ISBN 978-3-8309-3963-4.

Universitätsgeschichte heißt noch immer Erforschung von Institutionen, von Fakultäten und Fächern oder, wenn sie sich Personengeschichte zum Ziel gesetzt hat, von einzelnen Gelehrten. Baugeschichte von Universitäten hingegen gehört zu den Desideraten.

Katharina Schaal legt einen Sammelband mit neun chronologisch geordneten Beiträgen vor, ausgehend von den ehemaligen Klosterniederlassungen über die preußische Phase im 19. Jh. bis in die unmittelbare Gegenwart. Dabei werden nicht nur Objekte thematisiert, in denen wissenschaftlicher Lehrbetrieb stattfand und -findet, sondern auch mit der einstigen Universitätsreithalle Am Plan ein Ort studentischer Standesbildung sowie mit dem Anwesen Emil von Behrings Architektur im Privatbesitz von Professoren.

Die Universität Marburg besteht aus einer Vielzahl größerer und kleinerer, älterer und neuerer Häuser, die sich über das gesamte Stadtgebiet verteilen. Ein eigentlicher Campus, der Unterrichtsstätten und Lehre an einem bestimmten Ort bündelt, fehlt. Prägend für das Bild am Rand der Altstadt ist die 1879 im neugotischen Stil aus einer mittelalterlichen Dominikanerniederlassung hervorgegangene Universität am Lahntor. Den Ursprungsbauten der 1527 gegründeten Hochschule widmet sich Ulrich Klein. Sie dienten bis weit in die Neuzeit hinein nicht nur der Unterbringung von Hörsälen und der Bibliothek, sondern auch als Wohnraum für Professoren und Studenten. Mit der heutigen Nutzung durch den Fachbereich Evangelische Theologie sind das einstige Kloster und sein Neubau seit nunmehr fast 500 Jahren durchgehend in Gebrauch der Universität.

Mit den Wohn- und Nutzanlagen des Deutschen Ordens, die sich um die Elisabethkirche formieren, beschäftigt sich Katharina Schaal und verfolgt den Übergang von Teilen des Ordensbesitzes in universitäre Hände, unter anderem am Beispiel des 1515/16 errichteten Backhauses, das heute der Unterbringung des Mineralogischen Museums dient. Einen Schwerpunkt der Betrachtung bildet die Rettung des Ordenskomplexes durch den Bezirkskonservator Ludwig Bickell (1838–1901), der einen Abriss zugunsten einer effektiveren Straßenführung am Ende des 19. Jhs. verhindern und eine universitäre Nutzung herbeiführen konnte.

Die Labore und Institute der Chemie stellt Christian Reichardt vor. Sein Blick reicht von den ersten Versuchsräumen in Privatunterkünften und Wohnungen, zumeist in den Küchen von Professoren, über das erste Universitätslaboratorium in der Kirche des ehemaligen Franziskanerklosters, den Bau eines chemischen Labors in der Ketzerbach bis zum Institut für Pharmazeutische Chemie am Marbacher Weg. Am Beispiel der Chemie wird deutlich, dass die Wissenschaft aus Mangel an geeigneten Räumlichkeiten lange Zeit provisorisch betrieben wurde. Reichardt zeichnet nicht nur die Baugeschichte der chemischen Labore nach, sondern gibt auch umfangreiche Informationen zu den Professoren und Institutsleitern sowie deren Arbeit im Lehrbetrieb.

Ulrich Klein gibt in seinem zweiten Beitrag einen Überblick über die im Marburger Norden in preußischer Zeit errichteten Neubauten für naturwissenschaftliche und medizinische Institute. Der Entwurf des Marburger „Krankenhausviertels“ konnte auf der Weltausstellung in Chicago 1893 einen 1. Preis gewinnen.

Weitere Beiträge behandeln den Neubau des Physikalischen Instituts am Renthof 1915 (Katharina Schaal / Ulrich Klein) und das jüngst umfassend renovierte, 2018 wiedereröffnete Museum für Kunst- und Kulturgeschichte in der Biegenstraße (Christoph Otterbeck).

Zwei nicht für den Lehrbetrieb genutzten Gebäudegruppen widmen sich Carsten Lind und Ulrike Enke. Lind stellt die 1730/31 auf Initiative des hessischen Landgrafen realisierte Universitätsreithalle Am Plan vor, die Studenten zur standesgemäßen Ausbildung diente. Enke verlässt in ihrer Untersuchung zur Villa Emil von Behrings (1854–1917) die

eigentlichen Universitätsbauten und beleuchtet ein privates Professorenhaus und dessen unterschiedlichste Nutzungen zwischen Forschen und Wohnen. Kai Umbach ergänzt die Studie durch eine Liste zu Behrings Grundbesitz in Marburg.

Interessant wäre es im Zusammenhang mit nicht-universitären Bauwerken gewesen, auch Häuser studentischer Verbindungen und damit einen Typ privater Gebäude einzubeziehen, die mit Hochschulen im Zusammenhang stehen. Bis in unsere Zeit prägen sie einen Teil des Stadtbildes und weisen stilistische Gemeinsamkeiten auf. Ihre Geschichte wird in der Universitätsforschung bisher wenig beachtet.

Jutta Schuchardt widmet sich den Lebensläufen von sieben in Marburg tätigen Universitätsbaumeistern des späten 18. bis ausgehenden 19. Jhs., von denen vor allem Carl Schäfer (1844–1908) durch seinen Entwurf der neogotischen, heutigen Alten Universität bekannt ist. Alle Architekten arbeiteten nicht nur in Diensten der Hochschule, an der sie mitunter Positionen als Pedell, Administrator und Bibliothekskustos innehatten, sondern sie entwarfen auch Bauten im Auftrag des Staates.

Nachdem sich die Universität lange auf Bereiche innerhalb der Stadtmauer konzentriert hatte, wurde ihr Radius in preußischer Zeit in nördlicher Richtung um die Elisabethkirche erweitert. Ab der zweiten Hälfte des 20. Jhs. folgte eine Ausdehnung östlich der Altstadt und eine Verlagerung etlicher Bereiche der Medizin und der Naturwissenschaften auf die Lahnberge.

Der Sammelband verdeutlicht ein langes Verbleiben im Zentrum und nur allmählich einsetzende räumliche Veränderungen. Seine kultur- und alltagsgeschichtliche Dimension liegt darin, Geschichte von Gebäuden wie auch Geschichte in Gebäuden zu vermitteln. Hervorzuheben ist die reiche Bebilderung des Bandes mit Karten, Plänen, Auf- und Grundrissen sowie Skizzen, u. a. aus dem Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin. Ungewöhnlich mutet die Entscheidung hinsichtlich der Zitierweise an, die Fußnoten wie Endnoten zulässt und nicht vereinheitlicht wurde. Die in der renommierten Reihe *Academia Marburgensis* erschienene Publikation greift bislang kaum oder nicht behandelte Aspekte auf und wird in Anbetracht des fünfihundertjährigen Universitätsjubiläums 2027 schon jetzt mit ihren vielfältigen Informationen und Einblicken von großem Nutzen sein.

Marburg

Kristin Langefeld

Michael Bermejo, Andrea H. Schneider-Braunberger: *Das goldene Netzwerk. Die deutsche Gesellschaft für Goldschmiedekunst in der Zeit des Nationalsozialismus (The Golden Network)*. Frankfurt/M.: Societäts-Verlag 2019, 336 S., 39 Abb. ISBN 978-3-95542-361-2.

Christine Jung: *Deutsches Goldschmiedehaus Hanau. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*. Hanau: Magistrat der Stadt Hanau 2017, 171 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-926011-55-8.

Die Autor\*innen Bermejo und Schneider-Braunberger setzen mit der in deutscher und englischer Sprache vorgelegten Untersuchung zur Deutschen Gesellschaft für Goldschmiedekunst (DGfGK) ihre Forschungen zur Unternehmensgeschichte im Nationalsozialismus fort, die meist im Umfeld der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GuG) entstanden sind. Anlass bot die Weigerung des renommierten Schweizer Goldschmieds Bernhard Schobinger im Herbst 2016, den Goldenen Ehrenring der Gesellschaft für Goldschmiedekunst wegen deren engen Beziehungen zur NS-Führung entgegenzunehmen. Erscheint die Goldschmiedekunst auf den ersten Blick in allgemein- wie wirtschaftshistorischer Perspektive eher randständig, so gelingt es dem Autorenteam in überzeugender Weise die große, man möchte fast sagen intime Nähe der Protagonisten der DGfGK, insbesondere ihres Initiators und geschäftsführenden Präsidiumsmitglieds Ferdinand Richard

Wilm (1880–1971), zu den Spitzen des NS-Staates herauszuarbeiten und gleichsam zu einem symptomatischen Beispiel von Anpassungswillen und „Opportunismus, wenn nicht mehr“ (S. 159) zu machen. Dabei stützen sie sich – neben der einschlägigen Forschungsliteratur – vor allem auf umfängliche Recherchen in zahlreichen staatlichen und städtischen Archiven sowie in dem Historischen Archiv der Gesellschaft für Goldschmiedekunst in Hanau.

Ferdinand Richard Wilm entstammte aus einer seit der Zeit König Friedrichs II. in Berlin tätigen Familie von Hofjuwelieren. Nach Absolvierung der Zeichenakademie in Hanau wurde er 1911 Teilhaber im Familienbetrieb und im Jahr darauf zum Hofjuwelier ernannt. Bereits mit dem Ende der Monarchie hatte die Firma viele Auftraggeber verloren und in der für das Goldschmiedegewerbe wirtschaftlich schwierigen Spätphase der Weimarer Republik rief Wilm im Spätsommer 1932 die DGfGK ins Leben. Die Gründungsversammlung fand im Alten Museum in Berlin statt und Wilhelm Waetzoldt (1880–1945) wurde zum ersten Präsidenten gewählt, ein Amt, das er auch nach seiner Absetzung durch die Nationalsozialisten als Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin im Juli 1933 noch bis 1935 behalten sollte. Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich u. a. der Architekt und Designer Peter Behrens (1868–1940) und der renommierte, aus Hanau stammende Goldschmied Emil Lettré (1876–1954). War es das erklärte Ziel der Gesellschaft, das Goldschmiedegewerbe insgesamt zu fördern, so war es de facto ein Unterfangen zur Förderung der Geschäftsinteressen von Wilm, der bereits in den 1920er Jahren vergleichsweise erfolgreiche neue Geschäftsmodelle und Öffentlichkeitsarbeit erprobt hatte. Dementsprechend konsequent begann Wilm daher auch die „NS-Führung aktiv zu hofieren“ (S. 44) und veranlasste die Verleihung der ersten „Goldenen Medaille“ der DGfGK an Hitler zu dessen Geburtstag im April 1933. Entsprechende ‚Ehrungen‘ an Göring und Goebbels folgten. Insbesondere Göring, ein „zur Prunksucht neigender exzentrischer Kunstsammler“ (S. 54), bot Wilm die Gelegenheit, sich als ehemaliger kaiserlicher Hofjuwelier der neuen NS-Führung „mit individuell gefertigten Auftragsarbeiten“ (ebd.), etwa Görings Marschallsstab, anzudienen. Als Nachfolger von Waetzoldt wurde 1935 Ludwig Roselius (1874–1943) zum Präsidenten der DGfGK gewählt. Erregte zwar dessen expressionistisches Projekt der Böttcherstraße und die Förderung der als ‚entartet‘ eingestuften Kunst von Paula Modersohn-Becker die deutliche Kritik Hitlers und der offiziellen NS-Kulturpolitik, so blieb der Bremer Kaffee HAG-Gründer und größte Aktienbesitzer der Focke-Wulf-Flugzeugwerke ein herausragender Exponent der Verflechtung von Kulturpolitik und Wirtschaft im NS-Staat und entsprechend konnte die DGfGK von seinen Verbindungen profitieren.

Dass es nicht nur bei einer geschäftsmäßigen Anbiederung an die potenziellen Auftraggeber der NS-Elite blieb, zeigt die Satzungsänderung vom 1. September 1938, in der die Nürnberger Rassengesetze in verschärfter Form gegen eine jüdische Mitgliedschaft in der DGfGK zur Anwendung kamen. Aus den von den Autoren herangezogenen Akten geht allerdings nicht hervor, wie viele Mitglieder die DGfGK daraufhin verlassen mussten bzw. ob Juden überhaupt in die Gesellschaft eingetreten waren.

Einen letzten Höhepunkt in der Arbeit der Gesellschaft bzw. Wilms stellt der Umbau des Altstädter Rathauses in Hanau zum Deutschen Goldschmiedehaus dar, das im Oktober 1942 mit einer Ausstellung zum zehnjährigen Jubiläum der DGfGK eröffnet werden konnte. In den letzten Kriegsjahren fielen dann nicht nur das Goldschmiedehaus in Hanau, sondern auch die Geschäftsräume und das Stammhaus der Firma Wilm in Berlin den Bomben zum Opfer. Nach dem Krieg ließ sich Wilm in Hamburg nieder und richtete dort neue Geschäftsräume ein. Es kam zwar zu einem gerichtlichen Verfahren im Zusammenhang mit seiner Rolle in Gold- und Edelsteingeschäften im Auftrag Görings, das allerdings Anfang 1948 eingestellt wurde. Nach seiner Einstufung durch die Hamburger Spruchkammer in die Kategorie „unbelastet“ ging er an die Wiederbelebung der DGfGK, die nach elfjähriger Unterbrechung 1950 wieder eine Mitgliederversammlung abhielt.

Mit der Umbenennung in „Gesellschaft für Goldschmiedekunst“ (GfG) wurde nun auch systematisch die Erinnerung an die NS-Zeit ausgelöscht. In den Abbildungen der Präsidentenkette und des Präsidentenstabs in der Festschrift zum zwanzigjährigen Bestehen im Jahre 1952 wurden die Hakenkreuze wegretuschiert und die NS-Größen aus den Listen der Träger des Goldenen Medaille bzw. des Goldenen Ehrenrings entfernt – bis auf Hermann Göring!

Im gleichen Jahr begannen auch die Planungen zum Wiederaufbau des Goldschmiedehauses in Hanau, dessen Bau- und Nutzungsgeschichte sich die Kunsthistorikerin Christine Jung in ihrer Publikation widmet. Nach den Kapiteln über die Baugeschichte des 1536/37 errichteten Rathauses, seiner Nutzung als Gerichtsgebäude ab 1822, als Schule ab 1851 und schließlich als Museum des Hanauer Geschichtsvereins ab 1902 schildert sie die Gründung (1942), Zerstörung (1945) und den Wiederaufbau (1954–1958) des „Deutschen Goldschmiedehauses“ in einem einzigen Kapitel, wodurch sinnfällig wird, dass es hier keine „Stunde Null“ gegeben hat. Als wesentlichen Initiator benennt sie Friedrich Richard Wilm, der als „ehemaliger Schüler der Staatlichen Zeichenakademie [...] immer eng mit Hanau verbunden geblieben“ (S. 36) war. Einmal mehr erwies sich Wilm 1952 als gewiefter Netzwerker, gelang es ihm doch seinen alten „Werkbundfreund“ und damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss (1884–1963) für die Schirmherrschaft für das Wiederaufbauprojekt zu gewinnen (S. 42). Tatsächlich war Heuss ja von 1918 bis 1933 als Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Werkbundes in Berlin tätig gewesen.

Die übrigen Kapitel beschäftigen sich dann mit den Ausstellungen und den Sammlungen des Goldschmiedehauses, das sich im letzten guten halben Jahrhundert zu einem Zentrum der internationalen Schmuckkunst entwickelt hat. Das Haus knüpft damit an die Internationalität an, die mit dem Zuzug der niederländisch-wallonischen Exulanten seit den 1590er Jahren auch am Anfang der „Stadt des edlen Schmuckes“ (S. 65) gestanden hatte.

Marburg

Holger T. Gräf

Wolfgang Mährle (Hrsg.): Spätrenaissance in Schwaben. Wissen – Literatur – Kunst (Geschichte Württembergs. Impulse der Forschung 2). Stuttgart: Kohlhammer 2019, 509 S., 98 Abb. ISBN 978-3-17-033592-9.

Der vorliegende Band versammelt 19 Beiträge aus verschiedenen Fachdisziplinen, die auf den Tagungen des Arbeitskreises für Landes- und Ortsgeschichte im Verband der württembergischen Geschichts- und Altertumsvereine am 26. November 2015 und am 10. März 2016 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart vorgetragen wurden. Damit wurde ein 2014, maßgeblich vom Hrsg. dieses Bandes mitinitiiertes, äußerst erfolgreiches und jährlich stattfindendes Tagungsformat fortgesetzt, dessen Erträge ihren Niederschlag in der mittlerweile fünf Bände umfassenden und von Nicole Bickhoff verantworteten Schriftenreihe gefunden haben. Mit seiner Einführung und dem einleitenden Beitrag zu „Spätrenaissance als Epochenbegriff. Zur Periodisierung der frühneuzeitlichen Geschichte im Bereich der Wissenschaften und Künste“ markiert der Hrsg. zum einen den Zeitraum zwischen der Reformationsepoche im engeren Sinne und dem Ende des Dreißigjährigen Krieges im Bereich der Wissenschafts- und Kunstgeschichte als ein eher „stiefmütterlich behandeltes Forschungsfeld“ (S. 10). Tatsächlich hat ja bereits 1997, mit einem etwas anderen chronologischen Zuschnitt, der auch im vorliegenden Band vertretene Kunsthistoriker Andreas Tacke bezüglich der „Forschung über die deutsche Malerei des 17. Jahrhunderts“ von einem „tote[n] Jahrhundert“ (Zs. des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft 51, S. 43–70) gesprochen. Zum anderen zeigt der Hrsg. in seinem Tableau der unterschiedlichen Periodisierungsschemata und der damit verbundenen Begrifflichkeiten (z. B. Renaissance/Spätrenaissance, Humanismus/Späthumanismus, Manieris-



mus/Barock) en passant das reiche Geistes-, Wissenschafts- und Kulturleben der Jahrzehnte um 1600 auf. Diese Periode war eben weit mehr als eine Phase des Übergangs, sondern, und damit folgt er der Konzeption Peter Burkes, ein Zeitalter „der Mannigfaltigkeit (age of variety)“ (S. 26), das sich durch die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigkeiten“ (S. 28) auszeichnet hat.

Die Beiträge gliedern sich in die Kapitel „Gelehrsamkeit und Wissenschaft“, „Gelehrte und Poeten in der *respublica litteraria*“, „Bildungseinrichtungen und -konzepte“, „Literatur“ sowie „Bildende Kunst“. Dabei wird bewusst die Kulturlandschaft Schwaben vom Schwarzwald bis zum Lech und vom Neckar bis zum Alpenrand in den Blick genommen. Territoriale wie konfessionelle Grenzen werden dabei zwar durchaus ernst- und wahrgenommen, aber auch relativiert. Der Bogen spannt sich von der späthumanistischen Schullexikografie über die erste Übersetzung aus dem Italienischen innerhalb der humanistischen Fazetienliteratur und die hervorragende Rolle schwäbischer Gelehrter für die Entwicklung der Plus-, Minuszeichen, Wurzelhaken oder cossischen Zeichen in der Algebra bis hin zu den Anfängen der osmanischen Sprachstudien in Tübingen.

Aber auch die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ kommt zu ihrem Recht, wenn etwa einerseits die zünftische, stark regional geprägte Bindung der ‚Künstler‘, die im Übrigen bis in das frühe 19. Jh. Bestand hatte, aufgezeigt wird, andererseits aber beispielsweise die überregionale Einbindung der benediktinischen Bildungseinrichtungen oder die originäre und innovative Kraft in der utopischen Literatur schwäbischer Autoren in der Nachfolge von Morus, Campanella oder Bacon Kontur gewinnt.

So liefert der Band zwar keine Synthese zur Spätrenaissance in Schwaben, was auch nicht seine Absicht war, sondern, und dies ist das kaum zu überschätzende Verdienst des Bandes, insgesamt wie seinen einzelnen Beiträgen, gelingt es in mehr oder minder ausgeprägter Weise die von Burke, einem der wohl besten Kenner der italienischen wie europäischen Renaissance, entwickelte Konzeption, in gleichermaßen überzeugender wie weiterführender Weise auf die regionalhistorische Perspektive herunterzubrechen bzw. die europäischen Einflüsse in der Region, wie umgekehrt die Ausstrahlung regionaler Entwicklungen in den europäischen Raum zu betrachten.

Marburg

Holger T. Gräf

Hanspeter Marti, Robert Seidel (Hrsg.): Die Universität Straßburg zwischen Späthumanismus und Französischer Revolution. Wien u. a.: Böhlau 2018, VII, 549 S. ISBN 978-3-412-51249-1.

Die Veröffentlichungen der in der Schweiz angesiedelten Arbeitsstelle für Kulturwissenschaftliche Forschungen, die seit einigen Jahren schwerpunktmäßig die Hochschul-, Wissenschafts- und Bildungsgeschichte der Frühen Neuzeit untersucht, hat in ihrer jüngsten Publikation zur Universität Straßburg eine Hochschule zum Thema, die aufgrund ihrer Lage in verschiedenen kulturellen, sprachlichen und territorialen Grenzbereichen einen reizvollen Untersuchungsgegenstand darstellt und eben abseits hagiografischer Absichten und Anlässe verfasst wurde. Hervorgegangen aus einem akademischen Gymnasium, besaß sich zwischenzeitlich eine Konkurrenz Einrichtung in der katholischen Hochschule.

In Ihrer Einleitung skizzieren die Hrsg. die Hintergründe des Sammelbandes, den Forschungsstand und die methodischen Leitplanken. Dabei machen sie deutlich, dass Untersuchungen für die Zeit seit der Erhebung des Straßburger Gymnasiums zur vollgültigen Universität 1621 eher rar gesät sind, sodass der Band hier wesentliche Aktualisierungen verspricht. Dabei sollte einerseits der „akademischen Praxis“ (S. 3) nachgegangen werden, andererseits klassische sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze verfolgt werden. Damit orientieren sich die Hrsg. an der neuen ‚kulturalistisch‘ ausgerichteten Universitätsgeschichte.

Nach einer Kurzzusammenfassung der einzelnen Beiträge folgt eine Art Überblicksdarstellung von Anton Schindling, der die Entwicklung der Straßburger Universitäten im 17. und 18. Jh. beleuchtet. Er ordnet die Universitätsgeschichte(n) souverän in die machtpolitischen Geschehnisse der Epoche ein.

Hiernach folgen einige Einzelstudien zu Persönlichkeiten der Universität(en) mit wissenschaftstheoretischen Zugängen. Zuerst untersucht Bernhart Jähmig Johannes Gisenius (1577–1658) und seine Beteiligung an den Vorbereitungen zur Einrichtung einer Volluniversität in Straßburg. Reimund B. Szuj behandelt das Verhältnis zwischen Disputationslehrbüchern, Disputationsdrucken und mündlichen Disputationsakten. Michael Hanstein stellt nachfolgend in seiner literatur- und sprachwissenschaftlichen Untersuchung das *Carmen saeculare* von Samuel Gloner (1598–1642) zum Jubiläum des Straßburger Gymnasiums 1638 vor. Hanstein zeichnet dabei die typische panegyrische Ausrichtung von Jubiläen nach, die an Straßburger Gymnasium wie Universität beispielhaft für ähnliche Einrichtungen vorherrschten. Hier wäre aber ein Vergleich zu heutigen universitären Marketingstrategien abschließend erkenntnisleitend gewesen.

Wilhelm Kühlmann widmet sich dem Genre der Programmschriften Johann Heinrich Boecklers (1611–1672). Zu Recht weist er angesichts der überlieferten Mengen auf die Bedeutung dieser bislang wenig beachteten Textsorte für empirisch fundierte, aber auch für Forschungen zur frühneuzeitlichen Hochschullehre insgesamt hin. Die Programmata enthielten Themen von Lehrveranstaltungen und oft separate gelehrte Abhandlungen. Kühlmann referiert die vielfältigen Inhalte der Programme, von denen zwei Beispiele in einem Anhang aufgeführt sind.

Michael Philipp beschäftigt sich in seinem umfangreichen Beitrag mit den Anfängen der Politikwissenschaft anhand der gut zweihundert Schriften, die unter der Beteiligung Bernegggers, Schallers und Boecklers entstanden sind – allesamt gedruckte Disputationen. Philipp kann nachweisen, dass die Disputationsteilnehmer auf antike Vorbilder Bezug nahmen, jedoch hinsichtlich der Themen, Referenzautoren und Diskussionspunkte aktuelle Diskurse in ihre Studien einbezogen. Zudem ist zu erkennen, dass sich auch die Schüler der drei Professoren inhaltlich mit einbrachten. Die vielfältigen Themen der Dissertationen (Fürsten, Räte, Staatsmänner, Demokratie, innergesellschaftliche Machtverhältnisse, Kriege, europäische Mächteordnung) wurden dabei durch die unruhigen Zeitumstände geprägt, was sich insbesondere in einem pessimistischen Menschenbild niederschlug.

In der letzten Fallstudie geht Dorothee Rusque erneut der Lehrpraxis nach: „Enseigner à partir des collections d'histoire naturelle au XVIIIe siècle. Les pratiques pédagogiques du professeur Jean Hermann“. Die Autorin arbeitet die enorme Rolle von Universitäts-sammlungen als materielle Voraussetzung des frühneuzeitlichen Universitätsunterrichts heraus. Sie kann hervorheben, dass es noch keineswegs eine eindeutige Grenze zwischen privaten und öffentlichen Sammlungsobjekten sowie zwischen öffentlichem und privatem, ergo kostenpflichtigem Universitätsunterricht gab.

Den letzten Block des Sammelbandes bilden Studien, die sich mit den Studenten der Universität, ihrer Frequenz, ihrer Herkunft und ihren Bildungszielen auseinandersetzen. Eine klassische Matrikelanalyse betreibt Patrick Schiele, der das Besucherprofil der fürstbischöflichen Universität Straßburg im 18. Jh. analysiert. Schieles Ausführungen sind insofern instruktiv, als er deutlich die methodischen Probleme von Matrikelanalysen benennt: nicht nur fehlerhafte Schreibweisen und Zuordnungen, auch plötzliche Änderungen in den Eintragungsmodalitäten, Eintragungen von (noch) nicht Studierenden oder anderweitige Abweichungen können die Ergebnisse von Quantifizierungen verzerren. Dennoch kann der Autor mittels der bewährten Methode der Matrikelanalyse und einer umsichtigen Auswertung der Immatrikulationen einige Aussagen zum Profil der katholischen Hochschule in ihrer gesellschaftlichen und geografischen Gemengelage herausarbeiten.

Wolfgang Mährle gelangt in seinem Aufsatz „Süddeutsche Reichsstädter an der Universität Straßburg (1621–1793). Chronologie des Hochschulbesuchs, Bildungsziele, städ-

tische und regionale Profile“ auf Basis umfassender empirischer Analysen zu differenzierten Ergebnissen, mit denen er Straßburg als einen der bis etwa 1670 zentralen Orte einer lutherischen Bildungslandschaft im heutigen Süddeutschland skizzieren kann. Zu Recht weist Mährle aber darauf hin, dass diese Ergebnisse erst beim Vorliegen weiterer vergleichender Forschungen zur Straßburger Bildungslandschaft möglich seien.

Christian Scheidegger widmet sich ebenfalls einer Studentengruppe, in diesem Fall Studierenden der medizinischen Fakultät der Universität Straßburg, die aus Zürich stammten. Dabei identifiziert der Autor insgesamt 126 Studenten aus Zürich zwischen 1621 und 1792, von denen 106 Medizin studierten. Als 1782 in Zürich ein medizinisch-chirurgisches Institut eröffnet wurde, brachen die Immatrikulationen Züricher Studenten in Straßburg ein. Zum Abschluss bietet er ein knappes bio-bibliografisches Verzeichnis der Züricher Medizinstudenten in Straßburg. Einen ähnlichen Zugang wählt Manfred Komorowski und seine Analyse über Graduierte aus Westfalen und vom Niederrhein im 17. Jh. Die von ihm erfassten circa fünfzig Personen stellt er – ähnlich wie Scheidegger zuvor –, in einem bio-bibliografischen Verzeichnis vor. Der Autor betont, dass dies als „Bausteine für eine regionale Gelehrten-geschichte“ (S. 501) dienen könne.

In einem weiteren Aufsatz, der zugleich den Band beschließt, stellt Komorowski Gustav Carl Knod und dessen Matrikeledition sowie andere Quelleneditionen zur Universitätsgeschichte vor. Deutlich werden dabei die großen Gewinne für die Forschung, die eine solche Edition bewirken kann.

Der Band bietet viele neue Grundlagenforschungen, auf die künftige – auch vergleichende – Studien oder solche, die sich mit ähnlichen Fragen mit Blick auf andere (akademische) Gymnasien und Universitäten orientieren werden. An dieser Stelle muss aber kritisch angemerkt werden, dass der, der die Universität in Sinne einer neuen ‚kulturalistischen‘ Institutionengeschichte zum Gegenstand historischer Analyse macht, damit aber auch all die anderen akademischen Institutionen und Hochschultypen in den Blick nehmen müsste, die sich in Absetzung von der universitären Institution, aber doch unauflösbar durch ihre Struktur geprägt, entwickelt haben. Insofern stellt sich der Rezensent eindringlich die Frage, warum die Hrsg. dieses an sich durchweg gelungenen Bandes die katholische Universität mit aufgenommen, die vorhergehende Zeit des akademischen Gymnasiums aber ignoriert haben.

Abschließend bleibt nur festzuhalten, dass die Veröffentlichung eingedenk aktueller Forschungsmethoden dennoch erheblich das Wissen um die frühneuzeitliche Universität Straßburg vertieft.

Hanau

André Griemert

Rüdiger Störkel: Bildungsgut für Europa. Die Encyclopedia des Johann Heinrich Alsted von 1630 (Herborner Beiträge. Sonderband 1). Münster: LIT 2019, 53 S., 48 s/w Abb., 1 Karte. ISBN 978-3-643-14259-7.

Der schmale, aber großformatige Band dokumentiert eine Ausstellung, die anlässlich des 200-jährigen Bestehens des Theologischen Seminars in Herborn gezeigt wurde und die u. a. verdeutlichen sollte, dass sich diese Bildungseinrichtung in der Tradition der 1584 gegründeten Hohen Schule sieht. Zu diesem Zweck die Encyclopedia des bedeutenden Theologen, Pädagogen und Polyhistoren Johann Heinrich Alsted (1588–1638), der bis zu seinem Wechsel 1629 an die siebenbürgische Akademie in Alba Julia (Weißenburg) zu den prägenden Gelehrten in Herborn zählte, zu thematisieren, ist angesichts von deren europäischer Bedeutung eigentlich naheliegend, doch gleichzeitig auch ein riskantes Unterfangen. Das Wagnis, eine Ausstellung einem einzigen Buch zu widmen, wird wohl nur selten eingegangen, hier gelingt es sogar. Dies ist dem Kurator der Ausstellung sowie Autor des Bandes, dem ehemaligen Stadtarchivar Rüdiger Störkel, zu verdanken.

In Kenntnis der reformiert-calvinistischen Gelehrtenwelt weit über Herborn hinaus gelingt es ihm, die herausragende Bedeutung dieses Werkes für die Wissenschaftsgeschichte und Bildungslandschaft des 17. Jhs. zu würdigen.

Der Band folgt der Gliederung der Ausstellung, widmet sich in ausführlicheren Texten zunächst dem Leben und Werk des Verfassers (A), sodann der Verbreitung und der Rolle der Zensur (B). Großen Raum nimmt anschließend das Personennetzwerk ein, das als Rezipienten wie Multiplikatoren des in der Encyclopedia vermittelten Wissens zu gelten hat (C). Es reicht von den Nonkonformisten Neuenglands über das westliche Europa bis in den Ostseeraum und nach Siebenbürgen. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass Konfessionsgrenzen bei der Rezeption kaum eine Rolle spielten und somit die „Einschätzung, dass reformierte Literatur hauptsächlich unter Reformierten umlief“ (S. 8) zu korrigieren ist. Der umfangreiche Teil (D) dient der Dokumentation der Ausstellung und liefert mehr oder minder umfangreiche Texte zu den einzelnen Exponaten. Welchem Umstand das bedauerliche Fehlen eines Textes und/oder einer Abbildung des „Papiermodells der Kombination Lullischer Kreise bei Alsted 1609“ geschuldet ist (S. 53), wüsste der ansonsten belehrte Leser freilich schon gerne.

Marburg

Holger T. Gräf

Otto Kaiser (Hrsg.): Hermann Hupfeld als Gymnasiast in Hersfeld und Studienanfänger in Marburg. Nach den Briefen aus den Jahren 1811–1814 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 46/16). Marburg: Historische Kommission für Hessen 2019, 166 S., 15 Abb. ISBN 978-3-942225-44-1.

Es war dem im gesegneten Alter von 93 Jahren verstorbenen Marburger Alttestamentler Otto Kaiser (1924–2017) nicht mehr vergönnt, sein bereits 2012 abgeschlossenes Manuskript zum jungen Hermann Hupfeld als fertiges Druckwerk in den Händen zu halten. Sorgfältig in Form gebracht unter dem Lektorat von Stefanie Funck (Marburg) und unter der Ägide der Historischen Kommission für Hessen konnte die Arbeit 2019 publiziert werden.

Der in Marburg geborene Hermann Hupfeld (1796–1866), Marburger und Hallenser Professor für Theologie und morgenländische Sprachen, war mit seinen philologisch fundierten Exegesen theologischer Texte, der Kontrastierung biblischer Erzählungen mit antiken Literaturquellen und seinen Ausführungen zu den semitischen Sprachen des alten Orient ein Vorbild für den Theologen und Altphilologen Otto Kaiser. So nimmt es nicht wunder, dass dieser zwei umfangreiche Bücher just dem Leben und Wirken Hermann Hupfelds widmete, so die Studie „Zwischen Reaktion und Revolution: Hermann Hupfeld (1796–1866) – ein deutsches Professorenleben“ (Göttingen 2005) und, als Herausgeber, die „Dokumente einer Freundschaft in schwieriger Zeit. Hermann Hupfeld und Johann Wilhelm Bickell. Briefwechsel 1832–1848“ (Marburg 2010).

Das Augenmerk in Otto Kaisers postum erschienener Arbeit liegt auf Zeugnissen, die Hermann Hupfeld als Hersfelder Schüler und Marburger Student hinterlassen hat – Briefe an seinen Onkel Karl Christian Hermann Sigel, den Mutterbruder und Paten, Pfarrer in Siglingen an der Jagst.

Die Korrespondenz zwischen Onkel und Neffen aus den Jahren 1811 bis 1826 ist im Hessischen Staatsarchiv in Marburg verwahrt. Vorgestellt werden sieben Briefe, die Hermann Hupfeld zwischen 1811 und 1814 als Chronist eigener hoffnungsvoller Entwicklung an den Onkel gerichtet hat. Dieser hatte prägenden Einfluss auf Hermanns künftigen Lebensweg genommen, verbrachte der Knabe im Anschluss an den Schulbesuch in Melungen und die im elterlichen Pfarrhaus zusätzlich vom Vater erteilten Lehrstunden doch mehr als zwei Jahre im Haushalt des unverheirateten Onkels in Siglingen, um dort von diesem in anspruchsvollem Privatunterricht, so in Mathematik und Griechisch, auf den

Eintritt in die höhere Schule vorbereitet zu werden. Auch war der Onkel bemüht, seinem Schützling die Begeisterung für das Christentum und den Predigerberuf nahezubringen.

Der erste Brief datiert vom 27. Mai 1811 noch aus Siglingen. Hermann bekundet darin seinen Dank für die über zwei Jahre lang erhaltene Bildung und Erziehung, gekleidet in ein selbstverfasstes lateinisches Loblied auf den 43. Geburtstag des Onkels. Der nächste Brief vom 20. November 1811 kommt aus Melsungen. Mit wehmütigem Rückblick meldet der Neffe dem Onkel die Ankunft im Elternhaus und berichtet über Erlebnisse auf der Reise von Siglingen nach Kurhessen, über die Fahrtroute und Zwischenaufenthalte, über eingeschobene Besuche bei Verwandten und Bekannten der Familie sowie über Unterhaltungen mit Mitreisenden. Dabei tauchen Gesprächspartner auf, die dem akademisch-theologischen Netzwerk sowohl des Vaters wie des Onkels zuzurechnen sind, zum Beispiel die Professoren Christian Schwarz in Heidelberg und Friedrich Kreuzer in Marburg. Viele dieser Namen werden aufwendig im Anmerkungsapparat des Buches durch Kaiser erschlossen, komplettiert um Bildmaterial von Personen und Örtlichkeiten. Besondere Abschnitte hat der Hrsg. zudem der weitläufigen Verwandtschaft der Hupfelds im Wittgensteiner Land und in Hessen sowie der engeren Familiengeschichte Hermann Hupfelds gewidmet.

Der dritte Brief aus Hersfeld vom 1. Januar 1812 knüpft noch einmal an die Rückreise aus Siglingen an. Vorlesungen namhafter Universitätslehrer in Heidelberg beeindruckten den angehenden Gymnasiasten, Familiäres wird berichtet, Zeittypisches angesprochen, etwa bevorstehende Exekutionen von Straßenräubern oder die staatlich angeordnete Einführung von Zivilregistern in den Pfarreien zusätzlich zu den dort geführten kirchlichen Personenakten. Ausführlich schildert Hermann den Unterrichtsbetrieb, die Lehrmethoden, den Fächerkanon und die Lehrerpersönlichkeiten am Hersfelder Gymnasium. Im Anhang des Buches illustrieren dann Aktenauszüge die damaligen Verhältnisse an der Schule, werden Mitschüler und Lehrer vorgestellt, wird mit Hermanns Zeugnissen bekannt gemacht und werden nicht zuletzt Schulvorschriften abgedruckt, die heutige Leser staunen lassen (S. 141–145): So sollte etwa jeder Alumnus, „Brüder ausgenommen, sein besonderes Bett haben. Das Zusammenschlafen ist durchaus verboten“. Oder: „Alles Karten- und Würfelspiel um Geld oder Geldeswert ist ebenso, wie das Besuchen öffentlicher Kegelbahnen, durchaus verboten“. Ferner sollte „jeder Gymnasiast, ehe er sich zu Bette legt, das Licht auslöschten und keinem gestattet sein, etwa im Bette bei brennendem Lichte zu lesen“. Übertretungen wurden mit Verweisen, Stuben-Arrest, Entzug der Mahlzeit, Karzer, „bei groben Vergehungen mit dem Stock, und, im äußersten Falle, bei unverbesslichen Subjekten, mit der Relegation bestraft“.

In einem vierten Brief vom 29. und 31. Mai 1812 aus Hersfeld beklagt sich Hermann allgemein über den schlechten Zustand des Schulwesens in Hessen, die geringe Bezahlung der Schulmeister, die gegenüber der Methode Pestalozzis trockene Unterrichtsarbeit. Ausführlich beschreibt er die Lehrdoktrin und die jeweils zugrunde liegenden Lehrbücher der in Hersfeld erlebten Schulstunden, etwa in Latein, Griechisch, Mathematik, Religion und Deutsch. Hebräisch kommt nunmehr als Fach hinzu, wobei Hermann erfolgreich Nachhilfe bei einem Juden erfährt. Überhaupt lag ihm das Sprachstudium besonders am Herzen.

Der fünfte Brief vom 10. Januar 1813 aus Hersfeld enthält wiederum Reminiszenzen an Siglingen, ausgelöst durch ein Schreiben des Onkels. Todesfälle in der Familie und unter beiden bekannten Personen kommen zur Sprache. Er teilt dem Onkel den Wunsch mit, „einmal als Lehrer der Philologie angestellt zu werden“, ohne dabei die Theologie fahren zu lassen. Erlebte Unterrichtseinheiten an der Schule werden besprochen und Freude darüber ausgedrückt, wenn er für seine fachlichen Leistungen von den Lehrern gelobt wird und sich damit eine gute Perspektive für das Studium in Marburg auftut. Fast entschuldigend schreibt er, dass er das Tanzen gelernt habe, was seine Studien aber nicht beeinträchtigen sollte.

Breiten Raum im sechsten Brief vom 20. März 1814 aus Marburg nimmt die militärische Situation nach der Niederlage Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig im

Oktober 1813 ein. Hermanns Wunsch, „ein deutscher Jüngling“ heißen zu wollen und sich dem Freiheitskampf gegen die Franzosen anzuschließen, erfüllte sich aus Rücksichtnahme auf die Eltern aber nicht. Vorlesungen bei den Professoren Albert Arnoldi (Theologie), Ludwig Wachler (Literaturgeschichte) und Friedrich Creuzer (Philologie) sind ihm erwähnenswert; er spielt Klavier und lernt fechten. Besorgt zeigt er sich über den Ausbruch von Seuchen, die unter Universitätsangehörigen Opfer forderten.

Im siebten und letzten hier vorgestellten Brief vom 8. und 25. Mai 1814 aus Marburg berichtet Hermann ausführlich über einen ausgedehnten Verwandtschaftsbesuch im einstigen Wirkungskreis von Vater und Großvater im Wittgensteiner Land (S. 118–131). Aus dem Studium meldet er, dass mit der Rückkehr des Kurfürsten für die Marburger Stipendiaten, deren einer auch er war, das alte, strengere Regime wieder eingeführt wurde. Er hat sich der Landsmannschaft der Hessen angeschlossen, taucht in das Burschenleben ein, bemüht sich dennoch um das tägliche Arbeitspensum, besonders im Studium des Hebräischen; Hupfeld sollte 1817 übrigens Mitbegründer der Marburger Burschenschaft werden. Er äußert sich politisch über die „auf Kosten Deutschlands und ganz Europas erwiesene Großmut gegen die treulosen und ungebesserten Franzosen“. Andererseits ist ihm die neu belebte alte Tracht des hessischen Militärs als Ausdruck des Nationalen sympathisch. Vom Onkel verabschiedet er sich in diesem Brief als seinen „zweiten liebenden Vater“.

Fazit: Vor dem Hintergrund einer wechselvollen Zeit in der Geschichte Hessens tritt aus den Briefen ein charakterlich erstaunlich gefestigter junger Mensch hervor, der früh wissenschaftliche Ambitionen erkennen lässt, die ihn einmal unter die Großen seines Berufes einreihen werden. Dabei ergeben sich wertvolle Einblicke in das damalige Erziehungswesen und die Rolle, die gerade auch dem evangelischen Pfarrhaus bei der Hervorbringung späterer Persönlichkeiten zukam.

Marburg

Norbert Nail

Karl Murk (Red.): „Etwas sensationell Neues“. Marburg um 1910 in Farbfotografien von Georg Mylius. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Hessischen Staatsarchiv Marburg (Schriften des Hessischen Staatsarchivs Marburg 37). Marburg: Hessisches Staatsarchiv 2019, 128 S. ISBN 978-3-88964-222-6.

Der im Folgenden zu besprechende Band über frühe Marburger Farbfotografien ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie gut Regional- und Fotogesichte miteinander funktionieren und welche Faszination historische Fotografien auf lokalhistorisch interessierte Leser\*innen ausüben – denn er ist inzwischen leider schon vergriffen. Er begleitete die gleichnamige Ausstellung, die vom 27. Juni 2019 bis zum 5. Februar 2020 im Staatsarchiv Marburg zu sehen war.

Anlass für Ausstellung und Begleitband sind 86 Farbdiaspositive, sogenannte Autochrome, die der Marburger Pharmaziestudent und Amateurfotograf Georg Mylius (1884–1979) im Jahr 1911 angefertigt hatte. „Etwas sensationell Neues“ waren sie, weil für das von den Gebrüdern Auguste (1862–1954) und Louis Lumière (1864–1948) entwickelte Autochrome-Verfahren erst ab 1907 Platten im Handel verfügbar waren und Mylius sich damit eines für die damalige Zeit hochmodernen fotografischen Verfahrens bediente. Heute sind die Autochrome wieder eine Sensation, denn die Aufnahmen bieten einen ungewohnten Blick in die Vergangenheit: ‚Fotografische Rückblicke‘ in die Geschichte sind zumeist schwarz-weiß oder es handelt sich um nachträglich kolorierte Bilder. Georg Mylius hingegen fertigte farbige Diaspositive, die die Universitätsstadt und vor allem ihre Architektur in den besonders farbenprächtigen Jahreszeiten Frühling und Herbst des Jahres 1911 zeigen. Erhalten geblieben sind sie, weil der damals schon betagte Fotograf sie 1975 als Geschenk dem Hessischen Staatsarchiv Marburg überließ, welches

sie wiederum aus Bestandserhaltungsgründen 2018 an das Deutsche Dokumentationszentrum für Kunstgeschichte – Bildarchiv Foto Marburg – übergab.

Das Buch nun verbindet die Biografie des aus Sachsen stammenden Georg Mylius' mit dessen fotografischer Arbeit und seinen in Marburg angefertigten Aufnahmen. Technik- und materialspezifische Aspekte werden ebenso berührt wie stadt-, kunst- und kulturgeschichtliche Kontexte.

Insbesondere die fotohistorischen Beiträge von Sonja Feßel sind aus Sicht der Rezensentin hervorzuheben, weil sie den Rezipient\*innen nicht nur die fotografische Praxis von Georg Mylius näherbringt, sondern den Fokus auch auf die materiellen Aspekte der Dias lenkt. Denn der Wert einer Fotografie bemisst sich nicht allein nach dem auf ihr Abgebildeten. Fotografien sind immer auch Objekte, deren ‚Objektbiografie‘ ihnen eingeschrieben ist. Die Bedeutung einer fotografischen Ausnahme lässt sich erst in der Zusammenschau des Motivs, des Fotografierenden, der fotografischen Praxis, des Materials und weiterer Kontexte ermitteln. Diesen Anspruch eingelöst zu haben, macht den Wert der gesamten Publikation aus.

Einzig wünschenswert wäre ein Verzeichnis der Autor\*innen gewesen, das für die Leser\*innen Anhaltspunkte zu deren fachlicher Einordnung und des Interesses der Beiträger\*innen an Thema und Material hätte liefern können.

Obwohl vergriffen, ist dem Band zu wünschen, dass er auch weiterhin intensiv rezipiert wird, denn die durch das Bildarchiv Foto Marburg angefertigten hochauflösenden Digitalisate der Myliusschen Autochrome benötigen auch weiterhin kontextualisierende Informationen, die das Buch liefert. Zudem kann er als neuer Baustein betrachtet werden, um die Bandbreite der Amateurfotografie und ihrer Akteur\*innen deutlich zu machen.

Dresden

Nadine Kulbe